

SONDERNUMMER DER

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Berlin (West)

1980

Solidaritätspreis DM 3,-

COLONIA DIGNIDAD DER DOPPELTE SKANDAL



Der Prozeß vor dem Bonner Landgericht
eine Dokumentation

EIN MUTMASSLICHES FOLTERLAGER UND
SEINE FREUNDE — KANZLERKANDIDAT
STRAUSS — MODERATOR LÖWENTHAL
— WAFFENHÄNDLER MERTINS U.V.A.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 85

8. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

September 1980

Solidaritätspreis DM 3,-



Das alltägliche Morden

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

ARGENTINIEN: Expansion des Terrors — **BOLIVIEN:** Hintergründe des Putsches — **CHILE:** Das makabere Jubiläumsgeschenk — **GUATEMALA:** Verfolgung und Widerstand der Volkskirche

INHALTSVERZEICHNIS

ZU DIESEM HEFT	3
I. BERICHTE	4
— EL SALVADOR: Die lange Planung des Volksaufstandes	4
Die Maske fällt	7
— ARGENTINIEN: Die Todeskommandos Videlas	9
erreichen Europa	18
— HONDURAS: Nach den Wahlen — alles beim Alten?	25
— HAITI: Dominikanische Republik soll »Baby Doc« schützen	27
— BOLIVIEN: Der Militärputsch in Bolivien	27
II. HINTERGRUND	31
— BOLIVIEN: Putsch neuer Qualität	39
— CHILE: Lockerung der Diktatur ab 1977?	48
— CHILE:	56
— GUATEMALA: Verfolgung und Widerstand der Volkskirche	62
— KARIBIK: Nachrichten aus dem Hinterhof	74
— NICARAGUA: Fortsetzung des Nicaraguaartikels	75
III. MITTEILUNGEN	
— Pressekonferenz mit Domitila	
IV. SOLIDARITÄT	
— BOLIVIEN	

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 8 der
CHILE-NACHRICHTENerscheint monatlich
(mindestens 11 mal im Jahr)Redaktion:
Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 11.9.1980

Abo-Preis: DM 35,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung
Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«
PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 10010010

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

c/o FDCL

Savignyplatz 5

1000 Berlin 12

Tel.: 030/3135065

Vertrieb für Buchhandlungen, Biblio-
theken und Institutionen im Bundesge-
biet über:con Medien- und Vertriebsgesellschaft,
Postfach 106545,
Osterstr. 36, 2800 BremenDer Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-
legexemplare erbeten.

ZU DIESEM HEFT

Die Zeit, in der die Deutschen ihre Ferien zu machen pflegen, ist in Lateinamerika gewöhnlich eine Zeit gesteigerter politischer Aktivität. In diesem Jahr nun waren die rechtsgerichteten Militärs dort während unserer Sommermonate in ihrem Kampf gegen die demokratischen Bewegungen ihrer Völker besonders aktiv. Wir mußten viel aufarbeiten.

Der Militärputsch in Bolivien am 17. Juli, mit dem eine Kokain-Mafia von Generälen und Obersten dem bereits gewählten sozialdemokratischen Präsidenten Siles Zuazo zuvorkam, hatte, wie wir in einem Hintergrundartikel zeigen, in seiner Brutalität und ideologischen Ausrichtung eine andere Qualität als die üblichen Palastrevolten in diesem Land. Mit Hilfe der argentinischen Militärs wurde hier der von der Carter-Regierung unterstützte Prozeß Lateinamerikas hin zu kontrollierten bürgerlichen Demokratien unterbrochen. Bolivien, aus dem Andenpakt bereits so gut wie ausgeschlossen, gehört jetzt wieder voll zum "Südkegel" der Militärdiktaturen Chile, Argentinien, Uruguay und Paraguay. Trotzdem ist die Lage noch nicht völlig stabil. Von der Solidaritätsbewegung für Bolivien wird es mit abhängen, wie lange sich der neue Diktator García Meza halten kann.

Während der Putsch in Bolivien immerhin noch international allgemein verurteilt wird, können die rechten Militärs in El Salvador bei ihren Unterdrückungs- und Mord-Aktionen gegen die Linke auf die volle Unterstützung der US-Regierung und der Christdemokratie in aller Welt zählen. Dabei werden die sogenannten "gemäßigten" Politiker und Militärs nur noch als Aushängeschilder benutzt. Wir gehen in diesem Heft etwas breiter auf die schwierige Lage der Opposition in den letzten Wochen ein.

Die enge Zusammenarbeit der militärischen Geheimdienste der lateinamerikanischen Diktaturen ist schon lange kein Geheimnis mehr. Besonders aktiv im Ausland ist der argentinische Geheimdienst, der neuerdings sogar in Peru und Spanien ungestraft morden kann. Daß argentinische Militärs zur gleichen Zeit in einer sozialdemokratisch regierten Stadt wie Bremen feierlich empfangen werden, zeigt nur, wie ahnungslos und blauäugig unsere Provinzpolitiker in solchen Dingen sind. Schlimmer ist schon, daß sich die argentinischen Militärs enger Zusammenarbeit mit deutschen Geheimdienststellen rühmen.

Dieses Heft wurde an dem Tag zusammengestellt, an dem sich der blutige Militärputsch in Chile zum siebten Mal jährt. Diesen Tag hat der Diktator Pinochet dazu ausersehen, sich durch die Farce eines Plebiszits die Verlängerung seiner Diktatur um 17 Jahre vom Volk genehmigen zu lassen. Wir nehmen fest an, daß wir nicht mehr 17 Jahre über seine Untaten werden berichten müssen, aber das Plebiszit kann er kaum verlieren, so gut ist die Auszählung manipulierbar.

Wie alle Diktatoren Südamerikas hofft auch Pinochet auf Wahlsiege von Reagan in den USA und Strauß in der Bundesrepublik. Deren ideologische Verbündete Margaret Thatcher hat gerade die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Großbritannien und Chile beschlossen, obwohl erst vor kurzer Zeit die Engländerin Claire Wilson in Chile schwerstens gefoltert worden war.

Vor einer Woche haben wir unter dem Titel "Colonia Dignidad - Der doppelte Skandal" eine Sondernummer über dieses mutmaßliche Folterzentrum und seine deutschen Freunde herausgebracht. Diesen unseren Beitrag zur Bundestagswahl haben wir in der Hoffnung auf freiwillige Spenden auch allen unseren Abonnenten zugesandt.

EL SALVADOR

Die lange Planung des Volksaufstandes

San Salvador, im August 1980 - Die bewaffnete Linke El Salvadors befindet sich gegenwärtig in einer äußerst bedrohlichen Lage. Bereits seit Wochen greifen Truppen der christdemokratisch-militärischen Regierungsjunta immer wieder in den Gebieten El Salvadors an, in denen sie eine stärkere Konzentration des bewaffneten Widerstandes erwarten, ohne allerdings größere Erfolge zu erzielen. In den letzten beiden Großoffensiven Ende Mai und im Juli ist es dem Militär offenbar nicht einmal gelungen, in die Zonen, wo es die Guerilla vermutete, zu gelangen, da alle Zufahrtswege vermint waren. Angesichts dieser Mißerfolge und der sichtlich starken Unterstützung der Guerilla durch die Landbevölkerung haben die Regierungstruppen auf eine neue Taktik umgestellt, die für die Guerilla sehr gefährlich werden kann: In vielen Gegenden sind sie dazu übergegangen, ganze Dörfer einzukreisen und dann Feuer zu legen, einzelne

Hütten und die Speicher niederzubrennen und diejenigen Bauern umzubringen, die sie für organisiert halten. Immer wieder werden zahlreiche Fliehende erschossen und der Rest in Flüchtlingslager zusammengetrieben, die sich in vom Militär kontrollierten Zonen befinden. Damit wird die Guerilla isoliert und leichter angreifbar.

In den letzten Monaten ist die Guerilla rapide angewachsen. Sie hat einen starken Rückhalt in der Landbevölkerung gefunden, von der selber ein großer Teil bereits bewaffnet ist. Der Unterschied zwischen diesen Selbstverteidigungsmilizien der Bauern und der Guerilla im engeren Sinne bildet sich erst seit kurzem deutlicher heraus. Mit der neuen Strategie einer Entvölkerung des Landes beraubt das Militär die Guerilla ihres sozialen Zusammenhanges. Doch zugleich mit der Gefahr einer Isolierung der Guerilla beschleunigen die Truppen hiermit die Schaffung ihres eigenen



Totengräbers: die Herausbildung eines von den Milizen getrennten mobilen Guerillaheeres im eigentlichen Sinne.

Die Bauern drängen auf den sofortigen Aufstand

In manchen Gegenden El Salvadors hat der Vernichtungsfeldzug des Militärs bereits zur Folge, daß die Bauern auf die sofortige Ausrufung der bewaffneten Volksheerhebung drängen, um mit ihren Familien nicht länger wehrlos dem Morden und Plündern der Soldaten und der Todesschwadronen ausgeliefert zu sein.

Pater Octavio Cruz erklärte mir diese Entwicklung, die er auch unter den Mitgliedern seiner Gemeinde in der ländlichen Kleinstadt Aguilares (36 km nördlich von San Salvador) sieht, so: „Die üblichen Militärkonvois von etwa 20 Soldaten könnten die Bauern hier mühelos zurückschlagen. Dazu sind sie ausreichend bewaffnet. Doch sie müssen damit rechnen, daß dann 500 Soldaten kommen und alles niedermachen würden. Letzte Woche waren sie mit Hubschraubern hier und haben die Bauern aus Guazapa, wenige Kilometer von hier, gejagt, die sich zum Vulkan geflüchtet hatten.“

Gegen solche Angriffe können sich die Bauern nur verteidigen, wenn gleichzeitig im ganzen Land der Aufstand beginnt. Deswegen wollen sie ihn auch sofort. Er ist als ihre einzige Hoffnung auf ein Ende der Angst und Ungewißheit übriggeblieben. Außerdem haben die Bauern in dieser Gegend ihre Felder bestellt und es steht noch der Mais und das Zuckerrohr. Wenn die Regenzeit zu Ende ist im Oktober werden sie mit der Ernte fertig sein. Dann ist nichts mehr auf den Feldern und man kann sich nicht mehr verstecken.“

Im weiter nördlich gelegenen Chaletenango, dem Grenzgebiet zu Honduras, haben viele Bauern schon nicht mehr anbauen können. Wegen der ständigen Überfälle sind einige Täler verwaist. Bereits im Januar hatte ich in der Kathedrale von San Salvador 126 Bauern angetroffen, die hierhin geflohen waren, weil sie einige Militärüberfälle erlebt hatten und zudem unter ständigen Morddrohungen der rechtsextremen Organisationen standen.

Inzwischen gibt es eine ganze Reihe regelrechter Flüchtlingslager. Während diejenigen, die sich in der Hauptstadt befinden, notdürftig aus den Mitteln des Erzbischofsamtes versorgt werden, sieht es damit in den übrigen Lagern im Land schlecht aus, denn es gibt kaum etwas zu essen und zahlreiche Krankheiten können nicht behandelt werden. Den Bauern, die sich weigern, in derartige Lager getrieben zu werden, bleibt meist nur der Anschluß an die Guerilla, die vielleicht nicht zuletzt deshalb in dieser Region starken Zulauf hat. Obgleich in Chalatenango ständig Zusammenstöße zwischen der Guerilla oder den bewaffneten Milizen und der Armee stattfinden, hat auch hier der große Aufstand noch nicht begonnen. Wie in der Gegend um Aguilares sind auch hier die meisten Bauern organisiert; im Norden in der UTC, im Zentrum in der FECCAS. Diese beiden Bauernverbände sind in der FTC zusammengeschlossen, die wiederum einen Teil der größten Volksorganisation des Landes, des „Revolutionären Volksblocks“ (BPR), bildet, der vor 10 Jahren als Massenorganisation von der Guerilla FPL gegründet wurde.

Auch aus anderen Provinzen, wie Morazán im Nordosten, ist ständig von schweren Zusammen-

stößen zwischen dem Militär und bewaffneten Gruppen der Linken zu hören. In dieser Provinz beherrscht die Guerillaorganisation „Revolutionäres Volksheer“ (ERP) weitgehend das Terrain. Bereits Ende Mai hatten die Regierungstruppen eine Niederlage einstecken müssen, als in einem Großangriff 1.600 Soldaten nicht einmal in die Zone vordringen konnten, in der sie die Guerilla vermuteten. Die Bevölkerung und die bewaffneten Milizen hatten schon im Vorfeld die Soldaten gestoppt, indem sie sämtliche Zufahrtswege verminten. Gegenwärtig ist diese Gegend nur nach Kontrollen der bewaffneten Linken und mit Führung eines Mitglieds dieser Organisationen auf und vor allem neben den Wegen zu passieren. Diese mehrtägige Aktion hat den entscheidenden Anteil augenfällig gemacht, den die Landbevölkerung am Widerstand hat. Insbesondere deshalb, weil die Guerilla in einem gerade so großen Land wie Hessen mit seinen schnellen Verkehrsverbindungen, die rasche Truppenbewegungen, aber kaum einen Rückzug ermöglichen, auf diese Unterstützung der Landbevölkerung noch weit mehr als vor einem Jahr in Nicaragua angewiesen ist.

Guerilla braucht noch Zeit

Ähnlich der ERP, die hauptsächlich in Morazán und der FPL, die in Chalatenango und anderen Provinzen ihre Schwerpunkte haben, sind auch die anderen beiden Guerillaorganisationen FARN und PC bisher noch regional gebunden. Um einen nationalen Aufstand auszurufen zu können, müssen alle Regionen geographisch und zeitlich koordiniert werden. Doch nicht nur das: Die vier Organisationen stehen vor der schwierigen Aufgabe, ihre politischen Unterschiede zunehmend zu überwinden, um zur gemeinsamen Aktion zu gelangen. Daher ist der allgemeine Kriegsplan, der gegenwärtig erarbeitet wird, nicht nur die technische Planung des Aufstands, sondern zugleich eine politische Vereinheitlichung. Die Tatsache, daß der Plan noch nicht vorliegt, hat vor allem darin seinen Grund. Es scheint, als ob die Hauptschwierigkeiten in der Vorbereitung des Aufstands nicht im militärischen, sondern im politischen Bereich liegen.

Natürlich spielen auch die militärischen Fragen eine Rolle. Zur Zeit geht es darum, die unterschiedlichen bewaffneten Abteilungen der städtischen und ländlichen Volksorganisationen zusammenzubringen und gemeinsame militärische Aktionen mit den Guerillakräften durchzuführen. Darin bestand auch das Hauptziel des Generalstreiks vom 13.-15. August, der in der internationalen Presse als gescheitert dargestellt worden war. Allerdings versichern alle Guerillaorganisationen, daß die Zusammenarbeit während dieser Tage im militärischen Bereich um einen wichtigen Schritt vorangekommen sei. Andere ebenfalls wichtige Ziele des Streiks jedoch wie etwa der internationalen Öffentlichkeit zeigen, daß die in der „Demokratischen Revolutionären Front“ (FDR) zusammengefasste Opposition und nicht die Junta die Unterstützung der Bevölkerung hat, sind nicht erreicht worden. Das öffentliche Transportsystem und der Hm beteiligten sich nicht am Streik. Die Regierung hatte den ersten Bereich militarisiert und den zweiten Bestrafungen angedroht, falls Geschäfte und Märkte nicht geöffnet würden. Arbeiter konnten in ihre Fabriken fahrschäfts- obwohl der größte Teil von ihnen dort stre-

es optisch so aus, als ob der Streik insgesamt ein Mißerfolg gewesen sei. Auch den Arbeitern hatte die Regierung mit sofortiger Entlassung gedroht, falls sie nicht am Arbeitsplatz erschienen.

Die international ungünstige Berichterstattung über den Streik bedeutete für die Linke ganz unmittelbar einen schweren Rückschlag in der Vorbereitung des Aufstands. Das Bemühen der Opposition nämlich, international klarzustellen, daß die Unterstützung der Bevölkerung ihr und nicht der Junta gilt, ist keineswegs einer Eitelkeit der Linken geschuldet, sondern es ist der Versuch, anderen Staaten die Illegitimität der Junta vor Augen zu führen. Das Ziel der Opposition ist, die Anerkennung der „Vereinigten Guerillaführung“ (DRU) als „kriegsführende Partei“ und damit längerfristig ihre eigene Anerkennung als legitime Vertretung des salvadoranischen Volkes zu erreichen. Das internationale Recht stellt hierzu einige Bedingungen, wie die Existenz einer allgemeinen militärischen Auseinandersetzung, die von einer anerkannten Führung geleitet wird, sowie die Beherrschung eines „wesentlichen Teils“ des nationalen Territoriums durch die Aufständischen. Die erste Bedingung ist mit den ständigen kriegerischen Auseinandersetzungen im ganzen Land längst erfüllt, wie sich besonders noch einmal während der Streiktage zeigte, als die DRU als unumstrittenes Entscheidungszentrum aller Aktionen handelte. Die zweite Anforderung dagegen ist erst in Ansätzen realisiert, da aufgrund der schwierigen geographischen Bedingungen die längerdauernde Inbesitznahme eines Territoriums schwieriger zu verwirklichen ist, als es etwa in Nicaragua der Fall war.

Wann kommt der Aufstand?

Ende Juli hatte ich Gelegenheit mit den beiden Mitgliedern der DRU, „commandante Jorge“ von der FPL und Ana Guadalupe Martínez von der ERP zu sprechen. Sie rechneten damals mit ungefähr

zwei Monaten für die Erarbeitung des allgemeinen Kriegsplans, sofern nichts Außergewöhnliches dazwischenkäme. Natürlich hängt dieser Plan vom Gang der Zusammenarbeit aller bewaffneten revolutionären Gruppen des Landes ab. Im Gegensatz zur ERP mißt die FPL außenpolitischen Faktoren besondere Bedeutung bei, insbesondere den Ergebnissen der Rundreisen der „Demokratisch-Revolutionären Front“ in die USA, die Andenpaktstaaten und nach Europa.

Diese diplomatische Offensive der Opposition will die Schaffung eines Staatenblocks erreichen, der sich der US-amerikanischen Interventionsdrohung entgegenstellt und außerdem die Unterstützung möglichst vieler Regierungen gewinnen. Im Gefolge des Generalstreiks sollte in diese Offensive auch die Forderung nach Anerkennung als „kriegsführende Partei“ aufgenommen werden, was sich allerdings nach der ungünstigen internationalen Berichterstattung als schwieriger erweist. Inzwischen erscheint es daher nicht mehr als unwahrscheinlich, daß dieser Streik noch nicht der letzte vor dem Aufstand gewesen ist.

Für wann auch immer die Volkshebung festgesetzt werden mag - die Frankfurter Allgemeine Zeitung spekulierte aufgrund tiefgreifender „Meinungsverschiedenheiten“ innerhalb der DRU in ihrer Ausgabe vom 30. August auf eine Verschiebung vom September auf Anfang nächsten Jahres: in allernächster Zeit steht sie keinesfalls an. Die Opposition in El Salvador wird kaum nach einem gescheiterten Aufstand wie in Nicaragua im September 1978 die Chance für einen zweiten Versuch haben, sondern entweder siegen oder für lange Zeit von der politischen Bildfläche verschwinden müssen. Daher beharrt die DRU auf einer genauen und, soweit möglich, praktischen Überprüfung des Aufstands, obgleich die hohen täglichen Opfer in der Bevölkerung ihre Schritte unter einen starken Zeitdruck stellen.

Die Maske fällt

In seinem monatlichen Truppenappell hat der Oberkommandierende Oberst Gutierrez, die Absetzung all jener Offiziere bekanntgegeben, die als Hauptakteure des Militärputsches vom 15. Oktober letzten Jahres galten. Ohne sich mit der Junta abzusprechen, die bisher von sich behauptet hatte, die Befehlsgewalt über die Streitkräfte innezuhaben, entmachtete Gutierrez damit seinen Gegenspieler in der Junta, Oberst Majano, den er schon im Mai aus dem Oberbefehl der Armee verdrängt hatte.

Dieser drastische Schritt der harten Armeeformation kommt nicht überraschend. In den letzten Wochen hatten sich hartnäckig Gerüchte um einen möglichen Putsch Majanos gehalten. Dieser hatte wiederholt öffentlich geäußert, daß er mit dem gegenwärtigen Kurs von Junta und Armeeführung nicht einverstanden sei. Majano versuchte, sich wieder als gemäßigter Militär zu profilieren - wobei er auch den allzu simplen Propagandalügen der christdemokratischen Juntamitglieder widersprach: hatte Morales Ehrlich von Normalisierung und baldigen Wahlen gesprochen, so erklärte Majano, jetzt sei nicht die Zeit für Wahlen; es gehe vielmehr darum, die Glaubwürdigkeit des Junta-Kurses praktisch zu beweisen. Dabei sei es notwendig, „eine aktives und energisches Vorgehen gegen die geheimen Gruppen der Rechten zu praktizieren, die sich in eine ernste Gefahr und schwerwiegende Bedrohung für die Bürgerschaft verwandelt haben“. Daß Majano dabei auch auf die Querverbindungen der Ultrarechten zu Regierungskreisen und zur Armeespitze verwiesen hatte, hat den Zorn der Rechten verstärkt und nun zu einer offenen Kampfansage gegen die „gemäßigte“ Fraktion um Majano geführt.

Der Fraktionskampf ist alt

Tatsächlich geht dieser Kampf zurück bis in die Zeit vor dem Putsch, als die Clique um Gutierrez und dem heutigen Verteidigungsminister Garcia den Offizieren der „Juventud Militar“ (Junge Offiziere unter Führung Majanos) eine Beteiligung an der Macht abrang - gegen die Zusage, den Diktator Romero fallen zu lassen. So kam Gutierrez in die Junta und Garcia wurde Verteidigungsminister, obwohl beide mit dem Reformprogramm der jungen Offiziere nie etwas im Sinn hatten. Die in der „Proklamation der Streitkräfte“ angekündigte Säuberung von repressiven Elementen fiel denn auch dementsprechend harmlos aus. Mehr und mehr setzten sich die rechten Offiziere wieder durch. Die Streitereien zwischen beiden Fraktionen wurden nie beigelegt und drohten mehr als einmal, in bewaffnete Auseinandersetzungen auszuarten.

Nach auszuwachen wurde jedoch das Bild einer geschlossenen Einheit des Militärs und der Unterordnung unter eine reformwillige, von Zivilen bestimmte Junta aufrechterhalten. Bis es im Mai zum ersten offenen Bruch kam, als Majano den Führer der Ultrarechten, Dabuisson, samt seinem Stab nach einem Putschversuch verhaften ließ. In einer Offiziersversammlung setzten sich jedoch Garcia und Gutierrez durch - der Chef der „Todeseschwadronen“ wurde freigelassen und

Majano der Oberbefehl entzogen. Obwohl er außer der Macht auch sein Gesicht verloren hatte, gab Majano nicht auf. Und mit ihm die Christdemokratische Partei, die lauthals erklärte, sie werde die Regierung verlassen, wenn Dabuisson freigelassen werden sollte.

Die Klemme der „Gemäßigten“

Schon damals war für Majano und die Christdemokratie kein politischer Spielraum mehr übrig, sich mit ihrer „gemäßigten Position“ gegen die Repressionspolitik der Mehrheitsfraktion in der Armee offen zu wehren. Sämtliche möglichen Bündnispartner hatten sich bereits in der FDR (Demokratisch-Revolutionäre Front) mit der Guerilla zusammengeschlossen - an eine Massenbasis für eine Majano-Regierung war ohnehin nicht zu denken. Das wäre auch nicht im Sinne der USA gewesen, deren Unterstützung Majano sicher sein konnte - aber nur, solange er seine Rolle als progressiver Militär und somit als Feigenblatt spielte für die von den US-Militärberatern in Zusammenarbeit mit den harten Militärs wie Gutierrez und Garcia organisierte Unterdrückungswelle und den Vernichtungsfeldzug gegen die Volksorganisationen.

Majano kennt die Spielregeln

Coronel Majano ist sich der Rolle, die er für die USA spielt, sehr wohl bewußt. Er ist Machtpolitiker, wie jeder andere hohe Offizier in der salvadoranischen Armee. Wäre er wirklich der „ehrenhafte und reformwillige Offizier“, für den er ausgegeben wird, er wäre längst zurückgetreten. Im Januar, als fast alle Zivilisten die Regierung verließen; spätestens im Mai, nach der Freilassung Dabuissons - und hätte die schmutzigen Praktiken der USA denunziert. Das hätte natürlich das Ende seiner Karriere, möglicherweise auch seines Lebens bedeutet. Majano kennt die Spielregeln und ist deshalb auf seinem Posten geblieben - in der Erwartung, einen günstigen Augenblick zu finden. Mit dem zunehmenden Prestigeverlust der Junta im Ausland hielt er diesen Zeitpunkt offensichtlich für gekommen.

Doch schon im Juni hatte die FDR seine Versuche aufgedeckt, mit einzelnen Organisationen des Oppositionsbündnisses ins Gespräch zu kommen. In den letzten Wochen hatte Majano, auf eine Demoralisierung innerhalb der FDR nach dem nicht ganz nach ihren Vorstellungen verlaufenen Generalstreik vom August hoffend, seine Kritik an den Ultrarechten wieder verstärkt aufgenommen, um sich bei der Opposition anzubiedern.

Die Reaktion seiner Konkurrenten war eindeutig: Entmachtung. Für die Leitfigur der salvadoranischen „Oktoberrevolution“ blieben nur noch zwei Auswege: Schliessen oder kneifen. Eine bewaffnete Auseinandersetzung, die Majano durchaus in sein Kalkül einbezogen haben muß, hat bei den Machtverhältnissen innerhalb der Armee kaum Aussichten auf Erfolg. Die abgesetzten Offiziere haben höchstens noch die Sympathie in 5 Kasernen und könnten den Kampf nur wagen, wenn sie auf die Unterstützung der Guerillaorganisationen





Verteidigungsminister Coronel Garcia dekoriert wegen ihrer besonderen Verdienste um El Salvador die Oberstleutnants Gerald S. Walker und Thomas N. Georges – zwei von ca. 400 US-Militärberatern, die in El Salvador aktiv sind.

rechnen könnten. Es scheint, daß Majano darauf hoffte, was seine politische Dummheit beweist. Ein Rücktritt hätte nur dann einen Sinn, wenn der Oberst Majano eine politische Opposition auf die Beine bringen könnte. Seine Basis beschränkt sich jedoch auf einige Teile des Militärs. Politische Gruppierungen der Mitte sind nicht mehr übrig geblieben. Durch Flucht ins Ausland und Denunziation der Militärdiktatur der FDR propagandistische Hilfe zu geben, kann man von ihm, den seine Offizierskameraden „Fuchs“ nennen, nicht erwarten.

Seine erste Haltung nach dem Montagsapell war denn auch: Ich trete nicht zurück. Seine Weigerung und die seiner Anhänger, von ihren Posten zu weichen, untermauerte er mit Angriffen gegen Gutierrez, dem er Bruch der Verfassung vorwarf. Beide Seiten zogen sich in ihre Kasernen zurück, wo sie ihre jeweilige Hausmacht besitzen. Majano-Leute besetzten eine Radiostation, um gegen die offiziellen Verlautbarungen zu protestieren. Es roch nach Pulverrauch.

Die US-Lösung

Dann bahnte sich doch ein anderer Ausweg an als der der Waffenprobe. Es war klar, daß es den USA gar nicht gefallen würde, daß die von ihnen gepöppelten Streitkräfte sich untereinander schwächen und so die Guerilla stärken. Zudem braucht das State Department eine - wenn schon nicht glaubwürdige - so doch zumindest nach außen einige Regierungsfassade. Diese darf weder rein militärisch sein noch ausschließlich aus Ultrarechten bestehen. Die USA taten folglich alles, die Junta am Leben zu halten, möglichst mit Majano.

Und so geschah es. Bei dem langem Hin und Her, das etwa eine Woche andauerte, war zwar schon klar, daß die Rechten sich durchgesetzt hatten, es ging nur noch um die Bedingungen. Letztendlich akzeptierte Majano den Montagsapell, d.h. er opferte seine eigenen Leute. Als Gegenleistung wurde beschlossen, daß künftig solche Befehle von der fünfköpfigen Junta gemeinsam beschlossen werden müssen. Wie Majano sich in Zukunft durchsetzen will, nachdem seine Basis im Heer so geschwächt ist, ist unklar.

Denn die notorischen Opportunisten Duarte und Ehrlich haben sich natürlich für die Stärkeren entschieden. Daß sie beide als Juntamitglieder und der Rest ihrer staatstragenden Partei wiederum zu Hampelmännern der Militärs gemacht worden sind, stört sie wenig. Sie werden auch in Zukunft keinerlei Gewissensbisse haben, weiterhin die Gemäßigten und Regierenden zu spielen - in einer Junta, die noch ein Stück weiter nach rechts gerückt ist. Sie wissen, daß sie dort noch gebraucht werden und daß sonst nur noch der Abfallhaufen der salvadorensischen Geschichte auf sie wartet.

Was ist passiert? Der Junta ist die gemäßigte Maske endgültig verrutscht. Niemand kann mehr behaupten, er unterstütze keine Militärdiktatur, wenn er der Junta die Hand reicht. Der Opposition FDR-DRU bringt der Krach unter den Herrschenden und ihre Demaskierung einen gewaltigen politischen Vorteil, da sie sich nicht hat irritieren lassen von der Fassade des Machtpokers. Ein Parteinehmen der Revolutionäre bei einer eventuellen bewaffneten Auseinandersetzung der Majano-Leute mit den Rechten hätte bedeutet, den Kopf in die Falle zu stecken. Das Ausnutzen des Streits kann jedoch grosse militärische und politische Erfolge für die DRU bringen.

ARGENTINIEN

Todeskommandos Videlas erreichen Europa

Die argentinische Diktatur ändert ihr Gesicht: Im kommenden März wird ein neuer von der Militärjunta gewählter Präsident sein Amt antreten und Videla ersetzen. Den Namen des neuen "Auserwählten" wird man vor dem 30. September kennen. Unterdessen macht die Diktatur eine schwierige Zeit durch: Ihr einziger Triumph ist die Senkung der Inflation allerdings auf Kosten von Rezession und wachsender Unruhe unter den Arbeitern. Die direkte Einmischung der argentinischen Militärs in den bolivianischen Putsch vergrößerte die internationale Isolierung der Videla-Diktatur. Dies alles findet seine Entsprechung in einer härteren Außenpolitik und einer noch brutaleren Unterdrückung nach innen. Die Todeskommandos Videlas haben Europa erreicht. In Bremen empfing der Senat mit allen Ehren die Repräsentanten der Diktatur. Dort entstand auch eine dunkle, bisher nicht genügend aufgeklärte Episode über eine mögliche Zusammenarbeit zwischen dem deutschen MAD (Militärischen Abschirmdienst) und der argentinischen Kriegsmarine.

Milton Friedman in Buenos Aires

Bei Redaktionsschluß dieser LN-Ausgabe wählte die Militärjunta den neuen Präsidenten Argentinien. Wir werden also keine Mutmaßungen anstellen, sondern analysieren, wie der neue Diktator die Probleme der Wirtschaft in seinem Lande angehen wird. Ohne Zweifel hat Wirtschaftsminister Martínez de Hoz versucht, mit den 3 Maßnahmen, die er im Juli ankündigte, auch in Zukunft sein Wirtschaftsprogramm durchsetzen zu können:

1. Eine allgemeine Mehrwertsteuer wird erhoben. Das bedeutet, daß die Steuerlast dieser Konsumsteuer direkt der großen Volksmasse aufgebürdet wird. Die Mehrwertsteuer wird zusätzlich einen neuen Inflationsschub hervorrufen.
2. Der Arbeitgeberbeitrag für die Rentenkasse wird aufgehoben. Die entstehende Finanzlücke wird durch die Mehrwertsteuer gedeckt. Durch dieses Manöver wird die Arbeiterklasse zusätzlich belastet.
3. Um das Zahlungsbilanz-Defizit decken zu können, wird die einjährige Mindestfrist zur Aufnahme von Auslandsanleihen aufgehoben. Das wird die ausländischen Finanzspekulant anlocken, ihre Devisen auf dem argentinischen Markt anzulegen, um in den Genuß der hohen Zinsen zu kommen.

Diese drei Maßnahmen wurden von allen Volkssektoren und den Verteidigern der nationalen Industrie heftig kritisiert. Aldo Ferrer, Ex-Wirtschaftsminister der Levingston-Diktatur, wies darauf hin, daß "seit vorigem Jahr, seit der Aufwertung des Peso und der Senkung der Zölle für ausländische Importwaren, die Zahlungsbilanz ein ansehnliches Defizit aufweist, das sich 1980 noch erheblich erhöhen wird. Die von Martínez de Hoz ergriffenen Maßnahmen werden das Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz nicht lösen, und die übrigen Maßnahmen bedeuten eine weitere Demontage der Industrie."

Währenddessen nimmt der Rezessionsprozeß in allen Teilen Argentinien alarmierende Ausmaße an. Die Tageszeitung "La Nación" schreibt in ihrem Wirtschafts-

kommentar vom 25.8.80: "Die Zahlen, die die Zentralbank zur Produktionsentwicklung im zweiten Trimester veröffentlicht hat, zeigen in ihrer aktuellsten und beinahe endgültigen Fassung eine Senkung des Bruttoinlandsprodukts um 3 %, was vor allem durch die 9 prozentige Senkung der landwirtschaftlichen und 7 prozentigen Senkung der industriellen Produktion verursacht wurde, während die übrigen Wirtschaftssektoren geringere Negativraten aufweisen."

"La Nación" ist die Tageszeitung, die am vehementesten die Wirtschaftspolitik Videlas verteidigt hat. Nun werden auch die Verbündeten von Martínez de Hoz unruhig. Diesem bleibt bis zum März eine Frist, seine Politik mit neuen Retuschen zu versehen. Große Hoffnung legt er auf den Besuch von Milton Friedman, Nelson Rockefeller und 83 Präsidenten nordamerikanischer Unternehmen im November in Buenos Aires. Die argentinische Zeitung "El Economista" kommentiert diesen Besuch in ihrer Ausgabe vom 24.7.80: "Milton Friedman, Ideologe der Chicagoer Schule, hat großen Einfluß auf die Wirtschaftsminister Argentiniens, Chiles, Uruguays und Israels. Dies geht so weit, daß darüber Späße gemacht werden: Jedes dieser Länder hat einen Minister, aber die 4 haben einen Superminister." Für die 2 Tage Aufenthalt in Buenos Aires erhält Friedman 25.000 US-Dollar (El Economista, 24.7.80).



Martínez de Hoz



Milton Friedman

Dieser Plan Friedman-Martínez de Hoz kostete innerhalb eines Jahres 70.000 Entlassene in der Metallbranche. In einem Dokument mit dem Titel "Die Metaller und die wirtschaftliche Aggression" schreiben die Generalsekretäre der Bezirkssektionen der Metallgewerkschaft (UOM): "Während auf der einen Seite die Hindernisse, um Argentinien in ein Paradies internationaler Finanzfreibeuter zu verwandeln, aus dem Weg geräumt werden, kann sich die nationale Industrie immer weniger verteidigen, wird die Gesundheitsversorgung angegriffen und auf den einfachsten Konsum der Arbeiter Steuern erhoben."

Alle Industriekammern des nationalen Kapitals haben in den letzten Monaten Kommuniqués veröffentlicht, in denen die Ziele des Teams Videla-Martínez de Hoz verurteilt werden, weil sie den Abbau der nationalen Industrie anstreben. Nehmen wir das Beispiel der Kammer der Schuhindustrie, einer der ältesten Industriezweige des nationalen Kapitals Argentiniens. In ihrer Situationsanalyse sagt sie, daß "die Industrie nur 50 % der vorhandenen Kapazitäten ausnützt, die etwa 100 Mio. Paar Schuhe pro Jahr beträgt...Vor allem muß man sehen, daß ein sehr starker Verkaufsrückgang auf dem nationalen Markt zu verzeichnen ist durch

die Verringerung der Kaufkraft der Bevölkerung. Der Verbrauch von Schuhen pro Einwohner ist seit 1973 um die Hälfte zurückgegangen. Der Rückgang der Kaufkraft veränderte nicht nur mengenmäßig die Verkaufsziffern, sondern auch die Verkaufsstruktur. Man stellte ein überproportionales Anwachsen im Verkauf von Waren minderer Qualität und Preis fest. Die Aufwertung des Peso beeinträchtigte merklich die Exporte, die 1975 das anscheinliche Niveau von 5,6 Mio. Paar Schuhe erreicht hatte. 1979 waren es nur noch 1/2 Mio. Paare."

In den argentinischen Tageszeitungen liest man täglich Nachrichten von zeitlich befristeten Produktionseinstellungen, von Betriebsschließungen, insbesondere in der Textilbranche. Auch die traditionsreiche Eisenbahnindustrie steckt in einer tiefen Krise. Die staatliche Eisenbahngesellschaft beschloß die Schließung der Werkstätten von Tafi Viejo, Provinz Tucumán, die seit fast 80 Jahren bestanden. 1.600 Arbeiter wurden entlassen, das ist der Hauptkern der arbeitsfähigen Bevölkerung dieses 30.000 Einwohner zählenden Ortes.

Ein weiteres Drama Argentiniens bedeutet die Vernichtung der gesamten ursprünglichen Industrie im Landesinneren. Dies erkennt selbst der Leiter des Beirats des Wirtschaftsministeriums, Dr. Luis García Martínez, an, der in der Tageszeitung "La Opinión" vom 25.8.80 erklärte: "Die größte Sorge des Wirtschafts-



teams sind die sog. regionalen Wirtschaften, die sich in der Krise befinden. Es werden Möglichkeiten studiert, wie man ihnen helfen kann. "Leere Erklärungen, daß man nach Lösungen sucht, obwohl doch der gesamte Plan Videla-Martínez de Hoz darauf abzielt, die nationale Industrie von der Wurzel aus zu zerstören. Die Dokumente der Unternehmer selbst beweisen, daß der Wirtschaftsplan der Militärdiktatur nur eine begrenzte Schicht der privilegierten Klasse begünstigt. Der Präsident des Bauunternehmerverbandes, Bernardo Loitegui, sagte in einem Vortrag, daß die neue Mehrwertsteuer den Preis von Luxuswohnungen um 3,15 % erhöhen wird, den Preis für Billigwohnungen aber um 13 % (La Opinión, 25.8.80).

In Bezug auf die so vielgepriesene Ordnung in den Finanzen Argentiniens, genügt es, eine Veröffentlichung des Finanzsekretariats im Wirtschaftsministerium widerzugeben. Demnach beträgt das "Defizit der Staatskasse im ersten Halbjahr 1980 drei Milliarden Pesos, das sind 37 % mehr als zum gleichen Vorjahreszeitraum (inflationbereinigt), während im gleichen Zeitraum das Zahlungsumgleichgewicht um 41 % zunahm. Insgesamt liegt das Defizit der Staatskasse um 77 % über dem im Haushaltsplan 1980 angenommenen."

Der neue Diktator, der im März 1981 sein Amt antreten wird, wird eine schwere Zeit vor sich haben. Alle Kandidaten für den Posten des Wirtschaftsministers, die in den Tageszeitungen gehandelt werden, sind Personen, die dies schon einmal unter vorangegangenen Diktaturen waren und dabei scheiterten. Wenn es Martínez de Hoz gelingt, einen seiner Leute als nächsten Minister durchzusetzen, dann könnte dies vor allem der deutschstämmige Walter Klein sein. Die anderen in Frage kommenden Wirtschaftsminister wären: Carlos García Martínez (auch aus dem Team Martínez de Hoz), Lorenzo Sigaut und José María Dagnino Pastore, Männer der Mitte, die versuchen würden, den Prozeß des Ausverkaufs mit schlichteren Maßnahmen zur Verteidigung der nationalen Industrie, besserer Löhne und mehr Inflation, zu verlangsamen (Dagnino Pastore war der letzte Wirtschaftsminister des Diktators Onganía), schließlich ein Name, der auch genannt wird, ist der von Raul Cuellos (sog. linke Mitte). Er würde Maßnahmen ergreifen, um einen Teil des Schadens, den Martínez de Hoz der nationalen Industrie zugefügt hat, zu beheben. Insgesamt sind es für das Volk keine wirtschaftspolitischen Alternativen. Aber gerade die wirtschaftliche Lage wird den Prozeß der Aneinanderkämpfe beschleunigen, so wie es sich Tag für Tag in Argentinien beweist: Trotz Unterdrückung werden die Streiks fortgesetzt. Auf den musterhaften Streik der Eisenbahner folgte eine unbestimmbare Zahl von Kampfbeweisen in verschiedenen Fabriken. Zuletzt streikten die Metallarbeiter.

Dieses Klima spiegelt sich wider in den Einheitsversuchen der drei Sektoren der Gewerkschaftsführungen: Die "25", die "20" und die CNT haben Gespräche aufgenommen, um den Gewerkschaftsdachverband CGT, der durch Dekret der Diktatur aufgelöst wurde, wieder aufzubauen.

Die Isolierung Videlas

1976 versuchte die Diktatur Videlas der Welt ein anderes Gesicht zu zeigen als Pinochet. Die argentinischen Militärs hatten begriffen, was internationale Isolierung bedeutet. Sie bemäntelten ihre brutale Repression als Kampf zwischen der Rechten und der Linken. Inflationärsartig benutzte Videla die Wörter "Freiheit", "Demokratie" und "Einhaltung der Verfassung". Wiederholt versicherte er, daß seine Regierung zu legalen und konstitutionellen Formen zurückkehren werde. Aber die Verbrechen nahmen überhand, und die Wahrheit kam ans Licht.

In dem Maße wie die repressiven Methoden des "Vidélismus" deutlich wurden, verloren die argentinischen Streitkräfte die Ruhe und machten schwere Fehler. Einer davon war die Entführung der 5 Argentinier in Peru (siehe LN 84) und die spätere Ermordung von Frau Noemi Gianotti de Molino in Spanien. Ein anderer Fall, der die Diktatur vor der Welt bloßstellte, war die kaum verheimlichte Hilfe beim Militärputsch in Bolivien und der Umstand, das erste Land zu sein, das dieses Regime anerkannte.

Und nun ist Argentinien auch öffentlich zu dem Land geworden, das – noch vor dem Chile Pinochets – die harte Linie des faschistischen Antikommunismus vertritt. Dies geht deutlich aus der Rede hervor, die Videla auf dem "Vierten Kongreß der Anti-Kommunisten Lateinamerikas" in Buenos Aires hielt. Dieser Kongreß wurde geleitet von General Carlos Suarez Mason, Ex-Kommandant des 1. argentinischen Armeekorps und einer der schlimmsten Unterdrücker in den ersten drei Jahren der Militärdiktatur. Organisiert wurde der Kongreß von der Antikommunistischen Vereinigung Lateinamerikas. Auf diesem Kongreß, der die Unterstützung von Stroessner (Paraguay) und García Meza (Bolivien) hatte, wurde der "Carter-Kommunismus", der fortschrittliche Teil der katholischen Kirche – insbesondere die Jesuiten – angegriffen. Man unterstützte die reaktionärsten Gruppierungen Lateinamerikas, u.a. auch den gestürzten Anastasio Somoza. Auf besagter Versammlung waren Generäle und Admirale der argentinischen Streitkräfte, sowie Polizeioffiziere anzutreffen. Diese Demonstration wurde durch den Besuch eines Abgesandten des US-Präsidentenchaftskandidaten Ronald Reagan in Buenos Aires, Herrn James Theberge, ergänzt, der öffentlich die Ablösung der Menschenrechtspolitik – im Falle eines Sieges der Republikaner – und die Aufhebung des Technologie- und Waffenembargos an die Diktatur Videlas ankündigte. Alle argentinischen der Diktatur wohlwollend gegenüberstehenden Tageszeitungen führen eine offene Kampagne zugunsten des Sieges von Ronald Reagan.

Morde, Selbstmorde und Entführungen

Am 26. Juli dieses Jahres erschien in der Tageszeitung "Clarín" (Buenos Aires) eine Anzeige, die von einer Gruppe von Bischöfen, Schriftstellern, Politikern und Freiberuflern unterschrieben war. Darin wurde die Regierung aufgefordert, die Namensliste und den derzeitigen Aufenthaltsort der Verschwundenen zu veröffentlichen. Auch der international bekannte Schriftsteller JORGE LUIS BORGES, bis vor kurzem noch ein unbedingter Anhänger der Militärdiktatur, unterschrieb diesen Aufruf ebenso wie der in Deutschland eher bekannte Trainer der argentinischen Fußball-Nationalmannschaft MENOITI. Dies hat zumindest eine anekdotische Bedeutung: Das Problem der Verschwundenen stört selbst traditionelle rechte Kreise. In dieser Beziehung steht die Diktatur mit dem Rücken zur Wand. Je mehr Zeit vergeht, desto mehr Verbündete verlassen das Schiff und lassen die für das Gemetzel direkt Verantwortlichen allein.

Dies ist einer der Gründe, daß die Diktatur ihre Kaltblütigkeit verliert und zum offenen Mord übergeht, wie im Falle der angeblichen sechs "Selbstmorde" politischer Gefangener in den letzten Wochen. Um diese Morde zu erklären, stellte Oberst JORGE DOTTI, oberster Chef der Gefängnisse, folgende seltsame These auf: "Viele der Subversion Überführten stellen im Gefängnis fest, daß sie von ihren Freunden vergessen oder aus ihrer Gruppe ausgestoßen wurden. Sie fühlen sich ins Leere gestoßen. Sie stellen fest, daß sie mit dem Tode spielten, weil sie glaubten, von ihnen gestützt zu werden. Sobald sie aber im Gefängnis sind,

werden sie von ihren Organisationen ignoriert und weggeworfen. Dann ist das einzige, was ihnen noch bleibt, dieser Leninismus oder Marxismus, den sie im Kopfe haben. Wenn auch das für sie an Wert verliert, dann haben sie keinen Grund mehr weiterzuleben und begehen Selbstmord" (La Prensa, Buenos Aires, 26.7.80).

Mit dem "Fall MOLFINO" glaubten die Geheimdienste der argentinischen Streitkräfte, eine Heldentat begangen zu haben. Ohne Zweifel war die Sache gut vorbereitet, um damit die demokratischen Exilorganisationen, die im Ausland arbeiten, in Mißkredit zu bringen. Die Tatsachen: In Peru wurden 5 Argentinier am 12. Juni von einer Kommando-Gruppe von Offizieren der argentinischen Armee, angeführt von Oberst RONALD ROCHA, entführt. Eine der Entführten, Frau Noemí Gianotti de MOLFINO, wird am 21. Juli in einem Apartment in Madrid tot aufgefunden. Gemeinsam mit ihrer Leiche findet man den Pass von Julio César RAMIREZ, einem weiteren in Peru Entführten. Die spanische Polizei beeilt sich zu behaupten, Frau DE MOLFINO sei eines natürlichen Todes gestorben. Drei Stunden nach Auffindung der Leiche, lädt JORGE WASHINGTON FERREYRA, der Botschafter der argentinischen Diktatur in Madrid, zu einer Pressekonferenz ein. Dort erklärt er, daß alles ein geheimer Anschlag subversiver Elemente im Ausland war, daß RAMIREZ und Frau DE MOLFINO nicht von argentinischen Militärs entführt wurden, sondern in Peru untertauchten und dann in Madrid wohnten. Die spanische Presse akzeptierte anfangs die Version der Botschaft und der spanischen Polizei. Aber die argentinischen Solidaritätsgruppen erklärten, daß es sich eindeutig um politischen Mord handele, der von argentinischen Militärs in Zusammenarbeit mit obskuren Kräften des spanischen Faschismus innerhalb der Polizei und der Streitkräfte durchgeführt wurde. Angesichts der von argentinischen Exilierten vorgelegten Beweise nahm sich die Parlamentsfraktion der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) des Falles an und erklärte im Parlament "ihre tiefe Besorgnis über den terroristischen Expansionsdrang des argentinischen Staates in Länder wie Peru, Bolivien und jetzt auch Spanien sowie Straflosigkeit, mit der sich die argentinischen Sicherheitsdienste in unserem Land zu bewegen scheinen - zumal es nicht das erste Mal ist, daß die Anwesenheit besagter Sicherheitskräfte auf spanischem Territorium gemeldet wird." Und in einer besonderen Erklärung bekräftigte der sozialistische Abgeordnete Pablo Castellano: "Das wirklich Besorgniserregende ist, daß es deutliche Beweise dafür gibt, daß die argentinische Botschaft ihren diplomatischen Status mißbraucht, um die Aktivitäten faschistischer Banden, die die spanische Souveränität verletzen und außerdem Angst und Schrecken unter den lateinamerikanischen Exilierten säen, zu decken. Der diplomatische Status darf nicht dazu mißbraucht werden, daß bewaffnete Banden ungestraft in unserem Land tätig werden."

Folgende unumstößliche Tatsachen wurden von der Argentinischen Menschenrechtskommission (CADHU) in Madrid veröffentlicht: 1. daß Frau de Molfino von einer Operationseinheit des Argentinischen Heeres (Nachrichtendienst des Vereinigten Generalstabs) kurz vor ihrem Tode noch lebend nach Spanien gebracht wurde, 2. daß einer der argentinischen Offiziere mit falschen Ausweispapieren, die auf den Namen Julio César Ramírez ausgestellt waren, die Wohnung in der Tumorstraße mietete, 3. daß Frau de Molfino in dieser Wohnung ermordet wurde und dort auch Ausweispapiere des Julio Ramírez, die dieser bei seiner Entführung in Lima/Peru bei sich trug, hinterlassen wurden.

Auf Drängen der Kinder von Noemí Molfino wurde der Leichnam exhumiert. Der Gerichtsmediziner stellte fest, daß die Todesursache "Herzversagen war, das

durch äußere Einwirkung verursacht sein könnte". Die spanische Öffentlichkeit und die argentinischen Exilierten fordern eine gründliche parlamentarische Untersuchung. Mit der Ermordung von Frau Molfino löschte die Diktatur nicht nur eine derjenigen Mütter der Plaza de Mayo aus, die am unermüdlichsten für die argentinischen Menschenrechte kämpfte, sondern sie wollte auch die gesamte Oppositionsbewegung im Exil in Mißkredit bringen. Dieser Aspekt ist wichtig, wenn man verstehen will, warum Videla und seine Generale direkte Aktionen gegen die Argentinier und die Solidaritätsorganisationen befohlen haben, die vom Ausland her kämpfen.

Bis zum letzten Jahr, versuchte Videla über seine Botschaften, sein Image im Ausland zu verbessern. Deswegen ließ er die militärischen Botschafter durch zivile ersetzen. So wurde Guyer in die Bundesrepublik geschickt, Martínez Raymond nach Italien, Jorge W. Ferreyra nach Spanien, Anchorena nach Paris und Eugenio Blanco in den Vatikan. Diese sollten unter demokratischer Maske zur Imagepflege des Militärregimes in Buenos Aires beitragen. Zugleich wurden die Public-Relations-Dienste einer nordamerikanischen Firma in Anspruch genommen. Hunderte von ausländischen Journalisten wurden nach Argentinien eingeladen, um ihnen die Schönheiten des Landes zu zeigen und Gespräche mit Befürwortern des Regimes zu vermitteln. Das alles kostete sehr viel, aber brachte wenig ein. Erfolgreicher waren dagegen die Solidaritätsgruppen in aller Welt, amnesty international, die Kirchen und die Aufklärungsarbeit demokratischer Organe. Daher versucht die Diktatur jetzt andere Methoden: Sie will die Oppositionsgruppen im Ausland direkt vernichten. Zuerst versuchte man, diese zu spalten. Diplomatische Funktionäre luden solche Exilierte zu Essen ein, die als "überzeugbar" klassifiziert wurden. Man bot ihnen Pfründe, eine mögliche Rückkehr, den Familien in Argentinien Entschädigung an. Doch konnten damit nur wenig Anhänger gewonnen werden. Der neue Plan ist die harte Linie. Die Botschaften wurden mit Nachrichtendienst- und Spionage-Spezialisten bestückt. Man versucht, in die Oppositionsgruppen Spione und Provokateure einzuschleusen, anonyme Telefonanrufe und Briefe an Nicht-Argentinier zu organisieren, um Unsicherheit, Dissonanz und Angst zu schüren. Daneben werden Verbindungen zu ausländischen Armee- und Polizeimitgliedern aufgenommen, Personen, die in Europa als rechtsradikal bekannt sind. Damit sollen direkte Aktionen strafrechtlich abgesichert werden. Der erste Versuch dieser Art wurde in Spanien unternommen. Aber auch in anderen Ländern werden Einschüchterungskampagnen eingeleitet.

Der MAD und die Argentinische Kriegsmarine

Am 2. August empfing der Bremer Senat mit allem förmlichen Zeremoniell Offiziere und Kapitän der argentinischen Fregatte "Libertad" (Freiheit), ein Schulschiff der Kriegsmarine, das an diesem Tag im Hafen eingelaufen war. Für die argentinische Opposition ist die Fregatte "Libertad" ein Symbol von Unterdrückung und Folter.

Beim Empfang überreichte Kapitän Padilla den sozialdemokratischen Senatoren einen "Ehrendolch". Man tauschte Trinksprüche aus, lächelte einander freundlich zu und sprach wie immer bei solchen Anlässen von der "Freundschaft der Völker". (Zum Vergleich sei hier auf die Haltung der Abgeordneten der Stadt Malaga/Spanien hingewiesen: Als die "Libertad" dort im Hafen einlief, weigerten sich alle Mitglieder der Ratsvertretung der Stadt, einem Empfang auf dem Schiff beizuwohnen).

Als eine Gruppe von Demonstranten des Bremer Lateinamerika-Komitees vor der "Libertad" ein Transparent mit der Aufschrift "Foltermarine - raus aus Bremen" entrollte, schritt die Polizei ein und nahm zur "Beweismittelfeststellung" die Demonstranten fest. Im folgenden die Bremer Nachrichten vom 5.8.80: "Zwanzig Minuten später, als sich für sie die Türen der Wache wieder öffneten, geschah das unverhoffte Zusammentreffen. 'Wir standen auf einem Parkplatz', berichtete Monika Bernsdorf, 'als plötzlich ein roter Personenwagen vor uns abstoppte (Kennzeichen SHG-DL 51). Der Fahrer kurbelte das Fenster herunter, zückte eine Kamera und schoß mehrere Fotos'. Monika Bernsdorf (Studentin) und Willi Huismann (Pädagoge) gingen daraufhin zum Auto und verlangten eine Erklärung. Bereitwillig gaben die beiden Insassen, Kadetten der 'Libertad' auf Spanisch Auskunft und zögerten auch nicht, Namen und Rang zu nennen. In der vom Lateinamerika-Komitee verfaßten eidesstattlichen Erklärung (vom Bremer Rechtsanwaltsbüro Baucke beglaubigt) heißt es dazu wörtlich: 'Auf unsere Frage, ob die von uns gemachten Fotos dem argentinischen Geheimdienst zur Verfügung gestellt würden, antwortete das Mitglied des Kommandocorps der 'Libertad', César Luis Borgogno: dieses sei notwendig, weil die Führung des Schiffes schon vor Einlaufen in Bremen ausreichend Information und Fotos über Leute erhalten habe, von denen Aktivitäten gegen das argentinische Militärregime zu erwarten seien. Der argentinische Konsul in Hamburg habe dabei eine vermittelnde Rolle eingenommen. Diese Personeninformationen - nach Borgogno ein ganzes Album - erfaßt die im Exil lebenden Lateinamerikaner in Bremen sowie alle Deutschen, die im Lateinamerika-Komitee oder auf andere Art und Weise diesen Lateinamerikanern helfen.' Borgogno selbst habe nach seiner Aussage mindestens einen Demonstranten wiedererkannt, der in dem Material des MAD (militärischer Abschirmdienst der BRD) abgebildet sei. Weiter das Lateinamerika-Komitee: 'Weiter gab der Offiziersanwärter an, daß die 'Libertad' vom militärischen Geheimdienst (MAD) der Bundesrepublik gebeten worden ist, Fotos von Demonstranten am Liegeplatz der 'Libertad' zu machen und ihm diese anschließend zur Verfügung zu stellen.'

Angesichts der dem Bremer Bürgermeister Koschnik vorgetragenen Proteste, wies dieser darauf hin, daß die Fregatte "Libertad" nicht vom Bremer Senat sondern vom Bonner Verteidigungsministerium eingeladen worden sei. Dazu meldete dpa: "Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums sagte in Bonn, es habe keine Kontakte zwischen Bundeswehrstellen und der Besatzung des Schiffes gegeben." Und laut Bremer Nachrichten bezweifelt der Kapitänleutnant Harro von Lüdingshausen, deutscher Verbindungsoffizier an Bord der "Libertad", jegliche Kontakte zwischen deutschen und argentinischen Militärstellen. Seine Vermutung: "Vielleicht haben die Offiziersanwärter im Auftrag der Südamerikaner gehandelt, um unter den Demonstranten mögliche Argentinier im Bild festzuhalten".

Unter Hinweis auf diese Vorkommnisse hat sich die nationale Koordination der Argentinien-Solidaritätsgruppen in der BRD an Bundesaußenminister H.D. Genscher gewandt und ihm ein Schreiben überreicht, in dem es heißt: "Der Staatsterrorismus der Videla-Diktatur hat seine Aktivitäten nicht nur in die lateinamerikanischen Nachbarstaaten, sondern selbst nach Europa ausgedehnt. In diesem Zusammenhang fühlen wir uns verpflichtet zu sagen, daß unter den argentinischen Exilierten in der Bundesrepublik und ihren deutschen Freunden große Unruhe herrscht, insbesondere nachdem die Vorfälle in Bremen bekannt wurden, wo Offiziere der argentinischen Kriegsmarine Teilnehmer einer friedlichen Demonstration gegen die Morde der Videla-Diktatur fotografieren konnten und durften, ohne daß die

deutsche Polizei dies zu verhindern versucht hätte. Im Gegenteil, die Teilnehmer der Protestkundgebung wurden von der Polizei festgenommen. Am alarmierendsten jedoch ist die Angabe des argentinischen Offiziers César Luis Borgogno, der sich völlig frei bewegte und die Protestierenden fotografierte, daß die argentinische Kriegsmarine direkt mit dem MAD zusammenarbeitet.

Obwohl alle diese Ereignisse detailliert in den lokalen Zeitungen, in Radio Bremen und der überregionalen Presse dargelegt wurden und der Wagen, aus dem die argentinischen Offiziere ihre Aktion vornahmen, identifiziert wurde, ist von den deutschen Behörden nichts unternommen worden: Weder wurde bei der argentinischen Botschaft Protest eingelegt, noch wurde der Offizier Borgogno befragt, ob er seine Behauptungen aufrecht erhalte.

Angesichts dieser Situation und weil genügend Beweise vorliegen, daß alle argentinischen Botschaften als Politische Polizei im Ausland tätig sind - wie die Vertretungen aller totalitären Staaten - möchten wir hier unsere tiefe Besorgnis zum Ausdruck bringen, um möglichen Übergriffen des argentinischen Geheimdienstes unter dem Schutz des diplomatischen Status gegen demokratische und friedliche Kräfte in der Bundesrepublik vorzubeugen.

Wir bitten das Auswärtige Amt außerdem zu veranlassen, daß die Vorfälle in Bremen und die angebliche Zusammenarbeit zwischen argentinischem Geheimdienst und deutschen Diensten aufgeklärt werden."

Auf dieses Schreiben hat Genscher bis jetzt noch nicht geantwortet. Indessen geschah auf einer Seminar-Veranstaltung der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung in Berlin etwas, das sehr deutlich die Grenzen des bundesdeutschen Liberalismus aufzeigt. Auf dieser Veranstaltung ließ man den Ex-Präsidenten Kolumbiens, López Michelsen, über 40 Minuten lang zu Wort kommen. Michelsen ist ein bekannter Verteidiger der Videla-Diktatur. Als danach der argentinische Ex-Senator Hipólito Solari Yrigoyen die Meinung der authentischen argentinischen Demokraten im Exil wiedergeben wollte, wurde er nach 5 Minuten mit dem Hinweis, seine Redezeit sei beendet, in seiner Ausführung unterbrochen - eine gewiß wenig liberale Maßnahme. Solari Yrigoyen verließ daraufhin die Veranstaltung und wurde in dieser Haltung von allen argentinischen Exilierten unterstützt, die von diesem Ereignis erfuhren. So endet bundesdeutscher Liberalismus dort, wo man sich die Freiheit nimmt, die mit Bonn befreundeten Diktaturen zu kritisieren.



Ex-Senator Hipólito Solari Yrigoyen

HONDURAS

Nach den Wahlen — alles beim Alten?

Das Ergebnis der Auszählung nach den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 20. April, die den ersten Schritt zur Ablösung einer fast achtjährigen Militärherrschaft bedeuten sollte, war selbst für die Gewinner — eine große Überraschung. (Vgl. dazu auch die LN vom April 1980)

Es siegte die Liberale Partei und nicht — wie es das natürliche Ergebnis des erwarteten Wahlbetrugs gewesen wäre — die Nationale Partei. Der Wahlbetrug war, wie berichtet, von der Nationalen Partei und ihren erzkonservativen Verbündeten im Militär- und Staatsapparat von langer Hand vorbereitet worden. Zu diesem Zweck hatte sie sich die Kontrolle in 95 % der Gemeinden und Städte und in 17 der 18 Departamentsregierungen verschafft. Auch ohne diese Manöver hätte man von vornherein nicht von wirklich freien Wahlen reden können, da von den existierenden Parteien nur zwei überhaupt zugelassen worden waren: die beiden traditionellen Oligarchie-Parteien Partido Liberal und Partido Nacional und die junge Partido de Innovación y Unidad (PINU). Letztere hatte noch bis kurz vor dem Wahltermin durch Einbeziehung einiger bekannter Vertreter der reformistischen Bauern- und Gewerkschaftsbewegungen in ihre Kandidatenlisten ihr Image als Partei der modernisierenden Großbourgeoisie zu modifizieren versucht — ohne Erfolg, wie nachstehender Kasten zeigt:

Das Wahlergebnis vom 20. April 1980:

Zahl der abgegebenen Stimmen:	1 003 680	Sitzverteilung in der Verfassungsgebenden Versammlung:
Partido Liberal.....	49,4 %	 35 Sitze
Partido Nacional	42,2 %	 33 Sitze
PINU	3,5 %	 3 Sitze
Unabhängige Kandidaten	0,4 %	 -
Ungültige Stimmen (votos nulos).....	2,4 %	
Freigelassene Wahlkarten (en blanco)	2,0 %	
	<u>99,9 %</u>	
Wahlbeteiligung in Prozent der im Wahlzensus Registrierten	<u>82,1 %</u>	

Die Interpretation des Wahlergebnisses wirft einige Fragen auf, die im folgenden diskutiert werden sollen.

Zunächst einmal ist zu erklären, warum die Aufrufe zum aktiven Wahlboykott durch die Frente Patriótico Hondureño (FPH), einem breiten Bündnis demokratischer und revolutionärer Organisationen, offenbar nur von einem geringen Prozentsatz der Wahlberechtigten befolgt wurden. (Die 17,9 % der eingeschriebenen Wähler, die nicht zu den Urnen gingen sowie die 4,4 % ungültiger und unausgefüllter Stimmzettel sind sicher nur zum Teil als Ausdruck des bewußten Boykotts zu werten. Leider gibt es keine Daten über den Prozentsatz der Personen im Wahlalter, die sich nicht im Wählerzensus registrieren ließen.

Die Boykottaufrufe der FPH beruhten sicherlich auf einer korrekten Einschätzung der Situation, was die Entlarvung des Wahls anging. Offensichtlich rechneten sie aber nicht damit, daß sich große Teile des Volkes — und zwar gerade im stärker kapitalistisch entwickelten Norden des Landes — nach wie vor für die ehe-

mals reformistischen Ideale der Liberalen Partei mobilisieren lassen oder doch zumindest in den Liberalen eine reale Alternative zu den reaktionären "Cachurecos" (Nationalisten) sahen. Der Name der fast schon legendären verstorbenen Führer der Liberalen Partei — Ramon Villeda Morales und Modesto Roda Alvarado — übt immer noch eine fast mystische Anziehungskraft aus, die von den heutigen konservativen Erben weidlich ausgeschlachtet wird.

Abgesehen davon, daß nach fast zehn Jahren erzwungener Wahlenthaltung jede Teilnahme am Wahlspektakel psychologisch gesehen attraktiv erscheint, kommen noch eine Reihe weiterer Gründe für die relativ hohe Wahlbeteiligung und den Sieg der Liberalen in Frage:

Da ist zunächst das Faktum, daß die Wahlen vom 20. April 1980 vermutlich zu den freiesten zählen, die es in der Geschichte des Landes je gegeben hat. "Frei" in dem Sinne, daß jedem Wähler am Wahltag die freie Ausübung seines Wahlrechts (zugegebenermaßen eingeschränkt auf wenige Alternativen) garantiert wurde. Im Gegensatz zu den sonst üblichen Praktiken des Stimmenkaufs oder des offenen Zwanges, für eine bestimmte Partei zu stimmen, die in der Vergangenheit stets der Nationalen Partei zugutekamen, gewährleistete das Militär diesmal absolute Ruhe und verhinderte jede direkte Beeinflussung am Wahltag.

Woraus erklärt sich diese vollkommen ungewohnte Haltung des Militärs? Die entscheidende Erklärung liegt in der massiven Einflußnahme der USA, die offensichtlich zu dem Schluß gekommen waren, daß eine Realisierung des vorbereiteten Wahlbetrugs und ein Sieg der Nationalen "Wasser auf die Mühlen" der Linken gewesen wären und zu einer noch schnelleren Verschärfung des internen Klimas beigetragen hätte, was momentan alles andere als im Interesse des Imperialismus liegt.

Anlaßlich seines Besuchs in Washington im Frühjahr hatte der Chef der bisher regierenden Dreierjunta, General Policarpo Paz García, offensichtlich entsprechende Instruktionen erhalten, denn kurz vor dem Wahltermin gab er in einer spektakulären Erklärung bekannt, er werde vollkommen freie Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung und die spätere direkte Wahl des Präsidenten durch das Volk gewährleisten — all dies im Gegensatz zu den bisher geübten Praktiken und erklärten Absichten der Oligarchieparteien, die den Präsidenten ohne Beteiligung des Volkes durch die Constituyente wählen lassen wollten. Die Erklärung von "Polo" Paz eröffnete zum ersten Mal die reale Möglichkeit für einen Sieg der Liberalen.

Hinzu kam, daß sozusagen in letzter Minute auch die ALIPO (Alianza Liberal del Pueblo), die progressivere Minderheitsfraktion innerhalb der Liberalen Partei, zur Unterstützung der Parteiführung aufrief, nicht ohne vorher energisch den Wahlbetrug (wegen Ausschluß aller wirklichen Oppositionsparteien) denunziert zu haben.



Das Votum für die Liberalen muß nicht als volle Unterstützung der Politik dieser Partei, sondern vielmehr vorwiegend als Entscheidung gegen das Militär und seine reaktionären Verbündeten, gegen die Korruption und so gewertet werden. Die Liberale Partei repräsentierte in den Augen des Volkes die einzige — wenn auch minimale — Möglichkeit eines irgendwie positiven Wandels; die PINU, obwohl als einzige der zugelassenen Gruppierungen mit einem tatsächlich reformistischen Programm ausgestattet, stellte offensichtlich wegen ihrer vorauszusehenden Verlierposition von vornherein keine ernstzunehmende Alternative dar.

Die Massen wurden schließlich durch eine spektakuläre und kostspielige Kampagne in den Medien geradezu zu den Unen getrieben, mit Appellen an den tatsächlich sehr tief verwurzelten Patriotismus und vage Sehnsüchte nach einer Bewahrung des - in Wirklichkeit gar nicht so friedlichen - "sozialen Friedens", gegenüber einer durch revolutionäre Umwälzungen gekennzeichneten Situation in den Nachbarländern. All das mit einer deutlichen Spitze gegen die "antipatriotischen" und "subversiven" Boykottaufrufe der Linken. Höhepunkt der Kampagne war die kurz vor dem 20. April erfolgte Verhaftung einiger Führer linker Parteien, wegen angeblich subversiver Aktivitäten (siehe unten).

Schließlich muss zur Erklärung der hohen Wahlbeteiligung, die nicht nur den Liberalen zugutekam, noch auf die Wirkung nach wie vor funktionierender traditioneller politischer Mobilisierungsmuster verwiesen werden. Insbesondere auf dem Land hat die seit Generationen überlieferte, aus der Zeit der Bürgerkriege im vorigen Jahrhundert herrührende "Verschreibung" der Bauernfamilien an eine bestimmte Partei immer noch eine gewisse Geltung: "Ich bin ein Liberaler/Nationaler bis ans Grab, weil meine Väter auch schon Liberale/Nationale waren ..."

Reaktion der Patriotischen Front

Die Frente Patriótica interpretierte die Wahlergebnisse als ein "Votum des honduranischen Volkes gegen die Korruption, die autoritäre Herrschaft und die Rückständigkeit". Sie erklärte, daß sie das Resultat der Abstimmung als "Ausdruck der Souveränität des Volkes und als Versuch der Zurückweisung der ultrarechten Formeln" akzeptiere. Als Zusammenfassung dessen, was sie als Sehnsüchte des Volkes interpretiert, erklärt sie die "Notwendigkeit eines politischen Prozesses, der dem Fortschritt, der Gerechtigkeit und dem Frieden zum Durchbruch verhilft." Gleichzeitig zählt sie die folgenden kurzfristigen Ziele ihres politischen Kampfes auf:

- Verabschiedung einer fortschrittlichen Verfassung
- volle Geltung und Erweiterung der demokratischen Freiheiten
- uneingeschränkte Amnestie
- Aufstellung einer partizipativen, demokratischen und den Willen des Volkes respektierenden Regierung
- Wahl des Präsidenten, des Parlamentes und der Bürgermeister durch allgemeine Wahlen.

Die FPH interpretiert das Wahlergebnis als Votum des Volkes für ökonomische und soziale Transformationen - innerhalb des Rahmens der bürgerlich-konstitutionellen Demokratie.

Der Kuhhandel um die provisorische Regierung

Mit dem Wahlsieg hat die konservative rodistische Fraktion der Liberalen Partei (benannt nach M. Rodas Alvarado), unter der Führung des Arztes Roberto Suazo Córdoba, einen unerwarteten - und unverdienten - Auftrieb bekommen. Die ALIPO sieht sich von jeglichem Einfluß, insbesondere auf die Benennung der Minister der Übergangsregierung, ausgeschlossen. (Diese Regierung soll etwa 15 Monate bis zur Verabschiedung der neuen Verfassung fungieren). Um die drohende Spaltung der Partei zu verhindern, bildete sich Ende Mai eine neue Gruppierung heraus, die Frente de Unidad Liberal (FUL), die den Dialog zwischen beiden Flügeln wieder herzustellen versucht.

Die PINU, die sich mit ihren drei Abgeordneten eine Position als Zünglein an der Waage ausgerechnet hatte, sah sich nach dem 20. April betrogen angesichts eines unverhüllten Paktes zwischen den traditionellen Parteikamarillas der beiden "Großen", die gemeinsam mit den Militärs begannen, die Ministerposten und Pfründe unter sich auszumäuscheln. Alles erinnert an die wenig glorreichen Zeiten des sogenannten "nationalen Einheitspaktes" der Jahre 1971 und 72, nur mit dem Unterschied, daß diesmal das Militär als - entscheidender - Dritter im Bunde mitmischte.

Ausdruck dieser Kontinuität ist die fast ohne Widerstand akzeptierte Ernennung des alten Präsidenten "Polo" Paz zum neuen provisorischen Präsidenten durch die seit dem 20. Juli installierte Verfassungsgebende Versammlung: Als "Orden" (Grass-

Fans würden sagen "Bonbon") für die Garantie freier Wahlen durch die Uniformierten. Die Arroganz des neuen alten Präsidenten gegenüber der - zugegebenermaßen nicht gerade achtunggebietenden - Versammlung der "Väter des Vaterlandes" manifestierte sich in dessen Weigerung, sich gegenüber dieser momentan höchsten Autorität vereidigen zu lassen.

Auch in den fast vier Monate dauernden Rangeleien um Posten und Pöstchen demonstrierte das Militär, daß es in Wahrheit nicht gewillt ist, sich aus der Macht zurückzuziehen. Die Streitkräfte behielten sich die Besetzung der strategisch wichtigsten Positionen in der Exekutive vor (Finanzministerium, Ministerium für Kommunikation und Öffentliche Arbeiten, Verteidigungsministerium und Zentralbank) und beanspruchten außerdem das letzte Wort in der Auswahl der Männer, die ihnen von den Parteien als Kandidaten für den Rest der Ministersessel vorgeschlagen wurden.

Diese scheinbare Selbstentmachtung der Oligarchieparteien läßt sich nur auf zweierlei Weise erklären: entweder sind sie zu schwach, um sich gegenüber den Militärs behaupten zu können, oder (wahrscheinlicher) sie beabsichtigen im Grunde daselbe wie die Militärs: daß alles beim alten bleibt und nur die Pfründe gerecht verteilt sind. Tatsächlich findet sich in der am 15. August schließlich bekanntgegebenen Kabinettsliste kaum eine Person, von der man wesentliche Impulse für reformistische Veränderungen erwarten könnte. Die neue Regierung besteht aus acht Nationalen und fünf Liberalen (was aber de facto keinen Unterschied macht): ein Hohn auf das Wahlergebnis.

Die Versammlung der "ehrenhaften Abgeordneten", die die Aufgabe haben, die dreizehnte Verfassung in der knapp 160jährigen Geschichte der Republik auszuarbeiten, erschöpft sich derzeit in endlosen Geschäftsordnungsdebatten, hin und wieder unterbrochen durch lautstarke Demonstrationen von Bürgerinitiativen, die neben ihren Forderungen ihren berechtigten Zorn über die konstitutionelle Farce zum Ausdruck bringen.



Aber nicht nur das Volk ist zunehmend desillusioniert; auch gewisse Teile des Bürgertums, die sich zumindest eine effizientere, weniger korrupte Regierung erhofft hatten, sind zunehmend "sauer". Beispiel ist der Streit um die Ernennung des Zentralbankchefs: das Bankkapital konnte seinen Kandidaten nicht gegen das Militär durchsetzen.

Volksbewegung und Repression

Insgesamt gesehen hat der Mobilisierungsgrad der Bevölkerung, die sich im Frühjahr unter Führung der FPH im Zeichen des Wahlboykotts und gegen die Fahrpreiserhöhungen organisierte, ziemlich abgenommen. Der FPH ist es bisher nicht gelungen, der weitverbreiteten Erbitterung und Proteststimmung wegen der weiter galoppierenden Inflation, der Polizeiybergriffe und der sich immer mehr verschlechternden Lebensbedingungen, organisiert und konzentriert Ausdruck zu verleihen.

Immerhin wurden aber in den letzten Monaten durch die sehr gut organisierte Lehrer- und Studentenbewegung einige wichtige Zugeständnisse von Seiten des Staates erkämpft: die nationale Universität erhielt statt knappe 3 % jetzt 6 % des Staatshaushaltes, die Lehrer erreichten durch einen landesweiten Streik einige wesentliche Verbesserungen der Gehälter und Arbeitsbedingungen.

Wie erwähnt, wurden kurz vor den Wahlen einige bekannte Führer der sozialistischen Partei (PASO) und der Revolutionären Partei Zentralamerikas (PRC) verhaftet, da sie angeblich in die Entführung des Chefs der Texaco-Niederlassung in Honduras verwickelt gewesen seien und gleichzeitig "subversive Anschläge" geplant haben sollen, wofür in beiden Fällen aber keine Beweise beigebracht werden konnten. Nichtsdestoweniger sind sämtliche Verhaftete nach wie vor im Knast, selbstverständlich nachdem sie ausgiebig und mit "modernen" Methoden gefoltert worden waren. Dasselbe Schicksal erleiden drei jungen Männer, darunter ein Journalist, die im Juni wegen Waffenschmuggels zugunsten der revolutionären Bewegungen in El Salvador verhaftet wurden. Bei dieser Gelegenheit "verschwanden" über 100 000 Lempiras (ungefähr 90 000 DM), die die drei bei sich gehabt hatten. Der Anwalt der Verhafteten, der offensichtlich dem verschwundenen Geld auf der Spur war, wurde kurze Zeit darauf am helllichten Tag in seinem Büro in Tegucigalpa erschossen – eine Tat, die bisher in Honduras noch zu den Ausnahmen im politischen Alltag zählt, verglichen mit der Praxis im Nachbarland Guatemala beispielsweise. Bleibt kaum noch zu erwähnen, daß der oder die Täter bisher nicht aufzufinden waren und daß gleichzeitig der Waffenhandel zugunsten der Konterrevolution in Nicaragua und das Training somozistischer Banden auf honduranischem Boden keinen Einschränkungen unterliegt.

Gleichfalls als politische Gefangene müssen einige -zig Bauern und Arbeiter gerechnet werden, die in verschiedenen Landesteilen nach Streiks oder Landbesetzungen die Gefängnisse bevölkern. Möglicherweise wird demnächst von der Constituyente eine Amnestie erlassen, die zur Freilassung von über hundert Menschen führen soll.

Das Kalkül der USA: Vertrauen in den »Demokratischen Weg« ist gut — Militärische Kontrolle ist besser

Die Strategie des Imperialismus zur "Lösung" der internen Probleme des Landes als Mittel zur Gewinnung einer sicheren Basis für die Konterrevolution in Zentralamerika läßt sich nach den bisherigen Entwicklungen folgendermaßen charakterisieren:

Kombination von politischer Stabilisierung, gemäßigter politischer Öffnung und kompromissloser Repression gegen alle demokratisch-revolutionären Kräfte, insbesondere die Solidaritätsaktionen mit dem salvadoreanischen und guatemaltekenischen Volk. Sicher muß man dabei berücksichtigen, daß die Domination des politischen Prozesses durch den Imperialismus nicht vollkommen ist und den Gruppen der einheimischen herrschenden Klasse ein gewisser Spielraum zugestanden werden muß, um die Illusion der Souveränität und des parlamentarischen Kräftespiels aufrechtzuerhalten. Daraus können sich, wie gezeigt wurde, aber neue destabilisierende Faktoren entwickeln.

Nach wie vor kann man davon ausgehen, daß -unter der Voraussetzung absoluter militärischer Kontrolle – die Realisierung eines minimalen Reformprogramms im langfristigen Interesse der USA liegt. In diesem Sinne funktionieren die Programme

der US - AID (Agency for International Development) insbesondere in den Elendsvierteln der Städte und in den am schlimmsten von der Proletarisierung betroffenen ländlichen Regionen. Realistischerweise muß man aber davon ausgehen, daß die tatsächliche Wirkung stabilisierender Reform- oder "Hilfsprogramme" schon von vornherein durch die notorische Korruption und administrative Ineffizienz in Grenzen gehalten wird. Ein schlagendes Beispiel ist das als schlechte Karikatur der nicaraguensischen Alphabetisierungskampagne von den USA finanzierte Alphabetisierungsprogramm: schlecht vorbereitet, miserabel organisiert und trotz aufwendiger Werbekampagnen – mit weniger als dem erhofften Wiederhall in der Bevölkerung. Solche Aktionen haben unter Umständen eher "destabilisierende" Wirkungen, da große Hoffnungen geweckt aber nicht erfüllt werden.



Als einziger Bestandteil des US-Plans für Honduras läuft bisher nahezu reibungslos die weitere Aufrüstung und Verstärkung des Heeres, der Luftwaffe und neuerdings auch der Marine. Die Militärs hatten sich als letzten "Clou" vor ihrer offiziellen Verabschiedung von der Macht noch etwas besonderes ausgedacht: in einem kurz vor dem 20. Juli erlassenen Dekret sicherten sie sich die völlige Unabhängigkeit von zukünftigen Zivilregierungen: der Verteidigungsminister soll in Zukunft von dem obersten Rat der Streitkräfte ernannt werden, statt wie bisher vom Präsidenten. Sogar die Auswahl des Chefs der Präsidentenwache liegt nicht mehr in seiner Hand. Ob dieses Dekret von der Constituyente bestätigt wird, bleibt noch abzuwarten; deutlicher wird darin jedoch die Tendenz, den Militärapparat zum Staat im Staate auszubauen und ihn von allen möglichen Konzessionen an das politische Kräfteverhältnis zwischen den sozialen Klassen unabhängig zu machen. Ins gleiche Bild paßt auch das Weiterbestehen der sogenannten regionalen Entwicklungsgremien (Juntas Regionales de Desarrollo), die unter der Leitung des jeweiligen Militärkommandanten der Zone praktisch jegliche entwicklungspolitische Aktivität oder politische Agitation kanalisieren bzw. unterdrücken können.

Die Stärkung der reaktionären Fraktionen innerhalb des Militärs kommt nicht zuletzt in der Ende Juli vorgenommenen "Säuberung" zum Ausdruck, der eine größere Anzahl reformistischer Offiziere zum Opfer fielen, darunter die ehemaligen Regierungschefs Lopez Arellano und Melgar Castro, sowie einige bekannte Köpfe der jungen Reformer von 1972, die schon vor längerer Zeit ins diplomatische Exil befördert worden waren.

Unter dem Schutz oder zumindest der Duldung des Militärs entwickelt sich Honduras weiterhin zum freien Trainingsfeld konterrevolutionärer Somozisten, die ungehindert die Grenzen nach Nicaragua überschreiten können und in Honduras ihre Rückzugsbasis haben. Beängstigend ist auch die seit einigen Monaten offenbar gewordene Existenz paramilitärischer Organisationen, die kaum noch etwas mit den traditionellen Pistolerothorden ("Mancha Brava") der Nationalen Partei gemeinsam haben, sondern mittlerweile eine "solide" Ausbildung erhalten, vermutlich unter ausländischer Anleitung (man spricht von argentinischen "Beratern"). Zu den ersten Aktivitäten dieser Gruppen zählten – neben der Ermordung des Anwalts Salinas und

einiger weniger bekannter Führer der Volksbewegungen in der Provinz - zahlreiche anonyme Morddrohungen gegenüber Universitätsangehörigen und Studentenführern.

Mittlerweile hat das honduranische Militär einen "Cordon Sanitaire" an der Grenze zu El Salvador errichtet, wo sich ununterbrochen schwere Kämpfe zwischen Truppen des salvadorianischen Staates und den revolutionären Volksorganisationen abspielen. In diesen Kämpfen sterben täglich dutzende Angehörige der Zivilbevölkerung; dramatisches Beispiel ist das Massaker am Rio Sumpul am 14. Mai dieses Jahres, bei dem etwa 600 Menschen in einem Dorf auf salvadorianischer Seite umkamen - nicht zuletzt, weil ihnen von honduranischen Soldaten die Flucht nach Honduras verwehrt wurde. Dieser brutale Massenmord wurde von einer Reihe katholischer Geistlicher aus der Diözese des Grenzbezirks in einer gemeinsamen Erklärung dokumentiert - unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine mutige Tat.

Am 15. August wurde die Mission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Tegucigalpa von einem Kommando der bisher unbekannten Unión Revolucionaria del Pueblo für einen Tag besetzt, um die Kollaboration zwischen salvadorianischem und honduranischem Militär zu denunzieren und von der OAS, der eine Mitbeteiligung an der blutigen Repression vorgeworfen wird, eine effektive Kontrolle der Neutralität im Grenzgebiet zu fordern.

Die Situation der salvadorianischen Flüchtlinge in Honduras (inzwischen sind es ungefähr 10 000) ist weiterhin miserabel. Sie müssen unter freiem Himmel leben und sind bisher fast ausschließlich auf Hilfe durch die selbst bitterarmen honduranischen Bauern angewiesen. Organisierte Hilfsaktionen kommen erst schleppend in Gang.

Soweit zur Situation in Honduras Ende August. Unter den gegenwärtigen Umständen in Zentralamerika kann sich das Panorama sicherlich rasch verändern. Die Befreiungskämpfe in den Nachbarländern haben sowohl auf das Volk als auf die Repressionskräfte der herrschenden Klasse eine ansteckende Wirkung, wovon bisher allerdings nur die letztere sich offen gezeigt hat. Aber auch in Honduras selbst gibt es eigenständige Kräfte, die wachsende Spannungen produzieren: die Desillusionierung des Volkes gegenüber der konstitutionellen Farce und die sich schrittweise verschärfende Repression tragen neben der unübersehbaren ökonomischen Krise zu einer "Destabilisierung" bei, die das imperialistische Konzept einer "Insel des Friedens" in einem Meer revolutionärer Umwälzungen immer mehr in Frage stellt.



Unter freiem Himmel lebend und auf die Hilfe der honduranischen Bevölkerung angewiesen: salvadorianische Flüchtlinge

HAITI

Dominikanische Republik soll »Baby Doc« schützen

Die zum Amtsantritt von Jimmy Carter angekündigte menschenrechtspolitische US-Offensive hat in Lateinamerika eine Welle von Befürchtungen und Hoffnungen ausgelöst. Befürchtungen bei den Diktatoren, die das Ende ihrer Herrschaft sahen und öffentlich auf diesen moralischen "Idioten" und "politischen Dilettanten" aus Georgia schimpften, der ihnen das Geschäft verderben wollte. Die unterdrückten Völker ihrerseits hofften auf eine neue US-Außenpolitik, die mit der Tradition brechen würde, die mit einigen Varianten von Roosevelt über Kennedy bis Nixon und Ford andauerte.

Die Forderung nach Achtung vor den Menschenrechten hat nach dem Besuch von Andrew Young in Port-au-Prince (1977) das Regime in Haiti verunsichert und die Opposition ermutigt, sich vorsichtig politisch zu artikulieren. Unter dem Eindruck einer bevorstehenden Demokratisierung der Machtstrukturen sprach die haitianische Oppositionspresse euphorisch von einer wichtigen Etappe im Leben der Haitianer und sagte "außerordentliche und spektakuläre Entscheidungen" der Regierung voraus, "deren politische und soziale Rückwirkungen sich prompt manifestieren werden".

Zum 20. Jahrestag des Duvalierismus proklamierte "Baby Doc" (Präsident Jean Claude Duvalier) als Versöhnungsgeste eine Generalamnestie, die, da sie zunächst die Hoffnung erweckte, daß sie tatsächlich alle Personen erfassen würde, die während der Regierungszeit seines Vaters "Papa Doc" verschwanden, einen bitteren Geschmack hinterließ: von den Tausenden, die in die Hände der "Tontons Macoutes" (berüchtigte nationale Sicherheitsschwadron) fielen, verließen nur 105 Personen die Folterkammern des Regimes. Bei der gleichen Gelegenheit fixierte Jean-Claude Duvalier den Mindesttageslohn auf 8 Gourdes (\$ 1,60 vorher \$ 1,00 - 1,50) und appellierte an die haitianische Opposition in der Diaspora, in die Heimat zurückzukommen, um ihm bei seiner "Wirtschaftsrevolution" zu helfen. Fortan tauchten neue Schlagwörter und Ausdrücke wie "Jean-Claudismus", "Zeit des Dialogs", "Demacoutisation", "nationale Versöhnung" in der lokalen Presse auf, die den "jungen Präsidenten" lobte und in ihm einen Mann sah, der fähig sei, die Klügelwirtschaft der Vergangenheit abzuschütteln, um die Gegenwart zu konsolidieren und die Zukunft aufzubauen (Oppositionsorgan "Le petit samedi soir"). Parteien wurden gegründet und Presse- und Redefreiheit verlangt.

3 1/2 Jahre sind vergangen und sowohl die Menschenrechtspolitik Carters als auch die Liberalisierungsmaßnahmen des haitianischen Regimes erwecken keine Hoffnungen mehr in der haitianischen Öffentlichkeit. "Baby Doc" aber hat das Menschenrechtsspiel verstanden, sein Regime zeigt sich wieder vermessen und mit Blut an den Händen. Die Träger des "Jean-Claudismus" - eine politische Doktrin, deren Inhalt



Präsident Duvalier

noch nicht deutlich geworden ist - ließen die Parteigründer wissen, daß das Regime sich den Luxus von "mehr als einer Partei nicht leisten kann". Die an die Adresse der Opposition gerichtete Warnung des Despoten: "Pitit tig sé tig" (der Junge eines Tigers ist auch ein Tiger) zeigt mit aller Deutlichkeit, daß, seiner Ansicht nach, die Grenzen des "Zulässigen" erreicht sind und das Ende seiner Raubritter-Dynastie noch nicht gekommen ist.

Anachronistische Regimes haben ein zähes Leben. Dies kommt nicht von ungefähr. Es gibt keine übernatürlichen Diktaturen: sie entstehen aus bestimmten Bedingungen, haben genau definierte Aufgaben und überleben durch konkrete Hilfen. Die neuartigen Beziehungen zu der sozialdemokratisch regierten Dominikanischen Republik, deren Präsident Antonio Guzmán nach Ansicht des "Amerikanischen Rats für Angelegenheiten der Hemisphäre" mit dem haitianischen Potentaten zusammenarbeitet, um politische und gewerkschaftliche Aktivitäten der haitianischen Emigranten zu unterbinden, beweisen, daß "Baby Doc" auch das kapiert hat. Die Ausweisung des Soziologen Jean-Claude Bajeux, der gemeinsam mit seiner Frau ein von kirchlichen Stellen finanziertes Dokumentationszentrum über die Lage der haitianischen Zuckerrohrarbeiter in der Dominikanischen Republik leitete, zeigt, daß die Zusammenarbeit funktioniert. Diese Kooperation soll sogar nach in Mexiko veröffentlichten Angaben der Zeitschrift "Haiti Information" (Sprachrohr der Oppositionsbewegung "Haitianisches Demokratisches Komitee") auf militärischer Ebene vertraglich geregelt sein.

Das bei einem Besuch des US-Generals Robert L. Schweitzer, Chef der Strategie- und Planungsabteilung der US Armee, in beiden Ländern Anfang des Jahres unterzeichnete Dokument berechtigt die stärkere und besser ausgerüstete und gedrillte Armee (Dominik. Rep. ca. 20 000, Haiti ca. 5000) des Nachbarstaates im Falle einer Rebellion gegen "Baby Doc" in Haiti militärisch zu intervenieren. Wen wundert es, wenn man bedenkt, daß die Ausbeutung der Arbeitskraft der haitianischen Zuckerrohrschneider sowohl der haitianischen Regierung als auch der dominikanischen Kompradorenbourgeoisie zugute kommt. Für die US-Regierung gilt es außerdem, nach dem Sieg der sandinistischen Revolution und der von ihr eingeleiteten politischen Machtverschiebungen im mittelamerikanischen und karibischen Raum, die wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen der USA in diesem Raum weiterhin aufrechtzuerhalten. Um so besser, wenn andere die Arbeit der GIs verrichten.



Antonio Guzmán

BOLIVIEN

Der Putsch vom 17. Juli

Als im Morgengrauen des 17. Juli der Militärputsch von General García Meza in der nordöstlichen Departementhauptstadt Trinidad seinen Ausgang nahm, war schnell klar, daß dies die Realisierung des "Plans der langen Messer" bedeutete. Spätestens seit dem brutalen Foltermord an Pater Luis Espinal - im März dieses Jahres - zweifelte in Bolivien niemand mehr an der Existenz dieses Planes, der die systematische Ermordung von 540 Gewerkschaftern, Politikern, Journalisten, Priestern und anderen fortschrittlichen Persönlichkeiten vorsah. Eine Zahl, die nach kaum 2-monatiger Militärdiktatur um einiges übertroffen sein dürfte. Ein trauriger und blutiger Rekord der jüngeren bolivianischen Geschichte. Dennoch ist der Widerstand nicht gebrochen und ein Ende der Gewalteskalation seitens der Militärs nicht absehbar.

(Zumindest bis zum Streikbeginn in Polen berichtete die bürgerliche Presse ausführlich über den Putsch, weshalb uns an dieser Stelle nur eine kurze Zusammenfassung ausreichend erscheint).

PUTSCHTAKTIK UND -VERLAUF

Sosehr man die Putschstatistik der bolivianischen Militärgeschichte auch bemühen mag, dieser neue Schlag der ultrarechten Militärs gegen den Demokratisierungsprozeß läßt sich nicht als Palastrevolte abtun. Der Plan, nach dem die neue Militärjunta vorgeht, trägt nicht nur bolivianische Handschrift. Ideologie und Praxis erinnern zu stark an Argentinien und Chile. Seit Monaten ging in Bolivien das Phantom der "Argentinisierung" um, und seit dem 17. Juli nun auch das des "Pinochetazo". Es wäre deshalb eine Verharmlosung und Fehleinschätzung, hinter den neuen Machthabern nur wirtschaftliche Interessen der "Kokainmafia" zu sehen, wenn gleich diese eine unübersehbare Rolle spielen.

Obwohl man seit Monaten den Putsch erwartete, war sein Zeitpunkt doch überraschend - ebenso wie sein taktischer Ablauf. Die Militärs haben aus den Fehlern des Novemberputsches gelernt: Nicht La Paz oder Santa Cruz - wie sonst üblich - dienten als strategische Ausgangspunkte, sondern die kleine Provinzstadt Trinidad im nordöstlichen Tiefland. So wurde die Rebellion einer kleinen Division simuliert, deren Erfolg man durchaus in Frage stellen konnte, zumal die sechste Division schon im vergangenen Oktober einen Alleingang gewagt hatte.

Öffentlich versammelten sich am gleichen Vormittag alle führenden Mitglieder des "Nationalrates zur Verteidigung der Demokratie" (CONADE) in der Gewerkschaftszentrale in La Paz, die kurz darauf von einem paramilitärischen Kommando überfallen wurde. Mit derselben Taktik konnte das gesamte Kabinett der Interimspräsidentin Lydia Gueiler festgenommen werden, das im Regierungspalast eine Krisensitzung abhielt.

Spätestens nach dem Überfall auf das COB-Gebäude bestanden keine Zweifel mehr über den Ernst der Lage. Oscar Sanjinés, erster Sekretär der Einheitsgewerkschaft (COB) und Gualberto Vega, Gewerkschaftsführer der Minenarbeiter von Catavi, wurden sofort hingerichtet. Ungeklärt ist der Tod von Marcelo Quiroga Santa Cruz, Führer der Sozialistischen Partei (PS-1) und "Feind Nr. 1" der Militärs (s. LN 84).

Aus unmittelbarer Nähe niedergeschossen, wurde er anscheinend noch lebend ins Militärhauptquartier in Miraflores gebracht, wo man ihn – nach Aussage der Witwe und einer Augenzeugin – vor seiner Ermordung noch brutal folterte. Verschleppt und bis zur Unkenntlichkeit gefoltert wurde Simon Reyes, Führer der Bergarbeitergewerkschaft (FSTMB) und Mitglied der PC-Führung. Dasselbe Schicksal erlitt Juan Lechín Oquendo, der legendäre Führer der COB. Oberst Arce Gomez, der neue Innenminister, ließ sich nicht die Genugtuung nehmen, einen Fernsehauftritt mit Lechín zu inszenieren, wobei er ihn zwang die Arbeiter zum Abbruch des Generalstreiks aufzurufen. Sein jetziges Schicksal ist ungeklärt.

DIE LOGISTISCHEN KÖPFE DER REPRESSION

Der zweifellos stärkste Mann neben General García Meza ist der Innenminister, Oberst Arce Gomez, der vor dem Putsch Chef der gefürchteten "Sección II" – dem politischen Geheimdienst der Streitkräfte – war. In dieser Funktion bereitete er seit Monaten mit Hilfe argentinischer "Experten" den Putsch vor. Hilfe erhielt er (und erhält er auch weiterhin) von seinem persönlichen Freund Klaus Barbie, alias Klaus Altmann, dem ehemaligen Gestapo-Chef von Lyon, der in Bolivien nie ein Geheimnis aus seiner Nazi-Vergangenheit gemacht hat und selbst schon im Beisein des deutschen Botschafters die Hakenkreuzfahne hisste.



Die Juntaführung bei ihrer Vereidigung am Tage nach dem Putsch. v.l.n.r. Waldo Bernal (Luftwaffe), García Meza, der neue Präsident, und Ramiro Terrazas (Marine).

Ohne die technische und logistische Unterstützung der argentinischen Folterknechte wäre die gegenwärtige Repression in Bolivien in einem solchen Ausmaße nie möglich gewesen. Die Schätzungen über die Anzahl der argentinischen Helfer belaufen sich auf bis zu 300. Gerüchten aus den Streitkräften zufolge, geben im Militärhauptquartier inzwischen argentinische Offiziere die Befehle.

Insgesamt sollen 2500 Paramilitärs im Einsatz sein, die sich zu einem großen Teil aus Mitgliedern der Falange und aus den Gefängnissen freigelassenen, Verbrechern rekrutieren. Bekannt ist unter anderem der mehrfache Mörder "Mosca"



Mitglieder der Falange (hier bei einem Marsch durch La Paz), beteiligen sich aktiv an den paramilitärischen Einsätzen.

Monroy, Verwandter des Oberbefehlhabers Francisco Monroy, der in Trinidad stationierten sechsten Division. Unter "Moscas" Befehl wurden die CONADE-Mitglieder gefoltert, und auf der fieberhaften Suche nach Siles Zuazo scheute er auch nicht vor dem Überfall auf die französische Botschaft zurück.

Der Einsatz der Paramilitärs geschieht in der Absicht, den "Ruhm" und Ruf der "glorreichen Streitkräfte der Nation" nicht zu "beschmutzen", kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich dabei zum Großteil um ausgebildete Militärs handelt. Sie benutzen bei ihren Überfällen meist Krankenwagen und ziehen sich weiße Ärztekittel über.

Die Fußballstadien in Templaderani und Miraflores wurden vorübergehend mit Gefangenen gefüllt, die von da aus dann in Konzentrationslager geschafft wurden. Über die Zahl der Inhaftierten kann niemand genaue Angaben machen.

Oberst Arce Gomez erklärte gegenüber ausländischen Journalisten wörtlich: "Es gibt so viele Verhaftete, daß wir die genaue Zahl gar nicht wissen können" – und – "alle, die Verbindungen mit Extremisten gehabt haben, werden hart bestraft werden". Er weigerte sich zu erklären, was er unter einem "Extremisten" versteht. Dafür kündigte er die "Schlußoffensive" an, zur Liquidierung der "Reste der extremistischen Subversion". Ob die Bombardierung der Arbeiter- und Armenviertel durch die Luftwaffe, die Massenverhaftungen, die zahllosen standrechtlichen Erschiessungen, der angebliche Einsatz von Napalm etc. schon zur "Endlösung" gehören oder nur eine Vorstufe sind, weiß niemand. Man weiß, daß die Gefangenen in drei Kategorien eingeteilt werden und daß ihnen dementsprechend Foltermord (den Führern), Exil (den Kadern) oder Arbeitslager (den einfachen Mitgliedern) droht. Oft scheinen die Entscheidungen aber auch nur von Willkür geprägt zu sein.

Die Nachrichtensperre der Militärs wird immer wieder von Reisenden durchbrochen. In jüngster Zeit wurde ein Brief der "verzweifelten Mütter und Frauen von Caracoles" – einem Bergbauggebiet – bekannt. Diesen Brief ließen sie am 9. Au-

gust dem Erzbischof von La Paz, Jorge Manrique, zukommen. Sie beschreiben darin das wüste Toben der Militärs, die nicht nur auf der Suche nach "Subversiven" waren, sondern willkürliche Massaker begingen, die Frauen vergewaltigten, Kinder mißhandelten und plünderten. In Caracoles wurde einem Minero der Mund mit Dynamit vollgestopft und dann gezündet. Am Ende des Blutbades beklagten die Frauen 900 Verschleppte, viele Tote und Verletzte.

Als García Meza eine Woche an der Macht war, erklärte er gegenüber der Tageszeitung "tercera hora": "Diese Regierung des nationalen Wiederaufbaus ist nicht zeitlich begrenzt. In diesem Punkt bin ich wie General Augusto Pinochet. Ich werde 20 Jahre an der Macht bleiben..." Der ehrgeizige General wird vielleicht schon bald einsehen müssen, daß er irrte. García Meza hat sich wohl in der Nachahmung des Planes "Z" als gelehriger Schüler erwiesen, und auch seine ideologischen Äußerungen stimmen fast wörtlich mit denjenigen von Pinochet und Videla überein, aber die nationalen und internationalen Bedingungen Boliviens sind andere.

Sah es im ersten Moment so aus, als würde die Militärführung geschlossen hinter dem Putsch stehen, so hat sich dieses Bild doch sehr bald als trügerisch erwiesen. Abgesehen von den "Institutionalisten", die schon nach dem Novemberputsch strafversetzt wurden, scheint García Meza nicht einmal die Unterstützung der immer noch starken Banzer-Fraktion zu haben. Oberst Mario Vargas Salinas, Oberbefehlshaber von Cochabamba und exponierter Banzer-Anhänger, übte laute Kritik am neuen Regime - nach 10 Tagen wurde er abgesetzt. Ähnliches scheint sich in Santa Cruz mit General Echevarría ereignet zu haben. Aber im Gegensatz zu Vargas Salinas konnte er seine Kommandostelle erfolgreich verteidigen. Gerüchte über einen Gegenputsch sind schon seit Wochen in Umlauf, vielleicht ist die Durchführung nur noch eine Frage der Zeit.

Der Widerstand im Volk war von Anfang an heftig. Vor allen Dingen in den Bergbauzentren und auf dem Lande. Zum ersten Mal seit der Revolution von 1952 unterstützten die Bauern wieder ganz massiv die Bergarbeiter. Beobachter berichten, daß mehrere tausend campesinos die mineros von Uncia im Kampf gegen das heranrückende Militär unterstützt haben. Sie brachten auch Lebensmittel in die Bergbauggebiete und konnten so den geschlossenen Widerstand um einige Tage verlängern. Die Militärs erreichten eine Lösung dieses Konfliktes nur durch Verhandlungen. So vermittelte Kardinal Maurer einen Waffenstillstands- und Wiedergutmachungsabkommen zwischen Minenarbeitern und Militärs, das von letzteren anschließend unterlaufen wurde (s. Hintergrundartikel).

In den Städten, insbesondere in La Paz, dauerte der Generalstreik mehrere Tage, bis er durch scharfe Repression und Drohungen seitens der Militärs abbröckelte. Der Widerstand wird im Untergrund hauptsächlich von der COB und den politischen Parteien neu organisiert. Am 6. August, dem Unabhängigkeitstag Boliviens, wurde Hernán Siles Zuazo im Untergrund als Präsident der "Regierung der Nationalen Einheit" ernannt. Jaime Paz Zamora, Vizepräsident und Außenminister dieser Untergrundregierung, der sich zum Zeitpunkt des Putsches in einer Washingtoner Klinik befand (s. LN 84), wurde bereits von verschiedenen lateinamerikanischen Regierungen empfangen. Im Oktober wird er voraussichtlich auch nach Europa kommen, um diplomatische Unterstützung für die Untergrundregierung zu gewinnen.

BOLIVIEN

Putsch neuer Qualität

Bei einem Putsch in Bolivien drängt sich unweigerlich die Frage auf, wer steht dahinter. In den seltensten Fällen, besonders in der jüngeren Geschichte, waren es ausschließlich interne Machtkämpfe, wie das in den oft so mühelos verlaufenden Palastrevolten den Anschein gehabt haben mag. Etwa 200 solcher gewaltsamer Machtergreifungen, die fast schon zur traurigen Routine in Boliviens politischer Geschichte zählen, liefen mit wenigen Ausnahmen in grobem Raster nach der gleichen Methode ab. Es soll aber hier nicht eine Typologie bolivianischer Militärputsche dargelegt werden, vielmehr sollen einige Besonderheiten und Merkmale der neuen Qualität des Putsches vom 17. Juli und die Reaktion des bolivianischen Volkes herausgearbeitet werden.

Neue geopolitische Orientierung

Während der Banzer-Diktatur war Bolivien sehr stark in den Einflußbereich Brasiliens eingebunden. Der Nachbar Brasilien, die stärkste Macht Lateinamerikas, gewann in den 70er Jahren in allen Bereichen einen teilweise erdrückenden Einfluß. Bolivien, das im Zentrum des Subkontinents liegt und an 5 Länder grenzt, stellt deshalb für jeden Nachbarn eine wichtige Brücke dar. Für Brasilien ist Bolivien die naheliegendste Verbindung zum Pazifik. Banzer, der sich 1971 mit brasilianischen Steigbügelhaltern an die Macht putschte, sollte der Garant sein für eine Achse Brasilien - Bolivien - Chile. Konsequenterweise hat Banzer die seit Jahren unterbrochenen diplomatischen Beziehungen zum Erbfeind Chile wieder aufgenommen und mit Chile über den heißersehten Zugang zum Meer verhandelt. Bei einem historischen Zusammentreffen in Charaña umarmten sich die beiden Diktatoren Banzer und Pinochet. Diese Umarmung im Zusammenhang mit dem doch nicht zustande gekommenen Tauschhandel: Korridor zum Meer mit ungeeignetem Gelände für einen Hafen gegen ein Stück bolivianisches Territorium mit reichen Bodenschätzen läutete das Ende der damaligen Banzer-Ära ein. Es ist schwer zu sagen, ob dies zugleich der Beginn einer Umorientierung war.

Während der 7-jährigen Banzer-Diktatur gab die brasilianische Regierung Finanzhilfen für den Bau der Eisenbahn von Sta. Cruz nach Cochabamba, dem letzten Stück einer durchgehenden Bahnverbindung von Santos an den Pazifik. Der Bau einer Gasleitung von Boliviens Vorkommen in die brasilianische Industrie-Metropole Sao Paulo schreitet voran. Zudem scheint das Tauziehen über die Nutzung der

immensen Eisenerzvorkommen von Mutún im Südosten des Landes zugunsten der Brasilianer ausgegangen zu sein. Jedoch hat es bisher jede bolivianische Regierung vor sich hergeschoben, die äußerst umstrittenen Verträge mit Brasilien zu ratifizieren, weil der Ausverkauf sogar von Teilen der nationalen Bourgeoisie - falls man davon sprechen kann - verurteilt wird.

Argentinische Interessen

An beiden wichtigen Projekten, dem Gasverkauf und dem Ausbau von Mutún, ist Argentinien ebenfalls interessiert. Obwohl Argentinien nach wie vor Boliviens wichtigster Handelspartner blieb, nahm sein politischer und wirtschaftlicher Einfluß während der letzten 10 Jahre deutlich ab. Mit der neuerlichen Großoffensive will Argentiniens Junta in Bolivien im Wettstreit der "Giganten" Südamerikas verlorengegangenes Terrain gegenüber Brasilien wieder zurückerobern. Ein Anzeichen dafür ist auch die deutliche Zurückhaltung der Militärregierung in Brasilien und deren ungewöhnlich neutrale Haltung zu den Vorgängen in Bolivien. Schon im letzten Jahr war zu beobachten, daß die Investitionen brasilianischen Kapitals rückläufig waren, während die argentinischen zunahmen. In allen Bereichen der Wirtschaft machen sich die Argentinier breit, ohne dabei besonderes Aufsehen zu erregen.



García Meza gibt seine nichtssagende Regierungserklärung

Ihr Hauptinteresse ist aber zweifellos ein für sie günstiges Ergebnis bei der Neuaushandlung des Gaslieferungsvertrages und eine Beteiligung am Eisen- und Stahlkomplex, der in Mutún entstehen soll. Seit vielen Jahren beliefert die staatliche bolivianische Öl- und Gas-Gesellschaft YPFB Argentinien mit z.Zt. 150 Mio. Kubikfuß Erdgas täglich zu vertraglich festgelegten Preisen, weit unter dem Weltmarktpreis. In den schon lange laufenden Verhandlungen will Bolivien einen höheren Preis durchsetzen und Argentinien

eine Erhöhung der Abnahmemenge erreichen. Gleichzeitig sollen an Brasilien 400 Mio. Kubikfuß Gas täglich geliefert werden. So jedenfalls sieht es der ausgehandelte aber noch nicht ratifizierte Vertrag vor. Der Verkauf dieser Mengen bedeutet, daß beim Gas eine ähnlich kurzsichtige Förder- und Verkaufspolitik betrieben wird wie beim Öl, und es läßt sich schon absehen, daß bei diesem Raubbau die Vorräte bald erschöpft sein werden.

Bei Mutún soll es sich nach Auskunft von Geologen um eines der reichsten Eisenerzvorkommen der Erde handeln. Es ist verständlich, daß einer der führenden Stahlproduzenten der Welt, Brasilien, ein starkes Interesse an der Kontrolle darüber hat. Auf der anderen Seite benötigt Argentinien die Vorkommen von Mutún für den Ausbau seiner Eisen- und Stahlindustrie, vor allem, um zu Brasilien ein Gegengewicht darstellen zu können.

Die Interessen der Militärjunta in Buenos Aires liegen aber nicht ausschließlich auf wirtschaftlichem Gebiet. Die direkte und massive Beteiligung am Putsch hat eindeutig eine politische Machtausweitung zu Ziel. Zum einen erschien es der Junta wichtig, die Nordfront gegen "demokratisches Gedankengut" zu sichern, Videlas Regime wollte frühzeitig verhindern, daß ein Funke des nach 14 Jahren Militärherrschaft in Bolivien zwar mühsamen, aber doch hoffnungsvoll begonnenen Demokratisierungsprozesses nach Argentinien überspringen könnte. Denn im Unterschied zu Chile richtete sich der Putsch nicht gegen die bestehende schwache Regierung von Lidia Gueiler, sondern gegen die zu erwartende gemäßigt linke UDP-Regierung von Hernán Siles Zuazo.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten der Einschätzung, welches die geopolitischen Interessen Argentiniens an der indirekten Machtergreifung in Bolivien sind. Neben der Sicherung der Nordfront gegen die bürgerlichen Andendemokratien und eine gewisse Nachholprofilierung gegenüber Brasilien spielt sicher die Strategie einer Expansion der harten "Cono-Sur-Diktaturen" nach Norden eine wichtige Rolle. Für eine Beteiligung Chiles gibt es zwar keinerlei Anhaltspunkte, aber die politisch-ideologische Ausrichtung und die Durchführung des Putsches sowie die Säuberungsaktionen selbst lassen eine deutliche Linie Chile-Argentinien-Bolivien erkennen, wobei Uruguay und Paraguay sowieso als sichere Partner in diesem Club gelten.

»Ideologie des Südens«

Die Gemeinsamkeiten in der Politik der Militärs und in ihren Konzepten in diesen Staaten zeigen deutlich ihre gemeinsame ideologische Ausbildung an der US-Militärakademie der Panama-Kanalzone. Besonders konsequent richten sich die Militärs auf eine lange direkte Ausübung der politischen Macht ein als Voraussetzung für eine Gesellschaftsordnung nach ihren Vorstellungen. Dies bedeutet auch eine direkte und geschlossene Absage an alle Liberalisierungstendenzen und die kontrollierten Demokratisierungsvorhaben der Carter-Administration. Videlas Kommentar und zugleich Eingeständnis seiner Beteiligung am Putsch in Bolivien war in diesem Zusammenhang, er könne kein 2. Kuba als Nachbarn dulden. Es fällt auch auf, wie stark die Hoffnungen dieser Diktaturen sind, die sie auf die Politik der Republikaner setzen, bei einem Wahlsieg von Reagan.

Ob Videla für den Konflikt um den Beagle Kanal einen Bundesgenossen in Bolivien suchte, das sich aus dieser Zusammenarbeit Erfolg bei seinem Ringen um den Zugang zum Meer erhofft, muß reine

Spekulation bleiben. Die argentinischen Militärs wären außerdem nicht gut beraten, sich militärisch auf die Bolivianer zu verlassen; denn bisher hat das bolivianische Militär bei jedem Konflikt mit einem äußeren Gegner den kürzeren gezogen. Die einzigen Siege sind die gegen das eigene Volk und selbst da sind sie 1952 unterlegen und im November 1979 mußten sie einen Rückzieher machen. Es wird sich in den nächsten Monaten erweisen, ob sich das argentinische Regime für die Operationen in Bolivien wirklich die geeigneten oder nur die für sie bequemeren Partner ausgesucht hat. Videlas Jahrgangskamerad von der Militärakademie in Buenos Aires, der Ex-Diktator Banzer, hätte in Bolivien selbst eine stärkere Unterstützung gefunden, wäre aber auch die eigenwilligere Karte gewesen. Die Gruppe Garcia Meza - Arce Gomes sind insofern bessere Marionetten, weil sie außer ihrer Brutalität und den wirtschaftlichen Eigeninteressen am internationalen Kokain-Geschäft noch keinerlei politisches Konzept erkennen ließen.

Neue Rolle der USA

Bisher hatte die US-Regierung eigentlich wenig Probleme über kurz oder lang - nach Verstärken einer Anstands- und Observierungspause - auch mit solchen Militärdiktaturen zusammenzuarbeiten, die sie nicht selbst an die Macht gebracht hatten. Die restauristische und unerwartet konsequente Ablehnung des Garcia Meza Regimes muß also besondere Gründe haben. Zwar ist Siles Z. für ein demokratisches Bolivien nach wie vor nicht der Wunschkandidat Carters - dafür war der konservative Paz Estenssoro vorgesehen -, aber Garcia Meza stört nicht nur zum Abschluß der Amtsperiode das Vorzeigeprojekt einer demokratischen Andenregion, sondern bringt in den USA das umfangreiche Programm der Drogenbekämpfung in Schwierigkeiten. Die jetzige Reaktion und das unmittelbare Handeln des Pentagon ist nur in 2. Linie auf ein außenpolitisches Konzept zurückzuführen - dafür ist Bolivien trotz seiner Rohstoffvorkommen nicht bedeutend genug. In diesem Falle, wo eine Kokain-Maffia gewöhnlicher Krimineller das Säubern in der Drogenszene im eigenen Haus stört, reagieren die USA auch dann empfindlich, wenn das Regime unter dem antikommunistischen Banner auftritt, zumal, wenn das das einzige politische Konzept ist.

Dies betrifft jedoch nur die offizielle Regierungspolitik. Die nordamerikanische Wirtschaft ist durchaus bereit, mit dem Regime in La Paz zusammenzuarbeiten. Erst kürzlich haben US-Geschäftsbanken der Junta einen Aufschub für die Kreditrückzahlung gewährt, den sie der Regierung Gueiler noch verweigerten. Es ist selbstverständlich, daß die auch in den USA einflußreichen Kreise des Drogengeschäfts nicht nur ein starkes Interesse an dieser boliv. Junta haben, sondern daß sie in Zusammenarbeit mit den Kokainhändlern in Bolivien - zu denen auch Familien der deutschen Kolonie zählen - den Putsch finanziell unterstützen.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß Gerüchte immer neue Nahrung finden, die US-Administration bereite einen Gegenputsch vor, der einen gemäßigten Militär an die Macht bringen solle. Damit hätte man die Imagepflege relativ konsequent betrieben und, da die brutale Schmutzarbeit dann bereits erledigt ist, wäre doch noch eine UDP-Regierung oder Koalition verhindert worden.

In Europa wird in weiten Kreisen auch das regelrechte Ausrotten der demokratischen Kräfte einschließlich der Linken mit sehr viel größerem Mißfallen beobachtet, wenn auch die konkreten Aktionen der hiesigen Regierungen sehr lasch sind.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zur deutschen Industrie bleiben selbst von diesen Protesten unberührt. In aller Heimlichkeit wurde mit Klöckner-Industrieanlagenbau kurz nach dem Putsch der Liefervertrag für die Blei-Silber-Hütte von Karachipampa unterzeichnet. Dieses 150 Mio. US\$-Vorhaben wurde von der Kreditanstalt für Wiederaufbau bereits als Entwicklungshilfeprojekt genehmigt. Ganz offen hielt die deutsch-bolivianische Handelskammer in Dortmund für die interessierte Geschäftswelt einen Bolivien-Sprechtag ab.

Im Gegensatz dazu müßte das Interesse der Sozialdemokratie stehen, die Junta auf diese Art zu stärken. Die UDP war immerhin ein Projekt der Sozialistischen Internationale und sollte von der Friedrich-Ebert-Stiftung tatkräftig auch vor Ort unterstützt werden. Dabei geht es der bundesdeutschen SPD-Politik einerseits um die Rohstoffsicherung und zum anderen sollen die Parteien der UDP frühzeitig umworben werden, um eine Entwicklung in Richtung auf eine chilenische UP zu verhindern.

Die Aufgaben des Widerstandes

In den oben gezeigten Zusammenhängen sind auch die Gründe dafür zu suchen, daß die weltweite Ablehnung und die Solidarität für den Widerstand in Bolivien auch auf der internationalen diplomatischen Ebene - auch des State Departments - so stark ist. Die ungewöhnlich ausführliche und engagierte Berichterstattung in den bürgerlichen Medien zeigt in mehrerlei Hinsicht die neue Qualität des Putsches und die Bedeutung des Widerstands. Die von langer Hand, logistisch weitgehend von argentinischen Militärs geplante Machtergreifung und planmäßige Ausrottung jeder möglichen Opposition ist in dieser Konsequenz für bolivianische Verhältnisse neu, und in diesem Überraschungseffekt lag ein taktisches Ziel der Putschisten.

Aber nicht nur in seiner Brutalität und der neuen Orientierung auf die Junta in Argentinien ist es nicht ein Putsch wie die vielen anderen. Die geringe politische Profilierung der Putschklippe - das Kabinett besteht aus allgemein kaum bekannten Offizieren -



Simon Reyes und Juan Lechín O., zwei der gefolterten und verschleppten Führer von CONADE

findet ihren Ausdruck darin, daß auch 7 Monate nach dem Putsch weder ein wirtschaftliches, noch ein politisches Konzept erkennbar ist. Die Tatsache, daß es sich bei den Putschisten und ihren direkten Verbündeten um gewöhnliche Kriminelle handelt, ist eine große Chance für den Widerstand. Leider hat man sich schon zu sehr daran gewöhnen müssen, daß die Ermordung von Gewerkschaftern und Oppositionellen nicht notwendigerweise zu einer internationalen Isolierung von Diktaturen führt; aber diese Gruppe von internationalen Drogenhändlern bis hin zu bereits verurteilten Mördern ist auch für die meisten Regierungen des Westens nicht tragbar.

Bevor es dem Regime trotz der katastrophalen wirtschaftlichen Lage gelingen sollte, sich zu stabilisieren, müssen die Organisationen der Opposition und des Widerstandes diese internationale politische Konjunktur für sich ausnutzen. Im Nationalen Komitee zur Verteidigung der Demokratie CONADE wurde eigens dafür eine Organisation geschaffen, die den Widerstand gegen einen Militärputsch tragen soll. Der breite Zusammenschluß in diesem Komitee war eine Antwort auf die dauernden Putschdrohungen und den zunehmenden Terror rechter Schlägertrupps und zugleich eine Konsequenz aus den Erfahrungen des Novemberputsches.

Der momentane Erfolg, den der spontane Volkswiderstand im November hatte, macht deutlich, daß es dem Banzer-Regime in seinen 7 Jahren durch die systematische Repression nicht gelungen ist, den Freiheitwillen und das Bewußtsein des Volkes dauerhaft zu unterdrücken. Nur oberflächlich hatte das Regime, das auf Terror, Korruption und Geheimdienste gestützt war, Erfolg. Das Bewußtsein der Arbeiterklasse, vor allem der Bergleute, die zu den politisiertesten Arbeitern Lateinamerikas zählen, konnte keine Militärdiktatur brechen. Die im Untergrund fortbestehende Organisation der Gewerkschaften und Parteien hat es ermöglicht, daß Banzers Rechnung 1978 nicht aufging. Auch die nur kurze Zeit, die für die Vorbereitung der Wahlen eingeräumt wurde, genügte den demokratischen Kräften, um der Strategie der Militärs eine deutliche Absage zu erteilen. Auf der Basis der Arbeit im Untergrund konnte während der 3 Wahlkämpfe eine breite und effektive Politisierungsarbeit geleistet werden, dadurch ist die Bereitschaft zum Widerstand gegen jede Art von Militärherrschaft derart gewachsen, daß es selbst brutalsten Diktaturen schwerfällt, diesen zu brechen.

Widerstandskämpfer
bauen Strassen-
barrikaden in
La Paz



Die Aufgabe von CONADE und anderen Organisationen ist es jetzt, dieses Widerstandspotential zu kanalisieren. Der Erfolg vom November ist teilweise auch auf die schlechte Vorbereitung der Militärs zurückzuführen. Bei den Aufständen der Bauern gegen das Wirtschaftspaket im Dezember (LN 78) hat sich gezeigt, daß keine Partei damals in der Lage war, die soziale Bewegung politisch umzusetzen. Die Parteien verfolgen längerfristige politische Konzepte. CONADE ist aber auf keinen Fall die Antwort darauf, in Bolivien einen revolutionären Prozess zu tragen; das Komitee ist eher als Verteidigungsorgan des Volkes konzipiert.

In der Breite der darin vertretenen Organisationen liegt einerseits seine Bedeutung, möglicherweise aber auch seine Schwäche. Nachträglich betrachtet muß man sagen, daß trotz aller Erfahrungen und historischer Hintergründe die Putschfraktion der Militärs und die Ultrarechten mehr aus dem Novemberputsch gelernt haben als die Linke. Es bleibt eine Reihe offener Fragen:

- Wurden die Putschdrohungen und die Anwesenheit argentinischer "Spezialisten" nicht ernst genug genommen?
- Weshalb wurden konkrete Maßnahmen für den Fall des Putsches nicht wirksamer vorbereitet?
- Warum haben sich so erfahrene Politiker wie die Führer von CONADE am Tag des Putsches offen zu einer Versammlung getroffen und damit ermöglicht, daß fast die gesamte Führung des Widerstandes ausgeschaltet wurde?
- Warum wurde nicht stärkeres Gewicht gelegt auf die dezentrale Organisation von Komitees und die Koordination und Kommunikation zwischen verschiedenen Zentren des Widerstandes?

Der ungebrochene Widerstand des Volkes

Die Bergleute mit ihrem verzweifelten lange andauernden Kampf ganzer Bergbausiedlungen aus der Region Siglo XX und der strategisch gut ausgesuchten abgelegenen Mine Santa Ana (im Süden) waren wichtige Träger des Widerstandes, zu dem aber auf dem Land und in den Städten das entsprechende Gegenstück fehlte. Erneut erwies sich die Kampferfahrung, der hohe politische Bewußtseinsstand und die Organisation der Bergleute als wichtigster Kern des Widerstandes in Bolivien. Die Aufrufe, die die Bergleute bis zur Bombardierung über ihre Radiosender an Bauern und Arbeiter in den Städten ausstrahlten, fanden nur teilweise Erwiderung, weil die Militärs bei diesem Putsch den Widerstand mit bewaffneten Kräfteaktionen in den Städten schon im Keim erstickten.

Die ländlichen Regionen zu kontrollieren war für die Militärs weitaus schwieriger. Hier hatte sich gezeigt, daß die Bauern durchaus nicht unvorbereitet waren. An strategisch wichtigen Stellen errichteten die campesinos Straßensperren um die Versorgung zu unterbrechen; für ihre eigene Versorgung jedoch hatten sie oft kleine Lager angelegt. Es fehlte aber in diesem Augenblick eine ausreichend vorbereitete Koordination, um die vielen Aktionen zu einem wirksamen Volkswiderstand zu organisieren. Der unmittelbare landesweite Widerstand der Bauern und der gemeinsame Kampf von campesinos und mineros sind ein weiteres Zeichen für die Kampfbereitschaft des Volkes, wie sie wohl seit 1952 nicht mehr bestand. Quellen aus Bolivien zufolge ist das Volk in der jetzigen Situation auch nicht bereit, eine "mildere" Militärregierung zu ertragen. Der von Barrientos 1964 unterzeichnete Militär-Bauernpakt und die regierungsamtlichen Koordinatoren als "Gewerkschaftersatz" unter Banzer haben das gesteckte langfristige Ziel der Militärs nicht erreicht.

In einer bisher nicht gekannten Form sind diesmal auch die Kirchen am Widerstand beteiligt und deshalb entsprechender Repression ausgesetzt. Die Kirchen hatten sich für den Demokratisierungsprozeß bis hin zu hohen kirchlichen Würdenträgern entscheidend miteingesetzt und sind deshalb bei seiner Verteidigung ebenso engagiert beteiligt. Es sei nur auf die Aktivitäten des Erzbischofs von La Paz, Manrique, hingewiesen, der von der Junta bereits als Kommunist bezeichnet wurde, was ihn für die Paramilitärs quasi zum Freiwild stempelt.

Den Parteien der Linken ist in der Phase vor dem Putsch ein entscheidender Fehler unterlaufen, andererseits befanden sie sich aber auch in einer schwierigen Situation. Der Fehler liegt darin, daß sie zu sehr auf den Fortgang des Demokratisierungsprozesses und das Wahlergebnis vertrauten und sich darin zu sicher fühlten. Dadurch haben sie das Volk eher beruhigt, als die Vorbereitung des Widerstandes gefördert. Ihr Dilemma bestand darin, einerseits die Wahlen vorzubereiten und deren Bedeutung glaubhaft zu machen, aber gleichzeitig aktiv das Volk auf eine andere Art der politischen Durchsetzung seines Willens vorzubereiten.

Die Bedingungen für den aktiven Widerstand waren nach einigen Wochen wenig aussichtsreich. Deshalb haben die politischen Führer im Untergrund, unterstützt durch die ins Ausland geflohenen, sich entschlossen, das Volk zum passiven Widerstand aufzurufen, um so sinnloses Blutvergießen zu vermeiden. Siles Zuazo, der Führer der Untergrundregierung und andere untergetauchte Oppositionspolitiker ersuchen aus dem Untergrund gemeinsam mit der internationalen Solidaritätsbewegung den Widerstand wirksam zu organisieren. Der passive Widerstand wird in vielen Bereichen befolgt, was sich an den Produktionsergebnissen ablesen läßt.

Auf internationaler Ebene ist die wichtigste Perspektive die wirtschaftliche Isolierung der Junta. Die katastrophale Lage der Staatsfinanzen kann auf keinen Fall durch die Einnahmen aus dem Kokaingeschäft und den Finanzhilfen von Argentinien gelöst werden. Auch die Statistiken der Vereinigung der Privatunternehmer sprechen eine deutliche Sprache: Die Devisenreserven zur Deckung des Einfuhrbedarfs - nicht eingeschlossen der Schuldendienst - reichten 1978 noch für 2,6 Monate, 1979 nur noch für 0,16 Monate und 1980 ist die Staatskasse praktisch leer. Hier liegt der wohl wichtigste Ansatzhebel, um von außen den Widerstand des bolivianischen Volkes zu unterstützen.

Quellen: Presencia, marca (Lima) Nr. 165, 166 + 167, Bolivien-Info, Lima, August '80, epd-Dokumentation Nr.35/80, R. Zavaleta, La Fuerza de la Masa, in: Nueva Sociedad Nr.47, vertrauliche Berichte etc.

★★★

CHILE

Lockerung der Diktatur ab 1997 ?

Durch die Farce eines Volksentscheids über eine sehr wenig demokratische Verfassung und ausgedehnte Übergangszeiten bis zu ihrem Inkrafttreten will sich Staatspräsident Augusto Pinochet für die Zeit bis zu seinem 82. Lebensjahr die Aufrechterhaltung seiner Diktatur sichern. Der Opposition, die in ihrer Ablehnung des Plebiszits und der Verfassung geeint ist wie kaum zuvor in den sieben Jahren seit dem Militärputsch vom 11. September 1973, wurde kaum eine Chance gelassen.

Während in der letzten Zeit eine große Zahl von Attentaten und Raubüberfällen unaufgeklärt blieb, haben Angehörige der Kriminalpolizei, unter ihnen der Leiter der Mordkommission, auf eigene Faust Entführungen, Folterungen und Morde durchgeführt. Ehemalige Agenten des Geheimdienstes DINA haben den Staat zum eigenen Vorteil um Dollar-Millionen betrogen. Die Gerichte sind jetzt damit beauftragt, diese Skandale zu vertuschen.

Am 4. Januar 1978 ließ Staatspräsident General Augusto Pinochet mit der ungewöhnlich kurzen Vorbereitungszeit von 14 Tagen eine "Volksbefragung" durchführen, um Angriffe des Auslands zurückzuweisen, die gegen seine Diktatur erhoben wurden, und um seine Herrschaft legitimieren zu lassen. Bei dieser Befragung erhielt Pinochet 75 Prozent der Stimmen, wie sie ausgezählt worden waren. Wieviel Stimmen damals tatsächlich für ihn abgegeben worden waren, weiß nach dem Bekenntnis des damaligen Juntamitglieds und Luftwaffenchefs General Gustavo Leigh bis heute niemand. Es gab keinerlei Garantien, die das Volk damals vor Betrug, Einschüchterung und psychischem Terror hätten schützen können (vgl. LN Nr. 56).

Am Vorabend dieser Farce vom 4. Januar 1978 erklärte Pinochet noch einmal öffentlich den Unterschied zwischen der damaligen "Befragung" und einem "Plebiszit":

"Beim Plebiszit ist die Existenz des Wählerregisters erforderlich. Bei der Befragung ist das nicht nötig. Beim Plebiszit muß ein Wahlgesetz mit Normen über seinen Ablauf existieren. Bei der Befragung sind nur Anweisungen erforderlich. Beim Plebiszit ist es erforderlich, eingeschrieben zu sein und zu bestimmten Orten und bestimmten Wahllokalen zu kommen. Bei dieser Befragung braucht man nur den Personalausweis und kann an jedwedem Ort abstimmen. Die Plebiszite entscheiden über politische Angelegenheiten. Eine Befragung bittet um Unterstützung oder um Antwort auf eine Frage. Ein Plebiszit braucht Zeit für die Entwicklung des Wahlkampfs." (El Cronista vom 3. Januar 1978).

Wegen seiner Angriffe gegen Pinochet und die Illegalität der Beirung vom 4. Januar 1978 wurde der General Leigh Mitte 1978 aus der Junta entfernt und sämtlicher Posten enthoben. Fast sämtliche Generäle der Luftwaffe folgten ihm in den Ruhestand. Sein Nachfolger wurde der General Mattei. Dieser erklärte Mitte 1979:

"Wenn man die Verfassung einem Plebiszit unterwirft, ohne daß es vorher eine vollständige Debatte und Information gibt, würde sie zu einer Farce werden. Und unsere Intention ist solchem Typ von Farce völlig fremd. Unter solchen Umständen hätte die Verfassung keinerlei weiterreichende Bedeutung; die Chilenen würden sie nicht als ihre eigene betrachten, sondern als die Verfassung einer Regierung, die sie gemacht hat. Sie würden sie also nicht respektieren. Eine neue Verfassung muß auf alle Fälle durch ein Plebiszit angenommen werden, aber erst nachdem die politischen Parteien arbeiten, damit sie ihre Meinung kundtun. Was sollen denn sonst für Meinungen abgegeben werden?" (El Mercurio vom 29. Juli 1979).

Die Unterschriften der Generäle Pinochet und Mattei stehen unter einem Gesetzesdekret, mit dem das chilenische Volk am 10. August 1980 aufgerufen wurde, am 11. September, dem siebten Jahrestag des Putsches gegen die Regierung Allende, also nur 32 Tage später, an einem Plebiszit über den Entwurf einer neuen Verfassung teilzunehmen, einem Plebiszit, das sämtlicher Garantien entbehrt, die von ihnen selbst genannt worden sind.

Die Durchführung des Plebiszits

Wieder gibt es keine Wählerlisten oder Wahlregister. Jedermann kann mit seinem Personalausweis wählen, wo er sich gerade befindet. Für schätzungsweise sechseinhalb Millionen Wähler wurden elf Millionen Stimmzettel gedruckt. Die Nichtteilnahme am Plebiszit ist mit Gefängnisstrafe bedroht. Stimmenthaltung gibt es nicht, weil leere Stimmzettel als Ja-Stimmen gewertet werden.

Die Organisation des Wahlakts und die Auszählung der Stimmen liegen wiederum in der Hand regierungsabhängiger Funktionäre. Die Auszählung ist zwar öffentlich, aber die Addierung der Einzelergebnisse erfolgt ohne jede Öffentlichkeit.

Dazu kommt, daß der seit sieben Jahren andauernde Ausnahmezustand weiterbesteht und sogar am Tag vor dem Plebiszit wieder um ein halbes Jahr verlängert wurde. Das bedeutet: keine Versammlungsfreiheit, beträchtliche Einschränkung der Pressefreiheit. Der Regierung ist es erlaubt, ohne Einschaltung der Justiz Personen in abgelegene Ortschaften zu verbannen oder bis zu zwanzig Tagen zu inhaftieren.

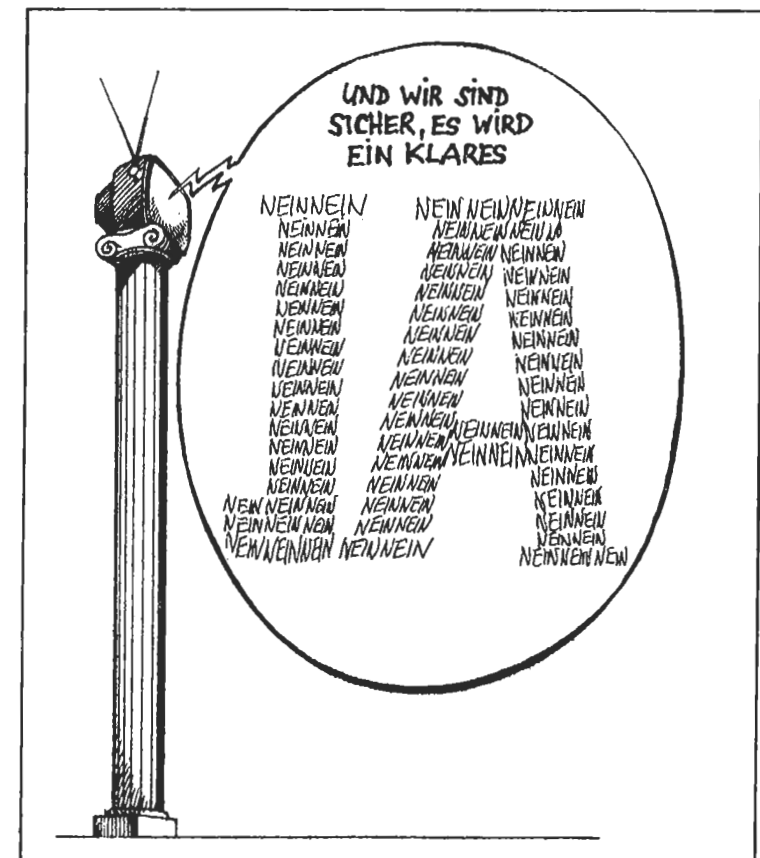
Selbstverständlich sind die politischen Parteien weiterhin verboten. Von einer freien Debatte und Information kann keinerlei Rede sein. Die Einschüchterung der Bevölkerung wird ergänzt durch eine breite und teure Kampagne der Regierung für das "Ja", die auf die Unterstützung von 95 Prozent der Massenmedien rechnen kann.

Pinochet hat im übrigen völlig offengelassen, was eine Ablehnung der neuen Verfassung bedeuten würde. Für diesen hypothetischen Fall kündigte er "die Rückkehr zur juristischen und politischen Situation, die am 10. September 1973 im Land existierte", an. An diesem Tag war Salvador Allende noch am Leben und Präsident von Chile. Am nächsten Tag putschten die Militärs unter Pinochet. Da Allende nicht wieder lebendig gemacht werden kann, blieb den Wählern nur die Schlußfolgerung, daß dieser Satz von Pinochet als eine Drohung mit einem neuen Blutbad gemeint sein müsse.

Wir werden das Ergebnis des Plebiszits oder besser: das Auszählungsergebnis, das Pinochet für politisch nützlich hält, erst nach der Redaktion dieses Heftes erfahren. Aber man kann schon jetzt sagen, daß eine Mehrheit für das "Nein" tatsächlich ein sehr hypothetischer Fall ist, weil sich die Regierung mit sämtlichen Tricks dagegen gesichert hat.

Drei Fragen auf einmal

Aber nicht nur die äußere Form beraubt das Plebiszit jeder Legitimität. Fast noch schwerer wiegt, daß die Bevölkerung Chiles mit ihrem Ja oder Nein zugleich auf drei völlig verschiedene Fragen Antwort geben soll. Die Entscheidung über den eigentlichen Verfassungsentwurf wurde in einer einzigen Frage gekoppelt mit der Entscheidung über eine achtjährige Übergangszeit, die erst in einem halben Jahr beginnen soll und dann auch noch um ein Jahr verlängert werden kann, und mit der weiteren Entscheidung darüber, ob Augusto Pinochet während der nächsten achteinhalb Jahre Präsident bleibt und dann noch einmal für eine Präsidentschaft von acht Jahren Dauer kandidieren kann. Am Ende dieses Mandats im Jahre 1997 stünde er dann im 82. Lebensjahr.



Für die Übergangszeit vom März 1981 bis zum März 1989 soll zwar auch die Verfassung gelten, praktisch bleiben aber alle rechtsstaatlichen Garantien während dieser Übergangszeit suspendiert. Die ersten Wahlen zu einer Volksvertretung, dem Kongreß aus zwei Kammern, dem Senat und der Deputiertenkammer, sollen frühestens 1990 stattfinden. Bis dahin bleiben auch die politischen Parteien verboten.

Die Aufgaben der gesetzgebenden Gewalt werden während der Übergangszeit weiterhin von der Militärjunta wahrgenommen. Zwar werden Regierung und Gesetzgebung klarer voneinander getrennt, indem Pinochet die Junta verläßt und an seine Stelle ein anderer General des Heeres tritt, aber diesen kann Pinochet jederzeit absetzen.

Gegenüber der bisherigen Situation wird die Macht des Präsidenten während der Übergangszeit eher noch gestärkt. Er hat jetzt keinerlei Gegengewicht mehr und kann schalten und walten, wie er will. Er kann Personen bis zu drei Monaten verbannen oder bis zu zwanzig Tagen einsperren lassen, ohne Gründe anzugeben und ohne daß die Gerichte eine Handhabe dagegen haben. Alle wichtigen Gesetzesinitiativen müssen von ihm selbst ausgehen. Alle Bürgermeister werden von ihm ernannt.

Die Verfassung selbst

Die eigentliche Verfassung, deren volle Anwendung frühestens für das Jahr 1990 vorgesehen ist, beruht im wesentlichen auf einem Entwurf, der seit Oktober 1973 von einer geheim tagenden Kommission unter dem Vorsitz des extrem rechten Jura-Professors und ehemaligen Justizministers Enrique Ortúzar ausgearbeitet worden ist. Erst nach fünf Jahren legte diese Kommission, aus der sehr bald die christlich-demokratischen Mitglieder entfernt worden waren, einen Entwurf vor, der zu den längsten der Welt gehören muß. Dieser Entwurf verschwand dann für fast zwei Jahre in dem von Pinochet ernannten Staatsrat, dessen Erörterungen ebenfalls geheim sind. Der Staatsrat nahm einige Änderungen in einem eher liberalen Sinne vor und legte dann ihren Entwurf der Junta vor, deren Verhandlungen wiederum geheim waren.

Die Junta hat nun ihrerseits die beiden Entwürfe in einer Weise bearbeitet, daß ohne eine revolutionäre Veränderung das herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell eines despotisch abgesicherten ultraliberalen Kapitalismus für große Teile des nächsten Jahrtausends gegen jeden Änderungswillen des Volkes abgesichert ist.

Nach der neuen Verfassung hätten die vom Volk gewählten Senatoren und Abgeordneten kaum eine Möglichkeit, von sich aus gesetzgeberisch tätig zu werden, wenn der Präsident sich ihnen entgegenstellt. Der Präsident dagegen hat breitere Vollmachten als in irgendeinem sonstigen demokratisch-republikanischen Rechtsstaat.

Nun wird zwar auch der Präsident direkt vom Volk mit absoluter Mehrheit gewählt. Sollte er aber von seinen großen Vollmachten Gebrauch machen wollen, um entscheidende Veränderungen in Politik und Wirtschaft durchsetzen zu wollen, so müßte er sich mit einem ganzen Geflecht von Verfassungsorganen auseinandersetzen, deren Macht nicht aus dem Volkswillen hergeleitet wird. Fast ein Drittel der zukünftigen Senatoren wird nicht vom Volk gewählt, sondern aus einem kleinen Kreis von bisherigen Trägern hoher Ämter ausgewählt und ernannt. Ebenso regenerieren und rekrutieren sich die Oberkommandierenden der Streitkräfte und der Polizei, der Rat der Nationalen Sicherheit, das Oberste Gericht, der Verfassungsgerichts-

hof, das Oberste Wahlgericht, der Rechnungshof und die Führung der Zentralbank. Sollte ein Präsident auch nur die Änderungen in Wirtschaft und Politik durchführen wollen, die gegenwärtig von den Christdemokraten vorgeschlagen werden, so könnte er fest damit rechnen, daß er an dem Widerstand dieser Organe scheitern müßte, weil sie über viele Jahrzehnte mit Personen besetzt sein werden, die sich unter der Diktatur Pinochets ein Monopol für die Besetzung dieser Posten erworben haben. Der Ausweg einer Verfassungsänderung ist aber ebenso fast völlig versperrt, weil dazu außer der Zustimmung des Präsidenten auch qualifizierte Mehrheiten im Abgeordnetenhaus und im Senat erforderlich sind, die wegen der undemokratischen Zusammensetzung des Senats kaum zu erreichen sind. Das System hat sich so gut gegen alle Überraschungen der Zukunft abgesichert, daß es nicht einmal des ausdrücklichen Verbots der marxistischen Parteien bedurft hätte.

Die Opposition rückt zusammen

Was die Opposition selbst bisher nicht erreicht hatte, das haben Pinochet und die Militärjunta nun mit einem Schlage bewirkt: In ihrem Nein zum Plebiszit und zur Verfassung, wie sie das Plebiszit vorsieht, besonders aber in ihrem Nein zur Verewigung der Diktatur Pinochets ist sich die Opposition so einig wie selten zuvor. Die Ausschaltung des Volkswillens für Jahrzehnte, wenn nicht für immer, macht die Herstellung einer normalen bürgerlichen Demokratie auf legalem Wege zu einer Illusion. Im Plebiszit soll das Volk seiner eigenen Abdankung als Souverän zustimmen. Insofern bietet das Plebiszit der Form und dem Inhalt nach die letzte Möglichkeit, auf die Gewalt der Diktatur mit einem legalen und gewaltlosen Nein zu antworten, selbst wenn dieses Nein in der Auszählung verlorengeht.

Die Anhänger der Linken und der Christdemokraten haben in den Wochen und Tagen vor dem Plebiszit besonders in Santiago und den größeren Städten außerordentlichen Mut bewiesen. Trotz Einschüchterung und Ausnahmezustand haben sie häufig in den Straßen demonstriert und gegenüber dem überall sichtbaren "Si" das "No, no, no, no, no" hörbar gemacht.

Eine einzige, vom christdemokratischen Ex-Präsidenten Eduardo Frei beantragte Protestversammlung wurde zugelassen. Am 27. August versammelten sich dichtgedrängt etwa 7.500 Anhänger der Opposition auf den Rängen des Teatro Caupolicán, riefen "Das geeinte Volk wird niemals besiegt!", und applaudierten begeistert der Verlesung von Texten von Pablo Neruda. Frei verlangte in seiner Rede die Absetzung des Volksentscheids, die sofortige Bildung einer Übergangsregierung, die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung, die Wiederherstellung aller politischen Freiheiten und die Zulassung aller politischen Parteien. Sieht man davon ab, daß Frei für die Einbeziehung von Militärs in die Übergangsregierung eintrat, was als taktischer Schachzug umstritten sein mag, so sprach er, dessen Befürwortung des Militärputsches nicht vergessen ist, in allen übrigen Punkten nur aus, worüber sich die gesamte Opposition und damit die große Mehrheit der chilenischen Bevölkerung einig ist. Zehntausende konnten an dieser Versammlung wegen Platzmangels nicht teilnehmen und formierten sich nach ihrem Abschluß zu einer großen Demonstration durch das Zentrum der Hauptstadt. Hier wie bei späteren spontanen Demonstrationen bis zum Vorabend des Plebiszits kam es zu Verhaftungen durch die massiv und brutal eingreifende Polizei.

Bedenkt man, daß die Diktatur nach dem Plebiszit, egal wie es ausgeht, noch ungehinderter wird schalten und walten können, so ist der Mut zu bewundern, mit dem die wenigen Zeitschriften und Radio-stationen, die Gewerkschaften und die Rechtsanwälte, die Journalisten und Professoren, die sich zur Opposition zählen, die Dinge beim Namen nennen. Auch die Bischöfe der katholischen Kirche haben klargestellt, daß in ihren Augen keine stabile institutionelle Ordnung entstehen könnte, wenn die Form der Organisation des Plebiszits nicht über jeden Verdacht der Manipulation erhaben sei.

Die Militärjunta hat bereits durch die äußere Organisation des Plebiszits jedem Verdacht der Manipulation Tür und Tor geöffnet. Das Ergebnis der Auszählung besagt nur noch, welche Verteilung der Stimmen auf Ja und Nein Pinochet für politisch und propagandistisch am nützlichsten hält. Er selbst mag sich durch das Ergebnis der Auszählung für legitimiert zur Fortsetzung seiner Diktatur halten, die große Mehrheit der chilenischen Bevölkerung wird ihm auch weiterhin die Legitimation absprechen. Sie wird nach neuen Formen des Kampfes für ihre Rechte und Freiheiten suchen müssen, nach Formen, die zwangsläufig illegal sein werden, weil man ihr keinen Ausweg läßt. Gleichwohl ist dieser Kampf legitim.

Al Capone in Santiago

Eine Pinochets Ankündigung des "Plebiszits" andere Ereignisse in den Hintergrund drängte, erreichten drei Themen öffentliche Aufmerksamkeit: die Aufdeckung eines gigantischen Steuerbetrags, das Attentat gegen einen Geheimdienstoffizier und eine Welle von Entführungen. Verblüffenderweise scheinen diese sehr unterschiedlichen Komplexe enger miteinander verknüpft, als zunächst zu vermuten wäre. Erkennbar wird ein erbitterter Kampf im Bereich von Polizei und Geheimdienst, bei dem der ehemalige DINA-Chef Contreras eine zentrale Rolle spielt.

Am 15. Juli wurde der Chef der Geheimdienstschule des Uceres Roger Vergara Opfer eines Attentats. Auf der Fahrt zu seiner Dienststelle wurde er von einem Kommando von vermutlich sechs Leuten erschossen. Von der Rechten natürlich so fort Linksextremisten zugeschrieben, war das Attentat für einige Journalisten und Kolumnisten willkommenen Anlaß, die Zeiten unter dem ehemaligen Geheimdienstchef Contreras und seiner mit brutalster Willkür vorgehenden DINA zurückzuwünschen, in denen ein solcher Anschlag unmöglich gewesen wäre. Wenige Tage später mußte CHI-Chef und Contreras-Nachfolger Mena seinen Posten räumen. Vor seinem Abgang freilich erklärte er, das Attentat passe durchaus nicht in das Raster der Linken. Der Ex-General und "Ripo-Chef Baeza - auch er inzwischen zurückgetreten - schloß sich dieser Beurteilung an. In der Tat hat auch keine linke Organisation sich zu diesem Anschlag bekannt (wohl aber hat der MIR dies für einen dreifachen Banküberfall Ende Juli getan). Wenn aber die Autoren des Attentats nicht unter den Linken zu suchen sind, wo dann....?

Logische Folge des Attentats war selbstverständlich eine ungeheure Repressionswelle - ein Militär- und Polizeiaufgebot wie in den Tagen des Putsch. Massenrazzien vor allem in dem Ring von Elendsvierteln, der Santiago umgibt, mit Hunderten von Verhaftungen, darunter sogar einem angeblichen Attentäter, ohne daß aber danach etwas über die Aufklärung des Anschlags bekannt geworden wäre.

Daß der oberste Geheimdienst (also der CHI) mit Polizei und "riminalpolizei unter solchen Umständen zusammenarbeitet, versteht sich von selbst; ein "Antiaubversions-Kommando" war bereits Wochen zuvor gebildet worden, und mit eben-solcher Selbstverständlichkeit wurde die bisherige Frist, die ein Verhafteter in den Händen des Geheimdienstes offiziell bleiben konnte, um danach entlassen oder einem ordentlichen Richter vorgeführt zu werden, von 5 auf 20 Tage verlängert. Das Verbot an die Massenmedien, über "terroristische Aktivitäten" ohne Autorisierung zu berichten, ließ sich allerdings nicht durchsetzen. Denn in diesem Moment - in den letzten "ultimen" - entwickelte sich der 2. Komplex, die Entführungen, gemeint ist eine Reihe von Verhaftungen mit Folterungen, die sogar nach den Normen der Junta illegal waren. Zwar ist formal auch im heutigen Chile ein Haftbefehl für Verhaftungen durch den Geheimdienst vorgeschrieben, doch die Kluft zwischen Theorie und Praxis ist erheblich. Es stellt sich also die Frage, was die Regierung dazu brachte, letzten Endes einzugestehen, daß es sich in diesen Fällen nicht um Verhaftungen, sondern um "Entführungen" handelte. Den Betroffenen jedenfalls war überhaupt nicht klar, daß sie nicht "ordentlich" verhaftet, sondern entführt wurden: denn die Umstände, unter denen sich das abspielte, waren eben die gleichen, unter denen eben "normalerweise" der Geheimdienst arbeitet - Festnahme auf offener Straße durch bewaffnete Zivilisten, Abfahrt in Fahrzeugen ohne Kennzeichen mit verbundenen Augen zu Orten, die offensichtlich "polizeireviere oder Geheimdienst-quartiere waren etc. und die "Entführer" unterschieden sich weder im Verhalten noch in der Verhörmethode von normalen Agenten.



Eine Betroffene erweckte durch lautes Rufen die Aufmerksamkeit uniformierter Polizisten, die einschreiten wollten, nach Vorzeigen einer Identifikation aber die Agenten gewähren ließen - wie, fragt sarkastisch die Wochenzeitung HOY, kann unter diesen Umständen die Polizei, geschweige ein Bürger feststellen, ob das, was sich auf offener Straße am hellen Tage abspielt, Entführung oder Verhaftung ist...

Tatsache ist, daß Kommandos aus Geheimdienstagenten und Kriminalpolizisten auf eigene Faust handelten. Gegenüber zwei Entführten erklärten sie sich als "Rächerkommando des Geheimdienstoffiziers" (Corvem). Die Entführungen dauerten zwischen einigen Stunden und zehn Tagen; ein Entführter, der Publizistik-Student José Jara stirbt wenige Stunden nach der Aussetzung an den Folgen der erlittenen Folter.

Die prominentesten Opfer waren zwei Journalisten, die für die katholische Kirche arbeiteten - einer von ihnen der Direktor für Öffentlichkeitsarbeit des Erzbischöflichen Amtes in Santiago. Diese beiden zuerst Freigelassenen überwandern ihre Sorge um den noch entführten Studenten Jara und seine Kommilitonin und alarmieren die Öffentlichkeit, was ihnen wahrscheinlich durch ihre besondere Funktion möglich war. Die katholische Kirche und journalistische Berufsverbände protestierten und nutzten die ihnen verfügbaren Medien: das Erzbischöfliche Amt veröffentlichte "Zehn Gebote" für terroristische Situationen, die als Verhaltensregeln bei Festnahmen zu lesen sind - seien es nun "legale" oder Entführungen.

Da die Regierung zunächst bestritten hatte, daß ihre Geheimdienste damit zu tun hätten, die Verschwundenen aber unbestreitbar wieder auftauchten, mußte sie unter dem öffentlichen Druck eine Untersuchung zusagen. Ans Licht gekommen ist aber offenbar nur ein Fetzen der Wahrheit; ein paar Kriminalpolizisten wurden verhaftet und z.T. bereits wieder freigelassen, nur zwei werden unter Anklage gestellt, der Chef und ein paar höhere Chargen mußten gehen. Dabei ist nach den Wahrnehmungen der Entführten eindeutig klar, daß an dieser kriminellen Aktion mehr Personen als die öffentlich eingestandenen beteiligt waren; daß sich ein Teil der Entführer mit militärischen (und nicht polizei-eigenen) Dienstgraden anredeten; daß sie sich u.a. an einem von ihnen identifizierten Polizeikommissariat aufhielten, dessen Personal nicht von der Säuberung betroffen wurde. Und Kriminalpolizisten machten gegenüber Journalisten absolut keinen Hehl aus ihrer Empörung, daß sie vom Geheimdienst CNI "verladen" wurden.

Welche politischen Absichten aber standen hinter diesen Entführungen? Daß es sich wirklich um Rache auf eigene Faust für den Tod des Geheimdienstoffiziers Vergara gehandelt haben soll, ist kaum plausibel. Das hätte eher zu Nord nach dem Modell brasilianischer und argentinischer Todesschwadronen geführt. Die Opfer der Entführungen waren keine eindeutigen Linken, wohl aber Menschen, die Kontakte zur Linken haben oder hatten. Wollte die Fraktion der "Harten" ein Klima von "Terror" schaffen, das es Pinochet unmöglich machen würde, jetzt zum "Plebiszit" aufzurufen? Diese Vermutung findet ihre Stütze in der Reaktion Pinochets: am 10. August nennt er den Termin des Plebiszits, einen Tag darauf wird die Beteiligung der Kriminalpolizei an den Entführungen zugestanden, ihr Chef, General (R) Baeza tritt zurück, ohne das Kommuniké über die Beteiligung "seiner" Leute zu unterschreiben - ist damit die Luft aus dem Thema für die veröffentlichte Meinung?

An der Spitze des CNI steht jetzt General Morales, ein treuer Gefolgsmann Pinochets; wieder balanciert Pinochet die Rivalitäten zwischen "Harten" und "Weichen" Rechten zu seinen eigenen Gunsten aus. Der CNI-Chef Mena mußte gehen, der den "Weichen" zugeordnet wird und dem HOY nachsagt, er habe den Geheimdienst entbrutalisieren und "professionalisieren" wollen; aber es ist auch nicht mehr die Zeit für die schrankenlose Willkür der DINA aus den ersten Jahren nach dem Putsch. Andererseits haben die "Harten", die Contreras-Anhänger, in den Geheimdiensten ihr Terrain behauptet, die Beteiligung des CNI an den Entführungen wird nicht eingestanden. Der Gewinner im Hintergrund: Contreras?

Gefallen ist sein Rivale und Intimfeind Mena; zurückgetreten Baeza, der ihm hätte gefährlich werden können. Hier knüpft sich der Faden zum Steuerskandal.

Das 20-Millionen-Dollar-Ding

Kurz vor seinem Rücktritt erklärte Kripo-Chef Baeza: Al Capone sei nicht wegen seiner Morde, sondern wegen Steuerbetrugs ins Gefängnis gekommen (HOY 158). Im chilenischen Kontext konnte mit Al Capone nur Contreras gemeint sein, dessen Auslieferung wegen Mordes an Allendes ehemaligem Außenminister Letelier die USA vergeblich verlangten und an dessen Verurteilung im Pinochet-Chile natürlich nicht im Traum zu denken ist, dessen Beteiligung an einem grotesken Steuerskandal aber kaum noch zu vertuschen ist. Und Baeza hatte seine Entschlossenheit bekundet, den Skandal aufzuklären - "falle, wer falle". Die Geschichte läßt sich in wenigen Sätzen zusammenfassen: Den Umstand, daß die chilenische Regierung Unternehmen 20% Mehrwertsteuer bei Exporten rückerstattet, und das für längere Zeit allein auf Grund einer eidesstattlichen Erklärung tat, daß der Export erfolgt sei oder erfolgen werde(!), mußten findige Geschäftsleute wohl einfach als Einladung verstehen, sich dieser lukrativen Quelle zu bedienen. Erst als die Diskrepanz zwischen behaupteten und tatsächlich erfolgten Exporten zu groß wurde und statt der vorausgeschätzten 170 Mill. Dollar 270 Mill. von den Exporteuren eingefordert und kassiert wurden (1979), erwies sich ein Auftrag an die Abteilung Wirtschaftskriminalität der Kripo als unvermeidbar. Bisher sollen Betrügereien in der Höhe von 20 Mill. Dollar aufgedeckt worden sein - allein die Union Trading Co., so erwies sich, hatte auf Grund von Scheingeschäften mit einem Heft von Firmen 5 Mill. Dollar kassiert. Explosiver allerdings wurde die Angelegenheit, als die Identität der Beteiligten klarer wurde: es handelte sich um ehemalige DINA-Agenten, die inzwischen, wie Contreras selbst, als Geschäftsleute ihr Auskommen suchen. Und wie der Zufall so will, hatte Contreras die Büros seiner Firma Alpha-Omega bei seinem ehemaligen Untergebenen und Union Trading-Inhaber Romero gemietet, der seinerseits sein Unternehmen in einem ehemaligen DINA-Quartier installierte. Beängstigend ist, daß die Komplizen im Geschäft nur einen Anteil des ergaunerten Geldes erhielten, der Verbleib der Hauptsomme aber bisher unbekannt ist. Beängstigend deshalb, wenn man erfährt, was die Contreras-Firma Alpha-Omega für Dienste anbietet: "Sicherheit". Sie wartet nicht nur mit modernstem Gerät für Banken und Supermärkte auf, sondern bietet auch ihr in Sicherheitsfragen spezialisiertes Personal an...

Ein Auftrag zielte, so plauderte einer der Geschäftspartner nach der Verhaftung, auf die Identifizierung von Studenten der Universidad de Chile. Offenkundig hat Contreras seinen privaten(?) Geheimdienst organisiert.

Seine geschäftlichen Verbindungen reichen nach Panama, wo zwei Firmen, an denen er beteiligt ist, ihren Sitz haben: "Comercial Caronte" - das ist die spanische Version des Namens Charon, des Fährmanns in das Reich der Toten in der griechischen Mythologie; "Terranova", so der Name der zweiten Firma, war der Tarnname des DINA-Folterzentrums Villa Grimaldi.

Die internationalen Beziehungen sind aber noch konkreter. In den Steuerbetrug sind zwei Panamesen verwickelt, die in die USA flohen, dort aber verhaftet worden sein sollen. Ein weiterer Geschäftspartner ist ein Exil-Kubaner. Aus den USA wiederum, so berichtet HOY, reisten zwei Persönlichkeiten an, die zugunsten Romeros von der Union Trading Co. intervenierten - einer aus dem Pentagon, der andere stehe Ronald Reagan nahe (HOY 161). Eine Gruppe von Chilenen ihrerseits, so sei zu hören, unterstütze Reagan finanziell.

Ob es freilich gelingen wird, Al Capone-Contreras seine Beteiligung am Steuer-skandal nachzuweisen, ist keine kriminalpolizeiliche, sondern eine machtpolitische Frage. Für CNI-Chef Mena war offenbar auch das Vergara-Attentat mit dem Steuerskandal verknüpft, und damit mit Contreras.

GUATEMALA

Verfolgung und Widerstand der Volkskirche

Eine ganze Diözese wurde geschlossen. Der Bischof, die Priester und die Ordensleute verließen die Region aus Protest gegen die ständigen Übergriffe von seiten des Militärs: Ermordungen und Verfolgungen von Priestern, ein mißglückter Mordversuch gegen den Bischof und Überfälle auf Konvente und Schulen gehören zur Tagesordnung. Immer größere Teile der guatemalteckischen Kirche solidarisieren sich mit dem Kampf der Bevölkerung um ihr Überleben. Sie schaffen Öffentlichkeit und prangern Ausbeutung und Unterdrückung an. Im folgenden soll nach einer Schilderung der gegenwärtigen Situation versucht werden, die Entwicklung der Volkskirche und ihre Auseinandersetzungen mit der traditionellen Kirche und den Herrschenden aufzuzeigen.

Die Kirchen der Diözese El Quiché im Nordwesten Guatemalas sind seit Ende Juli geschlossen; der Bischof, die Priester und Ordensleute beschlossen, bis auf weiteres keine kirchlichen Aktivitäten mehr auszuführen und verließen die Region als Ausdruck ihres Protests gegen die Ermordung von zwei Priestern, die Beschließung zweier Konvente und einer Schule mit Maschinengewehren, den offenen Versuch von Militärs, den Bischof von El Quiché, Juan Gerardi (der zugleich als Präsident der Bischofskonferenz fungiert) während des Zelebrierens einer Messe zu ermorden und die Ermordung von Hunderten von Laienpriestern.

Im Juni wurde der Priester José María Gran Cirera gemeinsam mit seinem Sakristan hinterrücks erschossen, im Juli drangen bewaffnete Gruppen in das Pfarrhaus des Priesters Faustino Villanueva ein und schossen den Pater nieder. Diese Morde sind nur Teil einer Welle der Repression gegen diejenigen Sektoren der Kirche, die sich engagiert an die Seite der Armen stellen. Vor zwei Jahren wurde der nordamerikanische Pfarrer Billy Woodes ermordet, dann wurde der deutsche Geistliche Karl Stetter gefoltert und ausgewiesen, im Juni 78 wurde der Priester Hermógenes López umgebracht, am 1. Mai 80 wurde der philippinische Priester Conrado de la Cruz entführt, am 30.6. 80 wurde P. Juan José Roselló entführt und der belgische Priester Walter Voordeckers wurde ermordet. Bombenanschläge werden auf das kirchliche Komitee für Gerechtigkeit und Frieden ausgeübt, Priester und Bischöfe erhalten massive Drohungen, mehrere ausländische Orden haben die Missionsarbeit in Guatemala eingestellt.

Die Bischofskonferenz, die nach Schließung der Diözese tagte, erklärte "ein Klima der Unsicherheit macht jede pastorale Arbeit unmöglich." Die Bischofskonferenz stellte sich auf die Seite der Priester, die in Quiché ihre "pastorale Arbeit machen und gegen die Gewalt der Herrschenden protestieren." Der Bischof der Diözese reiste nach Rom, um persönlich im Vatikan die Situation seiner Diözese darzustellen. Aber auch in anderen Regionen nehmen die massiven Drohungen und Verfolgungen von Priestern zu. Auch Baja Verapaz, ein Nachbardepartement von El Quiché, wurde schon von vielen Priestern und Or-

densleuten verlassen. Der Priester Aníbal González konnte nur knapp einem Mordversuch entkommen und befindet sich im Ausland, andere Priester werden ausgewiesen.

In einem Dorf in El Quiché taufte Laienpriester auf Beschluß der Dorfgemeinschaft die Neugeborenen und wurden daraufhin von Militärs gesucht, denn "die Gesetze der Armee in Guatemala verbieten Laien das Tausen."

Das "Land der Generäle"

Am 30. Juni dieses Jahres veröffentlichten der Bischof Juan Gerardi, Priester und Ordensleute einen ausführlichen Bericht über die Situation in dem Departement. Es wurde das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte angeprangert, das die indianischen Bauern in einer derartigen Härte trifft, daß "die einzige Form der Verteidigung der Anschluß an die Guerrilla ist". - In der Region El Quiché herrscht der Kriegszustand. Das bedeutet, daß schätzungsweise 200 000 Menschen gezwungen wurden, die Kontrollen der Militärs zu durchlaufen, um neue Ausweise zu erhalten. Wer ohne Ausweis angetroffen wird, wird automatisch zum Guerrillero erklärt und standrechtlich erschossen.

Die Bauern werden auf dem Wege zu ihren Arbeitsstätten kontrolliert und selbst die Haushaltsausgaben und Nahrungsmittel unterliegen militärischer Kontrolle: die Militärs stellen Posten an den Maismühlen der meisten Dörfer auf, um zu verhindern, daß mehr Mais gemahlen wird, als die Familien für den täglichen Bedarf benötigen. So soll eine Unterstützung der Guerrilla und der Verfolgten von seiten der Bevölkerung unmöglich gemacht werden.



Täglich werden allein in dieser Region 8-10 verstümmelte, gefolterte Leichen aufgefunden, Landbewohner werden entführt, Frauen vergewaltigt. Eine alltägliche Begebenheit: "Die Soldaten drangen in alle Häuser der Ortschaft ein und holten alle Männer zwischen 12 und 60 Jahren heraus. Mit ihren Gewehrläufen drängten sie sie wie Vieh auf den Marktplatz. Viele begannen zu weinen über das traurige Schicksal, das einige von ihnen oder auch alle erwartete, aber die Grausamkeit der auf das Töten abgerichteten Sklaven übertraf alle Vermutungen.

Schließlich wurden 60 Männer zwischen 12 und 60 Jahren ausgewählt, die einzeln, einer nach dem anderen unbarmherzig erschossen wurden. Die Überlebenden dieses teuflischen Massakers mußten ein Massengrab

ausheben, um die Leichen zu verscharren. (...) Nachdem diese teuflischen Befehle ausgeführt waren, rief der Kommandant Lobos den Dorfbewohnern zu: 'Wenn noch ein einziger Soldat dieser Region getötet wird, so bringen wir als nächstes 60 Frauen um und dann 60 Kinder.'

Aber es steckt eine Logik hinter dieser blutigen Ausrottung einer ganzen Bevölkerung: die Logik des Kapitals. El Quiché ist nicht nur und nicht zufällig die Provinz, in der das 'Guerrillaheer der Armen' verankert ist, sondern gehört zur 'Franja Transversal del Norte', dem nördlichen Querstreifen, auch "Land der Generale" genannt. In diesem Gebiet wurden Nickel und Erdöl gefunden, es eignet sich ausgezeichnet für extensive Viehwirtschaft und ist reich an Edelhölzern; hier arbeitet der größte hydroelektrische Komplex ganz Zentralamerikas, der von drei multinationalen Konzernen kontrolliert wird: Cogefar (Italien) Hochtief (BRD) und ICA (USA). Die herrschenden Generale sind es, die sich den Boden aneignen (Der Präsident Lucas García besitzt dort 8 000 ha Land). Dazu kommt noch der Bau einer Pipeline, die das Öl aus Alaska und Indonesien schneller in die USA befördern soll. Ungelegen kommt diesen Herren und ihren Interessen nur die Anwesenheit der dortigen Bevölkerung, die das Land besitzt und bearbeitet. Sie könnte sich diesen 'Entwicklungsprojekten' entgegenstellen und wäre eine ständige Gefahr für die Pipeline. Ein zweiter Panamakanal - eine zweite Kanalzone, besetzt von US-amerikanischen Militärs wäre dem Image der USA äußerst abträglich. Praktischer ist es, potentielle Gegner solcher Projekte wie z.B. Volksorganisationen von vornherein auszurotten. So kündigte der Präsident Lucas eine Erhöhung der Ausgaben für Sicherheit an, und die Bombardierung von Dörfern ist auch schon geplant. (In den Bergen werden jetzt schon mutmaßliche Guerrillabasen bombardiert.)

Das tägliche Morden

Aber nicht nur die Landbevölkerung ist Objekt der Unterdrückung, sondern alle organisierten Sektoren der Bevölkerung. Mitglied der Gewerkschaft zu sein, bedeutet schon das Todesurteil. Täglich werden Gewerkschafter auf offener Straße erschossen und zweimal im Laufe dieses Jahres drangen Militärs in Gewerkschaftssitzungen ein und entführten die dortigen Gewerkschafter. Sie wurden in die Kasernen der Hauptstadt gebracht und dort gefoltert, aber obwohl diese Tatsache bekannt ist und die Militärs auch als solche aufgetreten sind, negiert die Regierung die Festnahme. Die insgesamt 44 Gewerkschafter, die bei den Überfällen am 21. Juni und 24 August entführt wurden, sind immernoch verschwunden.

Die Universität San Carlos ist ein weiteres Ziel der Repression: die Hälfte der Dozenten wurde im Laufe dieses Jahres ermordet oder ins Exil getrieben. Militärs und paramilitärische Gruppen dringen in die Universität ein um wahllos auf die Studenten zu schießen, die sich auf dem Weg in ihre Vorlesungen befinden. Journalisten, die über diese Vorfälle berichten, werden ebenfalls ermordet. - Es ist bekannt, daß es in Guatemala keine politischen Gefangenen gibt, sondern nur Ermordete und Verschwundene. (laut FAZ vom 15.2. 80 wurden in den letzten 25 Jahren 75 000 Menschen umgebracht)

Wo Folter und Mord herrschen, ist bundesdeutsches Kapital nicht fern: die BRD liefert "leichte Handfeuerwaffen und Munition", wie die Bundesregierung selbst bestätigte. Nach den USA sind wir der zweitgrößte Handelspartner: 50% der Kaffeexporte gehen in die BRD. Auch der Anbau von Kaffee ist in Guatemala z.T. fest in deutscher Hand.

Bei weiteren geplanten hydroelektrischen Anlagen hat bundesdeutsches Kapital (Lahmeyer-International) seine Finger mit im Spiel, und, wie oben erwähnt, gehört die Firma Hochtief in der 'Franja Transversal del Norte' zu den Konzernen, die mitverantwortlich sind für das tägliche Morden.

Die Pflicht der Kirche

In den letzten Jahren waren es neben Indianerorganisationen und Gewerkschaften zunehmend Kirchenleute, die blutigen Übergriffe von Militärs, Paramilitärs und Großgrundbesitzern anprangerten. So wurde der gesamte Jesuitenorden Anfang des Jahres vom "Geheimen Antikommunistischen Heer" (EKA) zum Tode verurteilt, nachdem er eine Denkschrift unter dem Titel 'Vom Schmerz und der Hoffnung des Volkes von Guatemala' in mehreren Zeitungen veröffentlicht hatte. In dieser Denkschrift werden die sozialen Strukturen der Ausbeutung und Unterdrückung angeprangert, und die Solidarität mit den Armen, die "einen gerechten und würdigen Kampf für eine brüderliche Gesellschaft" führen, ausgedrückt. "Es ist unsere Pflicht als Jesuiten, uns diesem Kampf anzuschließen, der die einzige Hoffnung der Armen ist".

Klare und mutige Stellungnahmen zu Übergriffen und Repression; Aufklärung über die konkreten Interessen der Herrschenden und die Schaffung eines Kommunikationssystems sind Ausdruck der Bewusstseinsbildung engagierter christlicher Sektoren über ihre Möglichkeiten, sich "dem Kampf derer, die für das Leben kämpfen", anzuschließen. "Friede wird durch das Aufdecken der Wahrheit geschaffen: die beängstigende Wahrheit des Schmerzes, die steht in den Gesichtern unserer ausgebeuteten und unterdrückten Brüder geschrieben." So sehen sie



**GUATEMALA:
DAS TÄGLICHE MORDEN**

es als die Pflicht der Kirche, Öffentlichkeit zu schaffen und anzuklagen.

Zur Geschichte der Kirchenhierarchie

Während der reformistischen Regierung von Jacobo Arbenz begann die Kirche ihren 'Kreuzzug gegen den Kommunismus'. Der Erzbischof von Guatemala, der diesen Kreuzzug inszenierte, wurde von dem putschenden General Castillo Armas als nationaler Held gefeiert und erhielt jegliche Art von Unterstützung zur Durchführung seines Kreuzzuges. Der kirchliche Apparat wurde gestärkt und es wurden Priester aus Europa und den USA gerufen, um sich am Kampf gegen den Kommunismus zu beteiligen. So wurde im Rahmen der Strategien der 'Allianz für den Fortschritt' Sozialarbeit durchgeführt: Gesundheitsprojekte, Kooperativen, Schulen und es wurde die katholische Universität gegründet. Jedoch ließ die zunehmende Repression im Rahmen der Strategie der Nationalen Sicherheit kritische Stellungnahmen aufkommen. Christliche Jugendgruppen wie 'Cráter' radikalisierten sich und politisierten sich soweit, daß einige Mitglieder die Frente Guerrillero Cristiano (Christliche Guerrillafront) schufen, die sich allerdings bald wieder auflöste. Die Führer wurden exiliert und alles, was sich katholische Bewußtseinsbildung nannte, wurde von nun an stärker überwacht.

1964, wurde der Spanier Mario CASARIEGO Kardinal. Von vornherein sah er die Aufgabe der Kirche in der Rettung von Seelen und verdamnte diejenigen Priestern die 'sich in Politik einmischen'. Seine Beziehungen zur Oligarchie war ausgesprochen herzlich. In einem geschickten Schachzug ließ er sich von der rechten Organisation 'MANO BLANCA' entführen (1968), konnte damit eine breite Solidaritätsbewegung für sich in Gang setzen und wurde nach seiner Freilassung vom Papst selbst mit Funktionen geehrt, die ihm mehr Befugnisse gaben als dem apostolischen Nuntius. Es gelangte in höchste kirchliche Positionen. Hinter all diesen Schachzügen stand das berühmte OPUS DEI (vgl. LN Sonderausgabe Wiede in LA 1) dessen Einfluß im Vatikan ja zur Genüge bekannt ist. Die Verbindung des Kardinals zu dieser ultrarechten Organisation wurde zunehmend auffälliger: sein Privatsekretär ist immer Mitglied des OPUS DEI gewesen. Ab 1976 organisierte Opus Kurse für Unternehmer in der Hauptstadt mit zwei Zielen: die Theologie der Befreiung zu bekämpfen und die reformistischen Versuche der Christdemokraten zu verhindern. Casariegos weilt immer häufiger in Spanien, wo er Priester des Opus weiht. Es kommt zwar zum Protest des guatemaltekischen und salvadorianischen Klerus und zum Vorschlag an den Vatikan ihn zu befördern oder zu versetzen, aber ohne Erfolg.

Aufkeimende Hoffnungen und Inquisition

1971 kommt es zu den ersten Stellungnahmen der Bischofskonferenz angesichts zunehmender Repression, die zwar Gewalt und Ausbeutung anprangert, aber nicht das System an sich in Frage stellt, sondern nur seine Auswüchse und durch eine Gleichsetzung von Haß und Gewalt die Unterdrückung zu einer Frage persönlichen, moralischen Verhaltens macht, womit sie den politischen Charakter der Klasseninteressen verdecken.

Andere Gruppen, bestehend aus Bischöfen, Priestern Pastoren und Laien dagegen verlangten die Aufhebung des Ausnahmezustands. Die Regierung reagierte mit der Ausweisung des Bischofs der Episkopalen Kirche und eines weiteren Priesters. Gleichzeitig protestierte die erzbischöfliche Minikurie gegen diese ökumenische Priestergruppe: Eine solche Forderung sei Einmischung in die Politik!

Während der Wahlkampagne 1974 nahmen Gewalt und Repression zu: einigen Priestern wurde verboten, an diesen Tagen der Wahl Messen zu halten. Nach der Wahl wurden einige Priester ausgewiesen. Es kam zum Protest gegen die Ausweisung und zur Verfolgung der Unterzeich-

nenden des Protestschreibens. Das Episkopat wollte eine Stellungnahme zugunsten der Verbannten und Verfolgten abgeben, wurde aber vom Kardinal daran gehindert. Der Kardinal ging soweit, von der Regierung die genaue Überwachung und Kontrolle ausländischer Priester und Ordensleute zu fordern, kürzere Aufenthaltsgenehmigungen und Einschränkung juristischer Garantien. So zeigte er deutlich seine Bereitschaft zur Unterstützung der Regierung nicht auf politisch ideologischer Ebene, sondern auch zur Zusammenarbeit mit den Sicherheitsapparaten.

Die konzentrierte Repression von Erzbistum und Regierung konnte zwar Priester ausweisen und verfolgen lassen, aber die Ansätze einer Basisgemeindenbewegung nicht ersticken. Beispielfall für diese Ansätze sind zwei Vorfälle: 1975 prangerte der Bischof von Alta und Baja Verapaz öffentlich die Angriffe des Militärs auf

das Land und das Leben der Campesinos an. Der zweite Fall ist die Ausweisung einer spanischen Mission aus dem Petén. Die pastorale Arbeit dieser Mission im Sinne der Dokumente von Medellín geriet in Konflikt mit dem Apostolischen Administrator der Zone, der diese Art von Lehre und Praxis als 'heterodox' bezeichnete. Die Missionare hatten einen Prozeß der Bewußtseinsbildung über die gesellschaftliche Lage der indianischen Bauern mit in Gang gesetzt.

»Vereint in der Hoffnung«

Das Erdbeben von 1976 setzte eine Reihe von Prozessen in Gang. Während der Kardinal darin eine Stufe Gottes sah und daraus schloß, intensives Beichten und Bitten um Sündenvergebung würde Gott besänftigen, riefen die Bischöfe zu Einigkeit und Solidarität beim Wiederaufbau auf. Während der Kardinal eine Unmenge von Geldern und materieller Hilfe in die Ausbesserung der Kathedrale und seines eigenen Palastes steckte, begann in breiten Kreisen der Kirche ein Prozeß der Reflexion über die gegenwärtige Lage des Landes, der 1976 seinen vorläufigen Höhepunkt in dem Dokument 'Vereint in der Hoffnung' (Unidos en la Esperanza) fand. Bei dem Dokument handelt es sich um die Anwendung der fortschrittlichsten Richtungen Medellín. Ausgehend von einer Analyse der sozialen Realität werden die fundamentalen Werte und Optionen proklamiert, die die Kirche verteidigt und Richtlinien für konkrete Aktionen und Programme angedeutet, die der Kirche eine wirkungsvolle Präsenz beim nationalen Wiederaufbau schaffen soll. Die Situation wird als eine Situation institutionalisierter Gewalt definiert, die sich in der ungleichen Verteilung der Reichtümer äußert, in der ungleichen Verteilung des Landbesitzes und Landraub, Folter und Mord werden angeprangert. Der Wiederaufbau heißt nicht, die Folgen des Bebens auszubessern, sondern ursächlich Ungerechtigkeit und Gewalt auszurotten. Sie erklären sich solidarisch mit den Armen und ihren Organisationen.

Als wesentlich für ihre Arbeit sehen sie die Einbeziehung von Laien an, die Schaffung eines Kommunikationsnetzes und die Koordination von Aktivitäten.

Das Dokument ist eine klare Analyse der Realität, aber der Schritt zur Befreiungstheologie ist hier noch nicht vollzogen. Die Werte und Prinzipien werden nicht an der geschichtlichen Praxis der Befreiung gemessen und auch die Option für die Armen erscheint eher als Wunsch denn als reale Unterstützung von Organisationen, die die objektiven

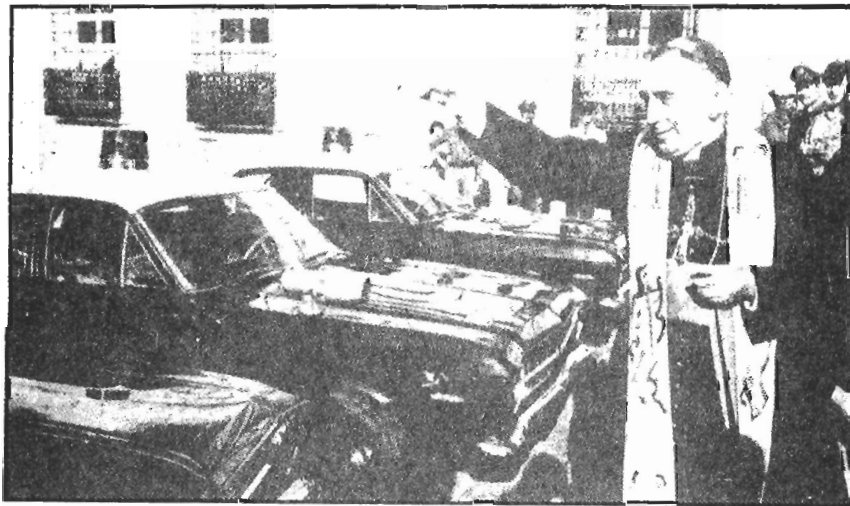
Interessen der ausgebeuteten Massen vertreten und für einen Wandel der sozialen Strukturen kämpfen. Die herrschenden Klassen jedenfalls griffen das Dokument direkt an oder aber versuchten es zu neutralisieren.

Die Fahne des Antikommunismus

Die Entwicklung der salvadoranischen Kirche hatte auch auf die guatemaltekeische Einfluß. Kardinal Casariego weigerte sich, ausgewiesene Priester in Guatemala aufzunehmen, da sie sich in sektiererische Parteipolitik einmischten. Er erklärte sich konform mit der guatemaltekeischen Regierung, keine aus anderen zentralamerikanischen Ländern ausgewiesenen Priester aufzunehmen. So macht sich der 'unpolitische Seelenretter' zum perfekten Mühsprecher der Strategien zur Verfolgung der fortschrittlichen Teile der Kirche. Dieser Plan wurde nach Empfehlungen von N. Rockefeller (1969) und der Rand Corporation (1971) in Zusammenarbeit mit der CIA ausgearbeitet. (vgl. Plan Panzer ChN 30 und JN 73)

Die letzten Antikommunistischen Kongresse beschäftigten sich bevorzugt mit dem 'subversiven Klerus' als Instrument des internationalen Kommunismus. Das letzte Treffen dieser obskuren Gruppe fand vor kurzem in Buenos Aires statt. Die Teilnehmer empfahlen den Regierungen des Subkontinents, die Jesuiten auszuweisen und "damit der Welt zu zeigen, daß unser christlicher Antikommunismus mit ihrer Befreiungstheologie nicht vereinbar ist". Sie riefen die brutalsten Militärregimes auf, sich nicht durch den Carterkommunismus einschüchtern zu lassen. Wie fast immer, nahm auch Mario Sandoval Alarcón aus Guatemala teil, der Führer der faschistischen Partei MLN, Besitzer der Hacienda El Africa, wo bezahlte antikommunistische Söldner ausgebildet werden, die z.T. in El Salvador eingesetzt wurden.

1977 fand ein Mordanschlag auf den Bischof Juan Gerardi statt, nachdem er die Verfolgung der Bauern seiner Diözese angeprangert hatte.



1972: Kardinal Casariego (bis heute im Amt) segnet Polizeifahrzeuge, die aus Mitteln der US-"Entwicklungshilfe" AID angeschafft wurden.

Wahlen 78

Ein paar Monate vor den Wahlen begann der Kardinal seine Kampagne, die 'Seelen' zur Stimmabgabe zu überzeugen., denn 'die Stimmabgabe ist eine Pflicht vor Gott!' Die Bischofskonferenz dagegen verfaßte das Dokument 'Glauben und Politik im christlichen Leben', worin die Stimmhaltung als legitimes Recht ... Der entscheidende Teil durfte allerdings nach Einschreiten des Erzbistums nicht veröffentlicht werden. Darin wird von der Pflicht zur Unterstützung der Kräfte, die die heutige Situation zugunsten der verarmten Massen verbessern wollen, gesprochen.

Nach den Wahlen bildete sich das 'Comité für Gerechtigkeit und Frieden' heraus, das aus Intellektuellen und Ordensleuten besteht. Das Komitee versteht sich als ein Öffentlichkeitsorgan, das Unterdrückung und Ausbeutung aller Art anprangert und so die verschiedenen Volksorganisationen unterstützt. Verschiedene Basisgruppen kommen dort zu Wort. Es sind authentische Zeugnisse einer Kirche, die sich der Sache des Volkes verschrieben hat. Kritisiert werden sowohl die politischen und wirtschaftlichen Strukturen der Ausbeutung als auch die Standpunkte der offiziellen Kirche an der Seite der Ausbeuter.

Panzos

Das Massaker von Panzos 1978 führte zu eindeutigen Stellungnahmen breiter Sektoren der Kirche und zu erneuten Anklagen gegen die Militärregierung. An den Protestmärschen nahmen neben Bauern, Arbeitern und Studenten wichtige Teile der Volkskirche statt.

Kurz darauf wurde die Nonne Raymunda Alonso aus Verapaz ausgewiesen. Der Bischof Gerardo Flores gab eine Stellungnahme ab, in der er klar sagte, jede pastorale Arbeit beinhalte politische Implikationen. Sie muß dem Menschen das Bewußtsein seiner Würde und seiner Fähigkeiten und Rechte vermitteln und muß in ihm das Bestreben wecken, gegen alles zu kämpfen, was ihn in seiner Würde erniedrigt.

In dem Maße, wie die Verbreiterung und Intensivierung der Repression auch kleine Kirchenfunktionäre trifft, beziehen die christlichen Gruppen klarer Stellung und stecken ihre Kräfte in die Veränderung der gegenwärtigen Situation.

Die Keime, die als VOLKSKIRCHE bezeichnet werden, beginnen, ab 1978 sich verstärkt herauszubilden.

(Quellen: Maya News/ Noticias de Guatemala/ Guatemala: un futuro próximo/FR)



**Spendet
für den Widerstand**

**Pschk. München 208159-802
Informationsstelle Guatemala e.V.
Friedrichstraße 25, 8000 München 40**

KARIBIK

Nachrichten aus dem Hinterhof

Putschversuch in Jamaika

In der Nacht vom 22. zum 23. Juni 1980 wurden in Jamaikas Hauptstadt Kingston 3 Armeeoffiziere, 3 Unteroffiziere, 17 weitere Soldaten sowie 3 Zivilisten verhaftet unter der Beschuldigung, für die gleiche Nacht einen Putsch vorbereitet zu haben. Ihr Plan, so wird berichtet, sei gewesen, den Stabchef der Jamaica Defence Force, Robert Neish, und den Premierminister Michael Manley mit vorgehaltener Waffe vor den Mikrophonen von Radio Jamaica seinen Rücktritt erklären zu lassen. Kopf der Verschwörung war H. Charles Johnson, ehemaliger US-Soldat in Vietnam, Ex-Polizist, lokal bisher hervorgetreten als Chef einer faschistischen Splitterpartei, der "United Front".

Wie reagierte die jamaikanische Öffentlichkeit? Regierungspartei (PNP: People's National Party), Regierungspresse und Rundfunk beeilten sich, den Putschversuch zu verurteilen; nach anfänglicher Verwirrung erklärte auch die konserv. Opposition (JLP: Jamaica Labour Party) ihre Besorgnis angesichts dieser Entwicklung und distanzierte sich entschieden vom Putschversuch. Mit einer Ausnahme: Oppositionsführer

Edward Seaga, der sich gerade auf einer Rundreise durch die USA befand, um dort Geld und politische Unterstützung für den bevorstehenden Wahlkampf zu mobilisieren. Er verkündete auf einer Pressekonferenz im New Yorker Waldorf Astoria, der Putsch sei eher eine "komische Oper", möglicherweise sogar von der Regierung selbst inszeniert, um Vorwände für Maßnahmen gegen die Opposition zu schaffen. Er betrachte es nicht als notwendig, deswegen seine Reise vorzeitig zu unterbrechen und nach Jamaika zurückzukehren. - Tatsächlich kam er auch erst am 30. Juni zurück. Wollte er abwarten, was der

verhaftete H. Charles Johnson der Polizei nun wirklich erzählen würde? Gerichtsnotorisch ist jedenfalls eine Verbindung beider Politiker in einem nicht nachgewiesenen Fall von Waffenschmuggel im Jahr 1974. Der Zeuge, der damals diese Aussage machte, wurde kurz darauf ermordet.

Die größte, älteste und (jedenfalls bei der Bourgeoisie) angesehenste Zeitung des Landes, "The Daily Gleaner", griff Seagas Stichworte auf. Die erste Meldung über den Putschversuch war noch in einem Einspalter auf der unteren Hälfte der ersten Seite versteckt. Überschrift: "Einige Soldaten und Zivilisten festgenommen". Am nächsten Tag dann der Aufmacher über Seagas Pressekonferenz. Tenor: Komische Oper. Dieses Thema wurde dann in den folgenden Ausgaben fast zu Tode geritten, in Meinungskolumnen, Leserbriefen und Meldungen über in- und ausländische Reaktionen. Am Sonntag schließlich, dem 29. Juni, erschien in der Wochenendbeilage ein längerer "Bekennnis"artikel, geschrieben von einem ehemaligen Major der Armee, der seit 1978 in den USA residiert (es ist anzunehmen, daß dieser Artikel, komplett mit Fotos der Redaktion schon seit längerem vorlag). Titel des Elaborats: "Warum ich die Armee verlassen habe". Inhalt: Anklagen gegen die



Armeeführung, die die Einflüsse von (sozialistischen) Politikern der Regierungspartei nicht energisch genug abweise, Denunzierung verschiedener höherer Offiziere als "Lakaien der Roten" etc. Anderswo im Blatt wurden ominöse Warnungen gegen Stabchef Neish ausgesprochen: er sei wohl noch neu im politischen Spiel, solle aber besser vorsichtig sein; man bezweifle nicht seinen guten Willen und seine Aufrichtigkeit, aber ...

Das alte Spiel

Wer sich an die Entwicklung in Chile 1970 - 1973 erinnert, wird in den oben beschriebenen Ereignissen eine vertraute Struktur wiedererkennen. Zwar ist Jamaika nicht Chile, die historischen und sozialen Bedingungen differieren beträchtlich, doch scheint das verwendete Schema grundsätzlich das gleiche zu sein: der "Test"-Putsch, anschließend lächerlich gemacht, die Benutzung der größten und angesehensten Zeitung des Landes zur Verbreitung von "grauer" und "weißer" Desinformation, psychologische Attacken auf die Streitkräfte. Die Parallelen ließen sich fortsetzen. Es ist das Verdienst des amerikanischen Sozialpsychologen Fred Landis, diese Verbindung im einzelnen aufgezeigt und die jamaikanische Öffentlichkeit in Interviews und Pressekonferenzen darüber aufgeklärt zu haben. Landis veröffentlichte 1975 eine Dissertation über die psychologische Kriegsführung der CIA vor dem Putsch, mit besonderer Berücksichtigung der Rolle, die die Zeitung "El Mercurio" dabei gespielt hat. Anschließend war er einer der wissenschaftlichen Berater der Untersuchungskommission des amerikanischen Kongresses des sog. "Church Committee", die sich mit den CIA-Aktivitäten in Chile befaßte, und Mitverfasser des Abschlußberichtes.

Besonders interessant sind seine Erkenntnisse über die Techniken der Propaganda, die die "Company" bei "El Mercurio" anwandte. Gestützt auf langjährige, CIA-finanzierte sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung über interkulturelle Differenzen, "semantische Differential", Unterschiede in der emotionalen Reaktion und in der Wort- und Bildassoziation in verschiedenen Kulturen hatte die "Company" in Chile eine bestimmte Propagandastrategie entworfen, die dann unter anderem die Gestaltung der Frontseite und die gesamte Redaktionspolitik von "El Mercurio" bestimmte. Ähnliches, so Landis, geschehe im Moment in Jamaika mit dem "Daily Gleaner".

Die Parallelen gehen weiter, über den Pressebereich hinaus: der Minister, der im Augenblick unter dem heftigsten Beschuß der Reaktion steht, ist der Sicherheitsminister Dudley Thompson, dem Armee und Partei unterstehen. Er hat sich jedenfalls erst mal für drei Wochen krankschreiben lassen.

Die antikubanische Hetzpropaganda macht es inzwischen auch für andere Lateinamerikaner gefährlich, bestimmte Stadtviertel aufzusuchen. Mehrmals sind schon Verwechslungen passiert: kürzlich wurde ein Dominikaner, der als Vermessungsingenieur für die Regierung arbeitet, schwer verletzt. Angeheizt wird diese Propaganda durch Meldungen über kubanische Container, die unkontrolliert den Zoll passieren, geheime Radioinstallationen der Kubaner in Jamaika, über die Gespräche in Russisch geführt würden, Indoktrination und paramilitärische Ausbildung jamaikanischer Jugendlicher, die in Kuba studieren ... Kurzum: es scheint, daß die "Company" immer noch (oder wieder) das gleiche Handbuch benutzt.

Was sind die Hintergründe

Im Februar dieses Jahres beschloß die Parteiexecutive der PNP, die Verhandlungen über neue Kredite mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) abzubrechen und alternative Kreditquellen zu suchen, da die vom IWF oktroyierte Wirtschaftspolitik in Jamaika gescheitert war. Premierminister Manley akzeptierte diesen Beschluß, versprach aber vorzeitige Wahlen für den Herbst dieses Jahres, um die Bevölkerung über den zukünftigen Kurs entscheiden zu lassen (s. auch LN82). Ein früherer Wahltermin war nicht möglich, da (im Einvernehmen und auf ständiges Drängen der Opposition) zuvor eine Reform des Wahlsystems einschließlich der Erstellung einer neuen Wählerliste durchgeführt werden sollte. Das existierende System hatte sich (vor allem nach Oppositionsmeinung) als zu anfällig für Fälschungsversuche und für politischen Druck erwiesen.

Dies brachte die JLP und ihren Führer Edward Seaga in eine schwierige Lage. Zwar zeigten Meinungsumfragen im Februar und März eine solide Mehrheit von 14% für die Opposition (57% zu 43%), hervorgerufen durch die Abwanderung des Kleinbürgertums zur JLP und allgemein durch die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der IWF-diktierten Wirtschaftspolitik, welche Arbeitslosigkeit, steigende Preise und Knappheit an importierten Grundnahrungsmitteln im Gefolge hatte; doch würde die JLP diesen Vorsprung angesichts einer Anti-IWF-Kampagne der PNP halten können?

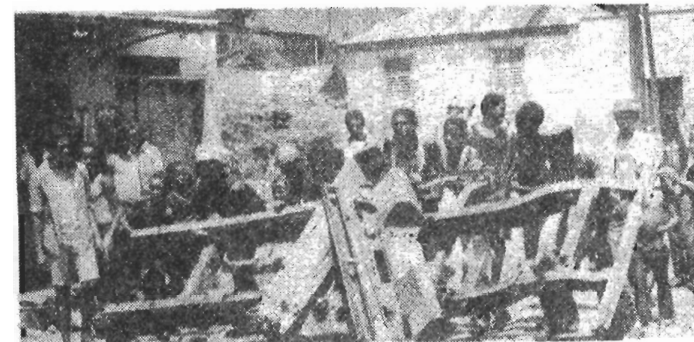
Zudem ist die Parteibasis der PNP weitaus besser organisiert, sie hat eine - wenn auch verwässerte - sozialistische und antiimperialistische Plattform, während die JLP nur die Fehler und Mißerfolge der Regierung ausbeuten kann und keine positive Ideologie vorzuweisen hat. Seaga selbst wurde unsicher, kramte zuerst das "puertorikanische" Modell aus der Schublade, und als ihm von allen einigermaßen informierten Seiten nur Hohn gelächelt entgegen schallte, berief er sich auf "zentralamerikanische Beispiele", arbeitsintensiv und billig für den US-Markt zu produzieren und so die ökonomische Krise zu lösen. Man könne doch, so Seaga, Investoren, denen das Klima dort wegen Nicaragua und El Salvador zu unruhig geworden sei, nach Jamaika holen. Dies alles klang aber nicht gerade verlockend, auch nicht für manche JLP-Sympathisanten.

Etwas anderes kommt hinzu: Jamaika besitzt seit den dreißiger Jahren eine starke und kampfbereite Gewerkschaftsbewegung. Seagas eigene Partei, die JLP, ist eng mit der zweitgrößten Gewerkschaft des Landes verbunden (der BITU), der Chef dieser Gewerkschaft ist stellvertretender Parteivorsitzender. Eine Wirtschaftspolitik, wie sie Seaga plant, läßt sich aber nur gegen die Gewerkschaften (und gegen die Masse der politisch wachen Bevölkerung) durchführen. Eine Knappe parlamentarische Mehrheit, die die JLP allenfalls erringen könnte (denn die 57% der Meinungsumfragen wird sie nicht halten können), würde aber einer Seaga-Regierung nicht die nötige Machtbasis geben, um die Gewerkschaftsfreiheit einzuschränken, die Löhne einzufrieren, Streiks gewaltsam zu unterdrücken o.ä. Entschiedenere Schritte sind also notwendig.

Der Putschversuch vom 23. Juni erscheint in diesem Zusammenhang als ein erster Schritt, um ein Szenarium für die gewaltsame Machtübernahme durch die Opposition vorzubereiten. Loyalitäten konnten so getestet werden, Effektivität der Kommunikationswege und der militärischen Sicherheitsdienste. Interessanterweise hielt der amerikanische Militärattaché in den letzten Wochen häufig Diskussionen mit ausgewählten Offizieren ab. Dies wurde zwar zuerst empört von der amerikanischen Botschaft dementiert, eine zweite Presseerklärung

gab dann aber verschämt zu verstehen, daß der betreffende Attaché in Wahrnehmung seiner Aufgaben als Diplomat natürlich "Kontakte mit einem weiten Kreis von Personen aus allen Bereichen der Bevölkerung unterhalte".

Im Moment, in dem dies geschrieben wird (Anfang Juli), geht die Erstellung der neuen Wählerlisten zu Ende. Es ist zu erwarten, daß die JLP die Gültigkeit dieser Listen anzweifeln wird, denn die sog. "Enumeration", die von Haus zu Haus durchgeführt werden muß, war von einem Aufflammen politisch motivierter Gewalt begleitet. In einigen Stadtvierteln lieferten sich JLP-Revolvermänner und Polizei stundenlange Feuergefechte, nach einer Zählung des "Daily Gleaner", deren propagandistischer Zweck auf der Hand liegt, gab es allein im Monat Juni über 70 Tote. Dies liefert genug Vorwände, um die Gültigkeit der Wählerlisten und damit auch die der Wahlen von vornherein anzuzweifeln.



Straßenblockaden sind wieder keine Seltenheit mehr in der Hauptstadt Kingston, da die Gewalttätigkeiten ständig zunehmen

Seaga hat vorgesorgt: auf einer Pressekonferenz in Washington verlangte er letzte Woche prophylaktisch die **Entsendung einer "internationalen Friedenstruppe"** nach Jamaika (gab's so einen Vorschlag nicht auch mal für Nicaragua?), um jene Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, die seine Revolver-Gangs zerstören.

Die Szene scheint bereit für den zweiten Akt, den richtigen Putsch. Guantanamo Bay, der illegale amerikanische Flottenstützpunkt auf Kuba, liegt nur 90 Meilen von Jamaikas Nordküste entfernt. Logistische Probleme sollte also eine "internationale Friedenstruppe" nicht haben.

Aber wird Seaga die nötige Rückendeckung seiner Freunde im Norden bekommen?

Die gegenwärtige Politik der USA

Traurig, aber wahr: das Schicksal Jamaikas und der Manley-Regierung entscheidet sich im amerikanischen Wahlkampf. Die ständige Rechtsdrift der Carter-Administration in der letzten Zeit hat Manley der letzten Unterstützung in Washington beraubt. Andrew Young, der sich, wenn auch oft halbherzig, für den reformsocialistischen Kurs der PNP eingesetzt hatte, mußte gehen; nach der Demission von Cyrus Vance als Außenminister scheinen auch die letzten liberalen Lehren-

Kon. In der Politik gegenüber dem "Hinterhof" Karibik gefallener Politiker. Einige Unterstützung findet Jamaika noch bei Washington: "Black Caucus", dem informellen Zusammenschluß farbiger Kongressangehöriger (90% der Jamaikaner sind Farbige). Wie der "Caucus" in der letzten Woche empört berichtet, wurde ihm unlänglich von Reagan Schöne aus dem Besuch vom Außenministerium nahegelegt, die Gelegenheit zu nutzen und mit dem künftigen Premierminister Jamaikas "Barnham" zu verhandeln; Manley werde den Sommer wohl kaum überleben.

Auf der anderen Seite steht Ronald Reagan, der 1. Vize der Generalsekretär der JLF, Bruce Golding, in einem Interview mit einer Chicagoer Zeitung als Wunschkandidaten seiner Partei bezeichnet hat (das wurde selbstverständlich später von ihm dementiert: der Rassist Reagan ist in Jamaika nicht eben populär). Einer von Reagans außenpolitischen Hauptberatern soll, Presseberichten zufolge, geäußert haben, eines der wichtigsten Ziele einer Reagan-Regierung werde es sein, Kuba "höflich zu erweichen". Dabei hat natürlich Jamaika eine unmittelbare strategische Bedeutung.

CIA Offensive in der Karibik

Allgemein scheint man sagen zu können, daß im karibischen Raum die "Company" zur Zeit freie Hand erhalten hat. Eine Woche vor dem Putschversuch in Jamaika wurde Walter Rodney, der Historiker und Revolutionär, in Guayana ermordet. Rodney, einer der Führer der "Working People's Alliance" (WPA) in Guayana, war in den letzten Jahren zu einer ernstzunehmenden Gefahr für die Regierung des Sozialfaschisten Forbes Burnham geworden. Dieser in den 60er Jahren



Dr. Rodney



Premierminister Burnham

mit CIA-Hilfe an die Macht gekommen, hatte sich zwar inzwischen mal zum "Sozialisten" und Guayana zur "kooperativen Republik" erklärt; in den letzten Jahren führte ihn sein Weg aber wieder zurück in die offenen Arme der USA, ohne deren Hilfe sein korruptes, repressives Regime nicht überleben kann.

Burnhams Stärke basiert auf der Ausbeutung des ethnischen Gegensatzes zwischen den Schwarzen (die er zu vertreten vorgibt) und den Indern (die mehrheitlich der Oppositionspartei, Cheddi Jagan's marxistischer PPP, folgen). Walter Rodneys WPA war es nun gelungen, diese Kluft zu überbrücken, er gewann einen immer größeren Einfluß in beiden ethnischen Gruppen, vor allem unter der Jugend, und bedrohte damit unmittelbar Burnhams Position. Die zu seiner Ermor-

dung benutzte Technologie (eine in einem Walkie-Talkie versteckte Sprengladung) erinnert nur zu gut an die bekannte Trickkiste der "Company". - Eine Woche nach Rodney's Tod wurde bekannt, daß Weltbank und IWF neue umfangreiche Kredite für Guayana zugesagt haben.

Kurz nach dem Attentat auf Rodney explodierte eine weitere Bombe, diesmal auf einer politischen Massenveranstaltung in Grenada, der kleinen Gewürzinsel, von der vor über einem Jahr Maurice Bishop und sein "Peoples Revolutionary Government" den Diktator Eric Gairy vertrieben hatten. 2 Kinder starben, andere Teilnehmer wurden schwer verletzt. Bishop und seine Ministerkollegen entgingen dem Anschlag, da im letzten Moment ein zweites Iodium aufgestellt worden war, was eine Änderung der Sitzordnung mit sich brachte.

Es läßt sich im Moment wohl noch nicht absehen, ob die gegenwärtige CIA-Offensive in der englischsprachigen Karibik, die von antikubanischen Diffamierungskampagnen und massivem politischem Druck auf die Regierungen der Region begleitet wird, die volle Rückendeckung der Carter-Regierung hat. Aber Carter steht im Wahlkampf, und so mag er es irgendwann für nötig erachten, im Hinterhof endlich "Ordnung zu schaffen" und zugleich den Rückschlag in Nicaragua ein wenig wettzumachen.

Das Schicksal Jamaikas entscheidet sich jedenfalls nicht in Kingston.

Quellen:

The Daily Gleaner, The Daily News, Struggle (alle Kingston, Ja.)
Caribbean Contact (Bridgetown, Barbados)
Radio Jamaica, Kingston, Ja.
Jamaica Broadcasting Corporation, Kingston, Ja.



Eine herzliche Umarmung zwischen Maurice Bishop und Michael Manley beim ersten Jahrestags der Revolution von Granada am 13. März d.J.

NICARAGUA

Fortsetzung des Nicaraguaartikels

Lebensmittelproduktion

Der Wirtschaftsplan sieht verstärkte Anstrengungen zur Hebung der Lebensmittelproduktion vor, da die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln vor allem im Gefolge des Bürgerkriegs eines der Hauptprobleme des Landes ist. Neben den Klein- und Mittelbauern, die hier einen großen Teil der Nahrungsmittelproduktion in ihren Händen halten, hat die INRA eine nicht geringe Kontrolle erlangt. Aufgrund der bisherigen Agrarreformmaßnahmen kontrolliert sie rund 30% des Reisanbaus und 15% der Mais-, Hirse- und Bohnenkulturen, die zum großen Teil in Staatsgütern verwaltet werden, bis die technische und politische Schulung der Landbevölkerung die Bildung von selbständigen Kooperativen ermöglicht.

Die Getreideverteilung unterliegt bisher zu 40% der staatlichen ENEBAS (Nationales Unternehmen für Grundnahrungsmittel) und soll nach den Vorstellungen des Planes auf über 70% gesteigert werden. Man rechnet allerdings noch längerfristig mit einem Nahrungsmitteldefizit, das nur durch einen umfassenden Abbau des Ungleichgewichts zwischen den einzelnen agrarischen Sektoren aufgelöst werden kann. Deshalb sind für 1980 130 Mio Dollar für den Import von Lebensmitteln vorgesehen (25).

Industriebereich

Während die staatliche Kontrolle in den Bereichen der Baumaterialherstellung der Holz- und Zementindustrie, der Fleisch- und Fischverarbeitung und der Textilindustrie bei weitem den Privaten Sektor überwiegt, beherrscht dieser den Chemiebereich (einschl. Agrochemie), den Maschinenbau, die Zuckerraffinerien und Mehlfabriken, sowie die Öl- und Tierfettproduktion fast total. Der Wirtschaftsplan sieht hier eine Steigerung der Industrieproduktion gegenüber 1979 um 20% vor (26), die jedoch nur durch gleich starke Investitionen des staatlichen und privaten Sektors erreicht werden kann. Der Wirtschaftsplan sieht ein Gesamtvolumen von 56 Mio Dollar an Staatsinvestitionen vor, die Industrie und Handel zufließen sollen.

Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm

Von den eingeplanten 90 000 neuen Arbeitsplätzen, die selbst nur einen Teil der Arbeitslosigkeit beheben werden, sollen 15 000 im Rahmen des infrastrukturellen Wiederaufbaus geschaffen werden. Rund 10 000 sind für den industriellen Bereich vorgesehen (27). Neben dem nur begrenzt aufnahmefähigen öffentlichen Sektor kommt auch hier dem Privatsektor eine zentrale Rolle zu, der, offensichtlich nach den Vorstellungen der Regierung, die ihm zugewiesenen Kredite auch zu diesem Zweck einsetzen soll.

Sozialwesen und Infrastrukturmaßnahmen

Für diesen Bereich ist der größte Teil der im Plan vorgesehenen Investitionen veranschlagt. Sie sollen weitgehend durch Auslandskredite gesichert werden. Zu den Infrastrukturmaßnahmen gehören u.a. die Wiederherstellung von Verkehrsverbindungen, die Energiegewinnung, sowie der Ausbau des Transportwesens.

Im sozialen Bereich sind Schwerpunkte des Erziehungswesens, die medizinische Versorgung und der Wohnungsbau. Allein für den Aufbau eines medizinischen Versorgungsnetzes sind 83 Mio Dollar veran-

schlagt, für das Erziehungssystem 72 Mio Dollar (28). Das Wohlfahrtsministerium kalkulierte den Bedarf für die Durchführung seiner Projekte auf 68 Mio Dollar (29).

Inflationsdämpfung

Die Inflationsrate betrug 1978 rund 60%. Die Regierung hofft, 1980 die Inflationsrate bis 19% halten zu können (30). Mittel hierzu bilden die Preiskontrollbestimmungen vom November 1979, sowie der Ausbau des staatlichen Verteilungsnetzes (ENEBAS), mit dem der Zwischenhandelsspekulation begegnet werden soll (31).

Zunächst drängt sich die Feststellung auf, daß der Wirtschaftsplan auf einer optimalen Zusammenarbeit zwischen staatlichem und privaten Sektor beruht. Hierzu der Planungsminister Henry Ruiz:

"Mit dem Auftauchen des Volkseigentums - bestehend aus dem Besitz Somozas und der Somozisten - ist die Ökonomie nun zusammengesetzt aus: auf der einen Seite aus dem Sektor des Volkes und auf der anderen aus dem Privatsektor. Die Planung zielt darauf ab, daß sich die Wirtschaft zu dem hin entwickelt, was logischerweise aus den Bedürfnissen des Volkes besteht, und daß sie den Verpflichtungen entspricht, die Nicaragua historisch gegenüber der internationalen Bank eingegangen ist. Wie kann man eine gemischte Ökonomie betreiben? Die einzige Art besteht darin, eine Planung zu entfalten, die die beiden Seiten miteinander schließt"(32)

Ruiz verkündet auch, warum dies den Interessen der Bourgeoisie entsprechen soll; er meint daß "die Privatinitiative begreifen müsse, daß, wenn sie die Produktion betreibt, sie sicher sein kann, aus der Beendigung der durch den Somozismus hervorgerufenen ökonomischen Stagnation Vorteile ziehen zu können und ihre Zukunft als wichtigste Kraft des Landes wird projizieren können".(33)

Die Beschwörung der Interessen der Bourgeoisie deutet auf die zentrale Bedingung des Plans hin: er steht und fällt in weiten Teilen mit dem Verhalten des Privateigentums in dieser Periode, mit der Bereitschaft, die Produktion wieder anzukurbeln, zu investieren - und zwar im Rahmen der Bedingungen, die die Wirtschaftspolitik der Regierung setzt.

Damit sind dem Plan auch Grenzen gesetzt. Er ist zunächst ein Wiederaufbauplan, der den strukturellen Rahmen der nicaraguanischen Wirtschaft kaum antastet. Über die unmittelbare Rekonstruktion der produktiven Basis hinaus, außer im sozialen Bereich, kaum weiterreichende Ziele verfolgt. Insofern mag er für die Bourgeoisie annehmbar erscheinen, worauf die generelle Unterstützung des Zentralrats privater Unternehmen (COSEP) hinzudeuten scheint.

Aber das Problem, der Widerspruch, der in diesem Plan angelegt ist, liegt bereits auf einer tieferen Ebene: die Zusammenarbeit mit dem Kapital zur Verwirklichung des Plans setzt voraus, daß die Regierung der Bourgeoisie einen gewissen Spielraum zugesteht. Andererseits gefährdet sie diesen Spielraum, indem sie darauf hingewiesen hat, einen größtmöglichen Teil des erwirtschafteten Mehrprodukts zur Durchführung ihrer Sozialpolitik einzusetzen.

Die politischen Kräfteverhältnisse

Entgegen ihren eigenen Erwartungen ging die FSLN aus dem Bürgerkrieg als führende politische Kraft hervor. Sie stützte sich hierbei auf die Selbstorganisationsbewegung der Bevölkerung Nicaraguas, die während des Bürgerkriegs innerhalb der CDS (Sandinistische Verteidigungskomitees) eine immense Ausdehnung erfuhr (34).

Seitdem unternimmt die FSLN Anstrengungen, um die Selbstorganisation der Arbeiter und Bauern zu verstärken (ohne ihnen jedoch bisher die Regierungsgewalt nach dem Muster direkter Rätedemokratie in die Hände zu legen).

Neben der Ausdehnung der CDS erfuhren die ATC (Landarbeitergewerkschaft) und die CST (Sandinistischer Gewerkschaftsbund) beträchtliche Mitgliederzuwächse (35). Am 24. Februar 1980 wurden die Sandinistischen Volksmilizen offiziell gegründet. Ihre Aufgaben, im Verhältnis zu der aus den Guerilla-Kolonnen hervorgegangenen Sandinistischen Volksarmee, erläutert der Leitartikel der Barricada-Ausgabe vom selben Tag: "Während die Sandinistische Volksarmee das militärische Instrument der Arbeiter und Bauern unter einer revolutionären Führung ist, sind die Volksmilizen der höchst Ausdruck des bewaffneten Volks. An den Arbeitsplätzen und in den Schulen, in den Dörfern und in den Stadtvierteln, in den Ministerien und in den Büros können sich die Volksmassen den Milizen anschließen, um die Revolution zu verteidigen. Die Milizen haben einen freiwilligen Charakter, aber es ist Pflicht aller Nicaraguaner, sich ihnen anzuschließen, um die revolutionären Errungenschaften des ganzen Volkes zu verteidigen" (36).

Die organisierte Bevölkerung ist die politische Stütze der Revolution und der FSLN. Sie bildet letztlich das entscheidende Gegengewicht zum ökonomischen Machtpotential der Bourgeoisie. Trotz der nicht zu unterschätzenden Unterstützung der FSLN durch die Bevölkerung, stellten und stellen sich der Selbstorganisation Hindernisse in den Weg, die sich sowohl aus dem somozistischen Erbe, dem historischen Verhältnis der FSLN zu den Massen und den aktuellen wirtschaftlichen Erfordernissen erklären lassen.



Landarbeiter auf einem Tabakfeld

a) Schwierigkeiten der Machtkonsolidierung

Das Analphabetentum:

Am 23. März begann die Alphabetisierungskampagne. Ihr motto: "Die Faust erheben, das Buch aufgeschlagen" (37). Ca. 1 Mio Menschen sollen das Lesen und Schreiben erlernen, wobei es dieser Kampagne, getragen von 180 000 Schülern, Studenten und Lehrern, nicht nur um eine reine Bildungsaufgabe geht: "Unser Land Nicaragua ist unwiderstehlich in einen revolutionären Prozeß eingetreten, dessen erstes und vornehmstes Ziel die völlige Beseitigung des Analphabetismus ist. Diese soziale Epidemie ist Produkt und Erbe des Somoza-Regimes. Die Alphabetisierungskampagne soll alle Beteiligten darauf vorbereiten, in allen Bereichen des politischen Lebens in allen Dimensionen teilnehmen zu können" (38).

Die FSLN:

Im Bürgerkrieg hatte die FSLN einen Stamm von ca. 5 000 Kämpfern (39). Enrique Smith verwies auf einige Schwierigkeiten, die durch die Schwäche der FSLN bei der Organisation der Bevölkerung entstanden: "Aber nach dem Sieg waren wir vor Tatsachen gestellt. Was sind die Prioritäten und was müssen wir jetzt machen, um die Revolution zu verteidigen? Und die Priorität nach dem Sieg war der Aufbau des Staatsapparates: Armee, Innenministerium, Gesundheitssektor, Erziehungssektor usw. Was bedeutete das für uns konkret? Das bedeutete auch die Notwendigkeit, die wichtigsten Kader im Staatsapparat zu haben, um so diesen Staatsapparat kurzfristig fähig zu machen, daß wir gegen mögliche Interventionen auch reagieren können. Das hat leider auch aufgrund des Mangels an fähigen Kadern bedeutet, daß die Massenarbeit zwar nicht vergessen wurde, aber doch eine zweite Priorität bekommen hat. Das hat u.a. auch zur Folge

gehabt, daß die CDS in der Praxis nicht die Wichtigkeit bekommen haben, die wir ihnen in der Theorie zuordnen, sodaß in der Regel die Funktion der CDS nicht konsolidiert ist." (40) Die Schwäche der FSLN läßt sich u.E. aus 2 Faktoren erklären:

- der Illegalität seit ihrer Gründung im Jahre 1961 unter den Bedingungen einer repressiven Militärdiktatur und
- der Strategie von 2 Flügeln der FSLN (der Tendenz "langanhaltender Volkskrieg" und der 3. Tendenz, den terceristas), die beide, im Gegensatz zur "proletarischen Tendenz", die ihr Schwergewicht auf eine kontinuierliche Arbeit unter den Arbeitern, Studenten und Frauen legt, sich an den Guerillakampferfahrungen von Vietnam und Lateinamerika orientierten. Dies beinhaltet die Konzentration auf militärische Auseinandersetzungen, die in ihrer entscheidenden Phase die Unterstützung der Bevölkerung auf sich ziehen sollten.

Die Strategie dieser beiden Flügel der FSLN entsprach ihrer materiellen Gewalt: die alltägliche Erfahrung ihres sozialen Elends, die brutale Repression, der sie unter Somoza ausgesetzt war, das Fehlen einer glaubwürdigen bürgerlichen Alternative, zogen die Bevölkerung auf die Seite der militärischen Kühnheit der FSLN, führten zu einem beinahe 100%igen Volksaufstand unter Führung der Sandinisten. Der Tribut, den die Revolution unter den oben genannten Bedingungen zu zahlen hatte, war ein Defizit an politischem Bewußtsein innerhalb der Bevölkerung über Wege und Ziele einer neuen Gesellschaft, sowie ein Mangel an Basiskadern, die die Initiativen der FSLN heute umfassend umsetzen könnten (41).

Gewerkschaftliche Orientierung unter Bedingungen eines "gemischten Wirtschaftssystems"

In einer Rede vom 10.12.79 vor einem Kaderseminar der CST brachte Carlos Nuñez zum Ausdruck, welche Aufgaben auf die Gewerkschaftsaktivisten in der nächsten Periode zukommen. Dieser gewerkschaftliche Verhaltenskodex fordert implizit angesichts der wirtschaftlichen Mangelsituation und der notwendigen Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie die Klassenauseinandersetzungen zu mildern. Es gilt "...alle Anstrengungen (zu) unternehmen, um die Frage der Arbeitslosigkeit zu lösen, indem man bereit ist, ein bißchen weniger zu verdienen, damit die anderen, die arbeitslos sind, arbeiten können, sich dessen bewußt zu sein, daß dieses Problem nur dann eine Lösung finden wird, wenn wir den Produktionsapparat wieder auf die Beine stellen, unter Beteiligung der Arbeiter, der kleinen- und mittleren Produzenten, des Sektors der Privatinitiative...d.h. Sandinist sein. Die linken und demokratischen Organisationen von der Funktion der Massenorganisationen unter den neuen Bedingungen überzeugen, den Staat als einen Garanten der Interessen des ganzen Volkes betrachten, die Massen und speziell die Arbeiter im Hinblick auf die dramatische Situation des Landes erziehen, damit sie voll auf das Warum einer Reihe von Maßnahmen verstehen, die manchmal relativ gut dastehende Sektoren betreffen, um die Bedürfnisse derjenigen zu befriedigen, die sich im tiefsten Elend befinden, und von allen eine Unterstützung erhalten, d.h. Sandinist sein. Zu den Ärgsten Opfern bereit sein, zu einer systematischen Austeritätspolitik, verlangen, daß diese als Vektor der Politik der Regierungsjunta des nationalen Wiederaufbaus wirke, selbst wenn das den Konsum von Getreide und die Eliminierung von Luxuswaren und -ausgaben impliziert, die nichts mit unseren dringenden Bedürfnissen zu tun haben, d.h. Sandinist sein. Mit Begeisterung die Maßnahmen unterstützen, die die Beschäftigung von 80-90 000 Arbeitern im Bauwesen zum Ziel haben - selbst wenn um dieses Ziel zu erreichen, jeder dieser Arbeiter ein paar Cordobas weniger verdienen wird - und sich verpflichten, voll zu arbeiten, mit erhöhtem Tempo in den begonnenen Arbeiten, ohne Zeit zu verlieren, ohne Apathie auszulösen, ohne Forderungen nach weniger Arbeitsstunden, sondern im Gegenteil, bereit sein, Arbeitsstunden dem Arbeitslos entzogen zu widmen, und am Wochenende unbezahlt zu arbeiten, damit dieses Geld in andere Projekte investiert werden kann, d.h. Sandinist sein.

Mit Energie die ultralinken und linken Organisationen bekämpfen, die sich irren und den Ökonomismus unter den Arbeitern verbreiten, die Anreize unterstützen, die der Privatinitiative gewährt werden, damit sich diese am Reaktivierungsplan der Wirtschaft des Landes beteiligt, im Bewußtsein, daß dies zum Vorteil der Nation geschieht, d.h. Sandinist sein"(42).

Diese Orientierung fordert der Bevölkerung einige Härten ab, zumal dort die Hoffnung auf eine Neuverteilung der Einkommen sehr groß ist. Die geforderte Stillhaltepolitik kann leicht jene Apathie gegenüber jenen politischen Entwicklungen verstärken, deren Verhinderung man im Arbeitsbereich beschworen hat. Sie kann insbesondere dann, wenn sich der private Sektor zu verstärkter Produktionssabotage oder abwartendem Verhalten gezwungen sieht, zu einem Hindernis für Mobilisierungen und damit für eine stärkere Einbeziehung der Arbeiter in die Selbstorganisation des gesellschaftlichen Lebens führen (42a).

b) Die Regierungsebene — Kompromisse mit der Bourgeoisie?

Ende März traten die letzten beiden bürgerlichen Mitglieder (Violeta Barrios de Chamorro und der Unternehmervertreter und Chef der demokratischen Bewegung MDN, Alfonso Robelo) aus der 5-köpfigen

Regierungsjunta Nicaraguas aus. Damit ging ein ca. 2 Jahre währendes politisches und ca. 9 Monate dauerndes Regierungsbündnis zwischen FSLN und bürgerlichen Kräften zu Ende, das seit seiner Gründung, entsprechend dem Druck der Massenmobilisierungen, durch eine fortlaufende Umgruppierung zugunsten der FSLN gekennzeichnet war (43).

Die Gründe für Kabinettsrücktritte und Verschiebungen in der Junta sind aus einem Dokument des Zentralrats privater Unternehmen (COSEP) vom 14.11.79 ersichtlich, das am 8.12. in La Prensa veröffentlicht wurde: "Der private Sektor fühlt, daß er an den Regierungsentscheidungen nicht beteiligt ist. Diese Situation ist für jeden schädlich"(44).

Aus dem Dokument geht hervor, daß vor allem die Neukonzeption zur Einberufung des Staatsrates als ein Grund für den jetzt vollständigen Rückzug bürgerlicher Kräfte aus der Regierung angesehen werden muß.

Vor dem Sturz Somozas hatte die FSLN ein Regierungsprogramm niedergelegt, das neben der Regierungsjunta einen Staatsrat mit 33 Mitgliedern vorsah. Der Staatsrat, der sich mit einer Mehrheit aus bürgerlichen Institutionen und Parteien zusammensetzen sollte, hätte nach der ursprünglichen Konzeption sowohl Entscheidungen der Junta mit einer 2/3 Mehrheit aufheben können, als auch Gesetze über den Kopf der Junta hinweg erlassen können. Entsprechend den Hoffnungen des Bürgertums sollte dieser Staatsrat zudem eine bürgerlich-demokratische Verfassung entwerfen. Die Zusammensetzung des Staatsrates, der am 4.5.80 zum 1. Mal einberufen werden sollte, sieht demgegenüber nach den Vorstellungen der FSLN eine starke Repräsentanz der Organisationen der Bevölkerung vor. Von 47 Sitzen, sollen 27 auf die FSLN, die CST, die ATC, die Sandinistische Jugend JS-19, die Frauenorganisation AMN und die CDS entfallen (45).



Gemüsestand auf dem zentralen Markt in Managua

Die FSLN hat sowohl bezüglich der Neukonzeption des Staates, als auch in den Verhandlungen mit der COSEP, die von Unternehmerseite immer wieder verzögert wurden, mit der Drohung, die Mitarbeit aufzugeben, falls sich das politische Klima nicht verbessere (wie störten sich hauptsächlich an der wachsenden Macht der Gewerkschaften und den Eingriffen des Staates in die Wirtschaft (46)) zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht gewillt ist, ihre politischen Hegemonie und ihre wirtschaftlichen Kontrollinstrumente zu lockern. Der Rückzug der bürgerlichen Kräfte aus der Regierungslanta offenbart die Unmöglichkeit für die Bourgeoisie zum jetzigen Zeitpunkt ihre Ziele, wie sie im COSEP Dokument festgelegt sind, auf Regierungsebene durchzusetzen. Zu diesen Zielen gehörten neben der Globalorientierung auf eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie, die Lockerung von Einschränkungen im Produktionsbereich. Dies betraf:

- das Aussenhandelsmonopol der Regierung und damit die Kontrolle über die Exportwirtschaft
- die versuchte Beschränkung der Unternehmerrgewinne durch ein Steuersystem, das sich auf die Kontrolle der Profite durch die Gewerkschaften stützt
- die staatliche Preiskontrolle
- die Festlegung der Mindestlöhne
- die Steuerung der Kreditvergabe
- sowie die Eindämmung des freien Zwischenhandels durch staatliche Verteilungsnetze.

Trotz der Sicherheitsgarantien, die die Regierung den Privatunternehmen zugestanden hat (Vereinheitlichung des Wechselkurses, Gesetz über die Regularisierung der Steuern, das eine Reduzierung oder Auswertung der Steuerrückstände ermöglicht, die Aufwertung der Aktiva proportional zur Abwertung des Cordoba, Zusicherung des Ankaufs fertiggestellter Produkte zu festgelegten Preisen, Zusicherung bei Lohnforderungen), sind es diese wirtschaftlichen Einschränkungen, die die Bourgeoisie immer wieder reklamiert hat.

Die wirtschaftlichen Kontrollinstrumente funktionieren heute noch nicht umfassend und dem Kapital bleibt teilweise von der Unterlaffung des Aussenhandelsmonopols bis hin zu den Schwarzmärkten noch ein gewissen Spielraum zur "Privatinitiative". Je nach dem Grad der Intensivierung, der weiteren "Einnischung des Staates in die Wirtschaft" muß sich das Verhalten des Privatsektors entscheiden. Mit dem Austritt der Bourgeoisie aus der Regierung steht zu erwarten, daß eine neue Phase offener Klassenauseinandersetzungen eingeleitet wird.

c) Gefahren der Revolution

Die Bourgeoisie hat mehrere Möglichkeiten, ihren Druck auf die nicaraguanische Revolution zu verstärken. Zu ihren Mitteln, die sie hierzuland anwenden kann und z.T., schon angewendet, gehören:

- eine Dekapitalisierung durch Demontage angesichts drohender Nationalisierung
- eine Dekapitalisierung mittels Kapitalflucht durch Überfakturierungsimportierter Produkte (so kann ein Teil der für den Import erhaltenen Devisen auf einem Konto auf einer ausländischen Bank belassen werden) oder durch Unterfakturierung der exportierten Güter (auf diese Weise kann der Differenzbetrag auf einem Konto im Ausland belassen werden)
- die Nichtverwendung ausländischer Kredite
- ein produktionsabwartendes Verhalten, verbunden mit Forderungen nach mehr Garantien für mögliche Investitionen
- Verstärkung der Einflüsse im Finanzministerium und der Beziehungen

gen zu den Unternehmerorganisationen Mittelamerikas und zu den lateinamerikanischen Bourgeoisien

- Verstärkung der Zusammenarbeit mit den internationalen Währungsorganisationen und Bankiers, deren Darlehen ausschlaggebend sind für Finanz- und Wirtschaftspläne der FSLN.

Diese Interventionsmöglichkeiten können nur dann wirkungsvoll genutzt werden, wenn es der Bourgeoisie gelingt, gleichzeitig eine nationale und internationale ideologische Offensive zu lancieren. Deren Träger wäre La Prensa, die bürgerlichen Parteien und Gruppierungen (MDN oder die sozialdemokratische Partei PSDS oder auch die mit der US-Gewerkschaft AFL/CIP verbundene CUS, die sich z.T. schon zum Sprachrohr für erhöhte Lohnforderungen machte), sowie die gesamte internationale bürgerliche Öffentlichkeit.

In dem Augenblick, wo die Bourgeoisie zu einer verstärkten Produktionsverweigerung überginge, und die FSLN gezwungen wäre, die Arbeiterkontrolle auszuweiten, (47), sowie den landwirtschaftlichen Bereich weiter zu verstaatlichen, wäre letztlich der Boden geschaffen, das Thema "Totalitarismus" und "kubanische Entwicklung" einer solchen Offensive zugrunde zu legen.

Durch den gegenwärtig endenden landwirtschaftlichen Zyklus und der damit einhergehenden materiellen Verschlechterung der Lage der Bauern in den nächsten 6 Monaten dürften sich die wirtschaftlichen Probleme des Landes in diesem Jahr auf diesen Zeitraum konzentrieren. (48). Dies könnte der Bourgeoisie als Ausgangspunkt für eine konterrevolutionäre Offensive dienen.

Auf der anderen Seite kann die FSLN die Unterstützung der Bevölkerung für die eingeschlagene Richtung ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik nur behalten, wenn sie bei der notwendigen Einfrierung der Arbeitslöhne, sichtbare Erfolge in der Erhöhung des "Soziallohns" (Bildungswesen, Kindergärten und Horte, Gesundheitswesen, Wohnungsbau, Nahrungsmittel- und Wasserversorgung, billige Transportmöglichkeiten...etc.) aufweisen kann. Die Realisierung dieser Anstrengung impliziert bei den gegebenen wirtschaftlichen Voraussetzungen eine größtmögliche Kontrolle über das soziale Mehrprodukt und alle strategischen Investitionsentscheidungen. Dies wiederum setzt eine verstärkte Organisation, Mobilisierung und Erweiterung der wirtschaftlichen und politischen Kompetenz der Bevölkerung voraus. Der Widerspruch, der bereits in der Wirtschaftsplanung angelegt ist, einerseits darauf angewiesen zu sein den Privatunternehmen einen investitionsanreizenden Spielraum zu gewähren, andererseits den sozialen Vorhaben ein Maximum des gesellschaftlichen Mehrprodukts zur Verfügung stellen zu müssen, wird sich über kurz oder lang auf der Ebene der Klassenauseinandersetzungen lösen. Die nicaraguanische Revolution bestreitet mit ihrem eingeschlagenen Kurs eine Gratwanderung, der Abstriche von 2 Seiten drohen:

- ein zu langes abwartendes Verhalten gegenüber dem privaten Sektor schränkt zwangsläufig die Mobilisierungsfähigkeit der Bevölkerung weiter ein, und läuft damit Gefahr, bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation politische Differenzierungen auszulösen, die eine strategische Orientierung der weiteren Vergesellschaftung unterminieren könnten.
- eine aktuelle Konfrontation mit der Bourgeoisie hätte entscheidende Einbußen in der Produktionsentwicklung zur Folge und würde letztlich die aufgestellten Planziele über den Haufen werfen, mit all den Konsequenzen für die Versorgung der Bevölkerung und damit der Stabilisierung der Revolution.

Es scheint, daß die FSLN unter den genannten Bedingungen die Entscheidung der Bourgeoisie überlassen will, um bis dahin zu versuchen, ein Maximum an gesellschaftlicher Produktivität zu erreichen.

ehen. Die Frage, ob die Bevölkerung den eingeschlagenen Weg verstanden hat und auf die kommenden Konfrontationen vorbereitet ist, muß mit einer Spur Skepsis beantwortet werden.

Welchen weiteren Verlauf die nicaraguanische Revolution einnehmen wird, hängt aber nicht zuletzt von der Entwicklung in Mittelamerika ab. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß der Ausgang der Klassenkämpfe in El Salvador, einschließlich der Möglichkeit einer militärischen Intervention der USA, das letzte Wort sprechen wird.



22a) Dazu wurden Übereinkommen mit 40 Betrieben abgeschlossen, wonach sich diese Betriebe zu bestimmten Produktionszusagen verpflichten und dafür besondere fiskalische Vergünstigungen zu gleichbleibenden Bedingungen für die nächsten zwei Jahre erhalten.

25) Poder Sandinista 3.1.80

26) was aber immer noch um 20 % unter der Kapazität des Jahres 1978 liegt

27) entfällt

28) worin die Kosten der im März angelaufenen Alphabetisierungskampagne in Höhe von 22 Mio Dollar enthalten sind.

29) Tageszeitung (TAZ) vom 13.1.80

30) Intercontinental Press, Vol 18 No 6, New York 18.2.80, S.133

31) Inrekorr Nr. 121, 14.3.80, S.11

32) Barricada vom 30.12.79

33) ebenda

34) Die CDS knüpfen an die zivilen Verteidigungskomitees an, die im September 78 entstanden. Sie übernehmen während des Bürgerkriegs immer zahlreichere Funktionen, wie Verteilung von Lebensmitteln, Organisation der Verwaltung und des Gesundheitswesens etc. Die CDS organisieren sich horizontal nach Häuserblocks, Straßen, Wohnblocks oder Häusergruppen und vertikal nach Stadtteilen oder Gemeinden und schließlich nach Zonen. Zu den Aufgaben der CDS im einzelnen vgl. Barricada 23.9.79, übersetzt in Was Tun, Zeitung der Gruppe Internationale Marxisten, Nr. 278, 15.11.79

35) ATC: 60 000 Mitglieder in 14 Landesbezirken. Ziel: Organisation von 200 000 in 1,5 bis 2 Jahren. CST: 100 000 Arbeiter und Angestellte. Vgl. Inrekorr Nr. 121, S. 13f

36) Barricada 24.2.80

37) Nicaragua Aktuell, hrsg. vom Nicaraguakomitee Kiel Nr. 5, 1.5.80, S. 28

38) Mensch sein heißt auch: lesen und schreiben können. Alphabetisierung in Nicaragua, hrsg. vom Informationsbüro Nicaragua e.V. Wuppertal, S. 5

39) Was Tun 278, S. 12

40) Was Tun 287, S. 24

41) "Vor dem Krieg gab es keine Massenorganisationen. Die FSLN war eine Guerillabewegung. Und jetzt nach dem Sieg wollen sie die Revolution machen, haben ihre besten Leute verloren, haben einfach keine Kader, können nicht einmal Land weiter verstaatlichen, schon gar nicht vergesellschaften, weil sie niemanden haben, der es bewirtschaften kann (...). In der Industrie genauso. (...) Sämtliche Kader, die sie haben, haben sie an Entscheidungsstellen gesetzt. An der Basis ist kaum noch jemand. Und auf diese Weise wollen sie eine Revolution machen, von der die Bevölkerung nicht einmal eine Ahnung hat, was das soll..." TAZ, 13.3.80, S. 9

42) Inrekorr Nr. 122, S. 14f

43) vgl. TAZ 24.4.80, S. 11

44) Was Tun Nr. 282, 10.1.80 S. 23

45) vgl. TAZ 24.4.80, S.11 Laut "Die Neue" vom 6.5.80 umfaßt der Staatsrat nun 44 Sitze, wovon nach wie vor 27 Sitze auf die FSLN und ihr nahestehende Organisationen entfallen (FSLN 6 Sitze, CDS 9 Sitze, CST 3, ATC 3). Außer von der MDM und dem GOSEP wurde der Staatsrat nicht durch die Opposition boykottiert. Vorsitzender wurde Bayardo Arce Castano (Führungsmitglied der FSLN. Vgl. Die Neue und TAZ vom 6.5.80

46) Lateinamerika Nachrichten 1/80, S. 40

47) Die Arbeiterkontrolle durch die Klassenorganisationen muß eine grundlegende Rolle bei der Wachsamkeit spielen, damit in den Unternehmen die Entkapitalisierung aufhört und keine Kapitalien und Güter auf illegale Weise exportiert werden (...) Wenn man derartige Vorgänge entdeckt, muß man sofort dagegen auftreten, das Arbeitsinstrumentarium verteidigen, die Aufrechterhaltung des Produktionsniveaus, sowie die Kontrolle über die tatsächliche Buchhaltung dieses Betriebs fordern. Aus Poder Sandinista vom 14.2.80

48) TAZ, 24.4.80

42a) oder sich, wie sich an der Schließung der Zeitung "El Pueblo" (herausgegeben von der maoistischen "Frente Obrero") oder der Verhaftung von 30 Mitgliedern der nicaraguanischen KP ablesen läßt, gegen die FSLN selbst richten. Beide Organisationen machten sich zum Sprachrohr für erhöhte Lohnforderungen (100%) und stießen dabei

anscheinend in ihren "Hochburgen" auf Gehör innerhalb der Bevölkerung. Beide lassen sich zudem bei ihren Aktionen von der Einschätzung leiten, daß den aktuellen Schwierigkeiten der Revolution nur durch einen forcierten Marsch in den Sozialismus, d.h. der sofortigen umfassenden Enteignung der Bourgeoisie begegnet werden kann. Daß die FSLN mit Repression gegen diese Organisationen vorging, deutet auf die Schwierigkeiten hin, die die FSLN bei ihrer Massennarbeit hat und die anscheinend eine politische Auseinandersetzung mit diesen Gruppen verunmöglichen.



Unterstützt die Alphabetisierungskampagne

Zur Unterstützung der zur Zeit laufenden Alphabetisierungskampagne in Nicaragua hat die Nicaraguasolidaritätsgruppe Münster in den letzten Wochen im Raum Münster eine Solidaritätskampagne durchgeführt, die sehr viel Sympathie und Unterstützung bei der Bevölkerung gefunden hat. Wir haben Solidaritätsbleistifte mit dem Aufdruck "Dieser Bleistift hilft lesen und schreiben lernen; Nicaragua Alphabetisierungskampagne 1980" herstellen lassen und bei Straßenaktionen im Innenstadtbereich mit Informationsständen und Songgruppe, im Rahmen von Seminargestaltungen und Informationsveranstaltungen im Universitätsbereich verkauft.

Es wurden außerdem Gottesdienste gestaltet oder innerhalb von Sonntagsgottesdiensten über die Alphabetisierung informiert und anschließend an den Kirchentüren die Bleistifte als symbolische Unterstützung zum Kauf angeboten.

Bei einer Blutspendeaktion spendeten fast 500 Menschen Blut, zur Unterstützung dieser wichtigen und humanitären Aktion der nicaraguanischen Regierung, die hiermit zeigt, daß sie es ernst meint mit den Versprechen, die sie nach dem Sturz Somozas dem Volk gemacht hatte.

Der bisherige stattliche Erlös der Aktion von fast 40 000 DM ist allerdings bescheiden, wenn man bedenkt, daß Mill. US-Dollar zur erfolgreichen Durchführung der Alphabetisierungskampagne in Nicaragua benötigt wurden.

Deshalb rufen wir dazu auf, ähnliche Aktionen in anderen Städten durchzuführen, um die Menschen in Nicaragua auf dem Weg zu einem menschenwürdigen Leben zu unterstützen.

Nicaragua - eine Hoffnung für uns alle - braucht gerade jetzt weiter unsere Hilfe.

Die Bleistifte, die zum Preis von DM 2.- verkauft werden sollen, können zum Selbstkostenpreis von 0,30 DM bestellt werden. Außerdem können wir Informationsmaterial mitschicken:

Nicaraguasolidaritätsgruppe Münster
c/o Birgit Schmiöt
Gereonstr. 7
Tel. 0251-33294

bitte auch angeben: zur Bestellung ausführlichen Informationsmaterials die Adresse des Informationsbüro Nicaragua
Friedrichstraße 10
D 5600 Wuppertal 1

und zum Spenden die Kontonummer: Nr. 976738
Stadtsparkasse Wuppertal e.V.
BLZ: 330 500 00

BOLIVIEN

Pressekonferenz mit Domitila

Die Bergarbeiterfrau aus den Minen Boliviens wurde auf der UN-Weltfrauenkonferenz vom Militärputsch in Bolivien überrascht. Als bekannte Kämpferin für die Freiheit und Demokratie ihres Volkes war klar, daß Domitila Barrios de Chungara derzeit nicht ohne ihr Leben zu riskieren nach Bolivien zurückkehren kann. Sie gründete in Kopenhagen sofort ein Solidaritätskomitee zur Verteidigung der Demokratie in Bolivien. Zugleich nutzte sie ihren Zwangsaufenthalt im Ausland, um in verschiedenen europäischen Ländern wichtige Kontakte zu knüpfen und mit den CONADEs (Komitees zur Verteidigung der Demokratie in Bolivien) zur aktiven Solidarität mit dem bolivianischen Volk aufzurufen. In Deutschland begann sie ihre Arbeit vor der Öffentlichkeit mit einer großen Pressekonferenz in Berlin. CONADE-Berlin lud im Lateinamerika-Institut regionale, überregionale, sowie ausländische Presse, Rundfunk und Fernsehen zur Pressekonferenz ein. Vor zahlreich erschienen Journalisten und Interessierten gab Domitila ihre Einschätzung der Lage in Bolivien ab und richtete erneut an alle ihre Aufrufe zu konkreten Aktionen.

Außerdem traf Domitila noch mit Vertretern des DGB in Hamburg und der IG Metall in Frankfurt zusammen. In Bonn organisierte der Lamuv Verlag - dort erscheint ihr Buch in deutscher Sprache - ein Zusammentreffen mit Abgeordneten und engagierten Literaten. In Stuttgart sprach Domitila auf einer öffentlichen Großveranstaltung zu Bolivien, bevor sie nach Genf weiterreiste, um mit verschiedenen UN-Organisationen Kontakt aufzunehmen.



Solidarität

In den ersten Tagen nach dem blutigen Militärputsch vom 17. Juli dieses Jahres formierten sich aus den verschiedensten, schon bestehenden Bolivien-Gruppen eine Solidaritätsbewegung auf breiter Ebene, die unter dem Namen CONADE (Komitee zur Verteidigung der Demokratie) zusammenarbeitet.

In Anlehnung an das zentrale CONADE in Bolivien bildete sich nicht nur diese Solidaritätsbewegung in der BRD und West-Berlin, sondern auch in vielen europäischen Ländern (England, Frankreich, Spanien, Schweiz, Holland, Dänemark, Schweden u.a.).

Das Comité Nacional de Defensa de la Democracia (CONADE) in Bolivien ist ein Zusammenschluß von allen bolivianischen Parteien (außer der ADN von Ex-Diktator Hugo Banzer und der Falange Socialista Boliviana -FSB), den Gewerkschaften (COB), dem Studentenverband (CUB), den Kirchenorganisationen und anderen fortschrittlichen Kräften. Dieses Komitee leitet aufgrund seines breiten Charakters seine politische Plattform von dieser demokratischen Vereinigung her, deren Ziele und Struktur sich aus folgendem ergibt:

1. Aktive Unterstützung des Gewerkschaftsdachverband, dessen Losung lautet:
-- Gegen den Staatsstreich, für Arbeitsniederlegung und allgemeine Blockierung.
2. Bekanntmachung und öffentliche Anprangerung aller Arten von Anschlägen, Aktivitäten und Verhaltensweisen, die eine Bedrohung des Demokratisierungsprozesses darstellen. Unterstützung von allen Aktivitäten auf nationaler und internationaler Ebene, die zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses beitragen.
3. Erzielung eines hohen Koordinierungs- und Organisationsgrad, um eine praktische und effektive Unterstützung des Demokratisierungsprozesses zu gewährleisten.
4. Die öffentliche Meinung und die bolivianische Bevölkerung zu mobilisieren, damit das Volk den Demokratisierungsprozeß zu seiner eigenen Sache macht, und die Kontrolle und Überwachung all jener Aktivitäten übernimmt, die gegen diesen Prozeß gerichtet sind, um sie entsprechend aufzudecken und zu verhindern.
5. Die Widerstandskräfte im bolivianischen Volk gegen jegliche Angriffe auf den Demokratisierungsprozeß zu organisieren, um der Wiederbelebung der faschistischen Diktatur Einhalt zu gebieten.

Auf dieser Ebene arbeiten alle, außerhalb Boliviens ansässigen CONADE - Gruppen. In der BRD gibt es nun über 20 dieser Komitees, die besonders seit dem Putsch eng zusammenarbeiten.

Die erste gemeinsame Aktion war die friedliche Botschaftsbesetzung in Bonn am 23.7.1980, um die deutsche Öffentlichkeit auf die brutale Machtübernahme in Bolivien aufmerksam zu machen. Bei

Dieser Aktion wurden Vertreter der deutschen Bundesregierung und der Presse über die Ziele von CONADE unterrichtet. Es wurde über das aktuelle politische Geschehen in Bolivien informiert und anschließend wurde ein Forderungskatalog an die Bundesregierung übergeben. Die wichtigsten Punkte dieser Forderungen waren:

1. Abbruch der diplomatischen Beziehungen und Abberufung des deutschen Botschafters.
2. Keine finanzielle Unterstützung des Regimes
3. Öffnung der Botschaftstore für Asylsuchende und Angebot von politischem Asyl
4. Materielle Unterstützung für den Nationalen Rat zur Verteidigung der Demokratie (CONADE) in Bolivien.
5. Einsatz des Internationalen Roten Kreuzes und unabhängiger Beobachter der Menschenrechtskommission der UNO

Um die Zusammenarbeit der CONADE-Gruppen in der BRD und West-Berlin zu koordinieren, fand am 27. Juli 1980 in Hannover das 1. Bundestreffen statt. Es wurde über neue Solidaritätsaktionen diskutiert, wie z.B. Veranstaltungen mit Domitila Barrios de Chungara, dies später in Hamburg, Berlin, Stuttgart und Bonn stattfanden. Weitere regionale Aktionen wie Spendenaufrufe, Unterschriftensammlungen, Diskussions- und Informationsveranstaltungen, Pressearbeit u.v.m. wurden besprochen.

Ein wichtiges Datum für Bolivien war der 6. August 1980, der Unabhängigkeitstag, an dem der eigentliche Wahlsieger Hernan Siles Zuazo seine Regierung der nationalen Einheit im Untergrund deklarierte. Am gleichen Tage wurde im bolivianischen Konsulat in West-Berlin ein symbolischer Akt für die Opfer des blutigen Putsches durchgeführt. Anschließend wurden beim brasilianischen und argentinischen Konsulat Protestschreiben übergeben, in denen ganz massiv die Einmischung bei diesem Putsch angeklagt wurde. Weiterhin fand am gleichen Tag in Berlin eine Pressekonferenz mit Domitila Barrios de Chungara statt.

Am 20. und 21. August 1980 fand, auf Initiative des Pariser CONADE, das 1. Europäische CONADE-Treffen in Paris statt, um eine gemeinschaftliche europäische Solidaritätsarbeit zu diskutieren. Man einigte sich auf ein Programm, welches die demokratischen Bestrebungen in Bolivien unterstützen soll. Kernpunkt dieser Unterstützung liegt in der Anerkennung der Regierung der Nationalen Einheit unter Führung von Hernan Siles Zuazo. Die in Europa repräsentierten CONADE's organisieren ihre Aktivitäten nach den Entscheidungen derer, die in Bolivien den Widerstand führen. Als weitere wichtige Punkte wurden verabschiedet:

1. Unterstützung der Dokumentation über die Systematische Vergewaltigung der Menschenrechte, die das Pariser CONADE an die UNESCO weiterleitete.
2. Unterstützung der gleichen Dokumentation, die das Genfer CONADE der UNO überreichte.
3. Unterstützung der Initiative, daß jedes europäische CONADE in seinem Land bei den jeweiligen Delegierten des Europa-Parlamentes ein Protestschreiben einreicht, welches bewirken soll, daß das Europa-Parlament die politische und wirtschaftliche Isolierung der Militärjunta in Bolivien praktiziert. Gleiche Forderungen werden an den Andenpakt gestellt.

Zwei Tage später, am 23. August 1980 fand in Frankfurt das zweite Bundestreffen von CONADE statt, bei dem 21 CONADE-Gruppen aus allen Teilen der BRD und West-Berlin anwesend waren. Als Gäste nahmen teil: Karsten Voigt (SPD-Hessen, MdB), Heidemarie Wieszorek-Zeul (SPD-Hessen, MdB und Delegierte des Europa-Parlamentes), ein Repräsentant der Regierung der Nationalen Einheit, René Sejas, und Vertreter des bolivianischen Generalkonsulates in Hamburg, Emilio Sanchez, der von der Regierung der Nationalen Einheit in seinem Amt bestätigt wurde.

Die wichtigsten Beschlüsse dieses Treffens, die von der Presse veröffentlicht wurden, waren folgende: Außen den bekannten Forderungen, wird die Zusammenarbeit mit amnesty international, den Kirchen und den Gewerkschaften angestrebt, und die Bundesregierung wurde aufgefordert, die politischen Gefangenen aus Bolivien aufzunehmen und politisches Asyl zu gewähren.

Inzwischen wurde im Europa-Parlament von 11 Delegierten ein Antrag gestellt, der die wichtigsten Forderungen von CONADE enthält.

Unsere Solidaritätsarbeit richtet sich vor allem darauf, auf Bundesregierung und Europa-Parlament einzuwirken, um auf nationaler und internationaler Ebene eine wirksame politische und ökonomische Isolierung der Putschisten zu erreichen.

Gleichzeitig wollen wir alle demokratischen Kräfte der BRD und West-Berlin aufrufen, sich mit dem bolivianischen Volk zu solidarisieren und den Widerstand auch finanziell zu unterstützen.

Spendet für die fortschrittlichen Kräfte im Kampf für die Demokratie in BOLIVIEN

Postscheckkonto Berlin - West, E. Kohut
Nr. 380 087 - 108 ; Kennwort: BOLIVIENSOLIDARITÄT

Der erste aktuelle Film über El Salvador ist fertig !

"EL SALVADOR - EN SOMBRA DE LA REVOLUCION"
"EL SALVADOR - IM SCHATTEN DER REVOLUTION"

ANZEIGE:

"Tausende werden sterben müssen, damit wir zu einer endgültigen Lösung kommen. Das ist notwendig, um die alte Ordnung wieder herzustellen." Sagt ein hoher Offizier der Militärjunta von El Salvador.

EL SALVADOR - EN SOMBRA DE LA REVOLUCION ist ein Dokumentarfilm über die Kämpfe zwischen den Volksbefreiungskräften und der herrschenden Klasse. In wenigen Ländern ist der Besitz so konzentriert wie in El Salvador. Ausgerüstet mit modernsten Waffen (geliefert bis zum April dieses Jahres aus Frankreich und der BRD), sind die Militärs stets auf der Jagd nach Waffenverstecken der Guerilla und Propagandamaterial der Volksfront. Razzien und Kontrollen stehen überall auf der Tagesordnung.

So zeigt der Film eine schwerbewaffnete Militärpatrouille auf der Fahrt zu mehreren Dörfern, um die Häuser der Bauern zu durchsuchen. Wird ein Unterschlupf der Guerilla vermutet, zögern sie nicht, das ganze Dorf niederzubrennen. Auf die Bevölkerung wird keine Rücksicht genommen. In vielen Dörfern leben nur noch die Frauen. Die Männer halten sich versteckt. Das Militär wurde in fieberhafter Eile auf 35 000 Mann verstärkt, um das Volk unter Kontrolle zu halten. Denn es ist das Volk, es sind die Armen, die in den Widerstandsgruppen organisiert sind.

"Man kann sich keine Widerstandsbewegung vorstellen, die mehr im Herzen der Bevölkerung verankert ist, als die von El Salvador. Sie wird von Bauern und Landarbeitern geleitet und nicht von Studenten und Intellektuellen. Gerne würden Zehntausende am Kampf teilnehmen, aber es gibt nur Waffen für eine Handvoll. Und man weiß, daß man viel mehr Waffen beschaffen muß, um den Sieg zu erringen. Die Widerstandsbewegung ist die Sache aller, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht der Kämpfer." So der Kommentar des Films.

Die Propaganda der Machthaber versucht jedoch, die breite Basis des Widerstands zu vertuschen und nach bekanntem Muster einigen "terroristischen und kommunistischen Drahtziehern" anzuhängen. Noch läßt es sich leben für die Mächtigen in El Salvador.

Sie bauen auf die Hilfe der USA, fordern ihr baldiges, direktes militärisches Eingreifen. Aber der US-Botschafter Robert White hat Order sich zurückzuhalten.

Der perfekten Kriegsmaschinerie der Junta steht die revolutionäre Volksarmee mit größtenteils selbstgemachten Bomben gegenüber. Der Film zeigt ein Übungscamp der Guerillas, zeigt die Verankerung im Dorf. Er zeigt auch die wichtige Aufgabe der Nonnen und Priester beim Aufbau der Bauernverbände und die starke revolutionäre Kraft der Gewerkschaften El Salvadors. Da Demonstrationen zu gefährlich geworden sind, ist die Opposition zu anderen Kampfformen übergegangen. Im Film ist zu sehen, wie die Revolutionäre Armee Straßen absperrt, Propagandaaktionen durchführt und versucht ein Dorf einzunehmen. Ein Anführer sagt: "Unser Volk ist bereit zu kämpfen, bis es seine Freiheit hat. Selbst dann, wenn es der gleiche Kampf werden sollte, wie in Vietnam."

Dieser Film, der die Entwicklung bis Ende Juni dokumentiert, ist eine eindrucksvolle Einführung in die jetzige Situation in El Salvador. Er ist vollkommen authentisch, weil er in engster Zusammenarbeit mit der ERP hergestellt wurde. Deutlich stellt der Film heraus, daß dieser Kampf als Klassenkampf geführt wird, anders als in Nicaragua. - Dieser Film ist ein Dokument der Menschlichkeit - nämlich der Sehnsucht der Arbeiter und Bauern, endlich mit ihren Ausbeutern abzurechnen, um zu leben und um Frieden zu haben. Der Film soll so schnell wie möglich zur Stärkung unserer Solidaritätsarbeit verwendet werden. Ihr bekommt ihn (in deutsch und spanisch) ab sofort beim:

ZENTRAL - FILM - VERLEIH, Karl-Muck-Platz 9, 2000 Hamburg 36, tel. 040/345544

Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer
Arbeitskreise (AG SPAK)
Bundesgeschäftsstelle
Belfortstraße 8, 8000 München 80

arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer arbeitskreise

**ag
spak**

NEU ERSCHIENEN: SOZIALARBEIT IN LATEINAMERIKA
GESCHICHTE - THEORIE - PRAXIS
EINE DOKUMENTATION

Herausgeber: Arbeitskreis Freire der Arbeitsgemeinschaft
Sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK)

herausgegeben und übersetzt von Heinz Schulze

AUS DEM INHALT:

Zur Entwicklung der Sozialarbeit in Lateinamerika
Verschiedene Ansätze von Sozial- und Gemeinwesenarbeit in LA
Theorie und Praxis der Gemeinwesenarbeit in Lateinamerika
Der Einfluß des Auslands auf Gemeinwesenarbeit und Sozialarbeit
in Lateinamerika und damit auf die "Randgruppen"
Die Reaktion der lateinamerikanischen Sozialarbeit auf das Scheitern
der ausländischen Befriedungs- und Integrationsstrategien



**der hier macht
den Schnabel auf:**

Die Bücher und Broschüren der AG SPAK
werden vertrieben vom
Sozialpolitischen Verlag SPV
Schlesische Straße 31, 1000 Berlin 36
Prospekt anfordern!

EL PARCIAL

EL SALVADOR - EL FRACASO DEL "REFORMISMO PREVENTIVO"
Y LAS PERSPECTIVAS DE LIBERACION

Julio 1980

Das Heft enthält Artikel aus wichtigen lateinamerikanischen und europäischen
Zeitschriften von März bis Juni 1980.

Es ist nützlich für alle, die sich sehr eingehend über die Entwicklung in El
Salvador informieren wollen. Ein großer Teil der Artikel ist spanisch.

EL PARCIAL ist über die Lateinamerika-Nachrichten zu beziehen.